

Einkommen, Armut und Lebensbedingungen: Ergebnisse aus EU-SILC 2008

Till-Tentschert, Ursula; Glaser, Thomas; Heuberger, Richard; Kafka, Elisabeth; Lamei, Nadja; Skina, Magdalena; Till, Matthias

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Till-Tentschert, U., Glaser, T., Heuberger, R., Kafka, E., Lamei, N., Skina, M., Till, M. (2009). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen: Ergebnisse aus EU-SILC 2008. In *Armutgefährdung in Österreich* (S. 17-195). Wien: ÖGB-Verl.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-422437>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

EINKOMMEN, ARMUT UND LEBENSBEDINGUNGEN

ERGEBNISSE AUS EU-SILC 2008

Ursula Till-Tentschert (Projektleitung), Thomas Glaser, Richard Heuberger, Elisabeth Kafka, Nadja Lamei, Magdalena Skina, Matthias Till

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	27
1. Einleitung	31
2. Zusammensetzung und Verteilung der Haushaltseinkommen	35
2.1. Einkommen privater Haushalte in Österreich	35
2.2. Verteilung der äquivalisierten Einkommen in der Bevölkerung	39
2.3. Die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens	43
2.4. Relativer Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen	44
3. Armutsgefährdung in Österreich	49
3.1. Ausmaß der Armutsgefährdung	49
3.2. Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung	54
3.2.1. Entstehungszusammenhang 1: Erwerbsarbeit	56
3.2.2. Entstehungszusammenhang 2: Familie, Lebensformen und Kinder	68
3.2.3. Entstehungszusammenhang 3: Staatliche Sozialleistungen	75
4. Finanzielle Deprivation und Armutslagen	83
4.1. Kriterien finanzieller Deprivation und Ausmaß manifester Armut	84
4.2. Sekundäre Benachteiligungen	93
4.3. Einschränkungen im Alltag aufgrund von Krankheit oder Behinderung	95
4.4. Wohnprobleme nach Armutslagen	97
5. Trends, Dauerhaftigkeit und Dynamik der Armutsgefährdung	100
5.1. Trends 2004 - 2008	101
5.2. Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung	108
5.2.1. Die Relevanz der Längsschnittperspektive für die Arbeitsberichterstattung	109
5.2.2. Häufigkeit von Armutsgefährdung zwischen 2004 und 2007	111
5.2.3. Dauerhafte Armutsgefährdung 2004-2007	112
5.3. Übertritte in und aus Armutsgefährdung	125

6.	Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung	133
6.1.	Verschuldung	134
6.2.	Finanzielle Schwierigkeiten	140
6.3.	Überschuldung	144
6.4.	Finanzielle Exklusion	151
7.	Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung	156
7.1.	Der politische Hintergrund	156
7.2.	Indikatoren zur Messung der Ziele der sozialpolitischen Agenda der EU	156
7.3.	Indikatoren aus EU-SILC für Österreich	158
8.	Literatur	162
9.	Erläuterungen und Definitionen	171

Ein umfassender **Tabellenband zu EU-SILC 2008** sowie ein Bericht über **Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008** sind auf der Homepage des BMASK, www.bmask.gv.at unter „Statistische Daten und Studien“, sowie der Statistik Austria, www.statistik.at unter „Statistiken - Soziales - Armut und soziale Eingliederung“, verfügbar.

VERZEICHNIS DER ÜBERSICHTEN

Übersicht 1:	Einkommensbestandteile in EU-SILC zur Ermittlung des Haushaltseinkommens	36
Übersicht 2:	Verteilung des Einkommens privater Haushalte	38
Übersicht 3:	Beispiel für die Berechnung der Haushaltsäquivalente	40
Übersicht 4:	Berechnungsbeispiel für das Äquivalenzeinkommen einer Familie	41
Übersicht 5:	Verteilungsperzentile des Äquivalenzeinkommens von Personen	42
Übersicht 6:	Relativer Lebensstandard nach Geschlecht, Alter und Haushaltsform	46
Übersicht 7:	Relativer Lebensstandard nach ausgewählten Merkmalen	48
Übersicht 8:	Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen	49
Übersicht 9:	Armutsgefährdungsquote und deren Schwankungsbreite für Österreich und die Bundesländer	50
Übersicht 10:	Einkommen und Lücke der Armutsgefährdeten bei unterschiedlichen Schwellen	53
Übersicht 11:	Einkommen und Armutsgefährdung von Risikogruppen	55
Übersicht 12:	Armutsgefährdung nach Haupttätigkeit 2007 von Personen im Erwerbsalter	56
Übersicht 13:	Soziodemographisches Profil von Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Armutsrisiko	58
Übersicht 14:	Armutsrisiko von Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Staatsbürgerschaft und Haushaltstyp	60
Übersicht 15:	Aktuelles Erwerbseinkommen und Armutsgefährdung bei unselbständig Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Staatsbürgerschaft	63

Übersicht 16:	Armutsgefährdung in prekären Beschäftigungsformen	64
Übersicht 17:	Erwerbsbeteiligung von Frauen nach Teilzeit-/Vollzeiterwerbstätigkeit und Haushaltstyp	65
Übersicht 18:	Armutsgefährdung nach Erwerbsintensität des Haushalts	66
Übersicht 19:	Armutsgefährdung nach Haushaltstyp und Alter der Kinder	69
Übersicht 20:	Erwerbstätigkeit von Frauen und Armutsgefährdung in Mehrpersonenhaushalten	71
Übersicht 21:	Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis 26 Jahren	74
Übersicht 22:	Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen	76
Übersicht 23:	Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen nach Armutsgefährdung	77
Übersicht 24:	Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen nach Haushaltszusammensetzung	79
Übersicht 25:	Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen in Risikogruppen	81
Übersicht 26:	Merkmale finanzieller Deprivation	86
Übersicht 27:	Zusammenhang von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation	87
Übersicht 28:	Betroffenheit von manifester Armut nach Haushaltstyp	89
Übersicht 29:	Finanzielle Deprivation und Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis 26 Jahren	92
Übersicht 30:	Finanzielle Deprivation von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis 26 Jahren	93
Übersicht 31:	Merkmale sekundärer Deprivation in armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Haushalten	94
Übersicht 32:	Einschränkungen im Alltag durch Gesundheitsprobleme	96

Übersicht 33:	Wohnprobleme nach Armutslagen	99
Übersicht 34:	Zentrale Maßzahlen 2004 - 2008	102
Übersicht 35:	Relativer Medianlebensstandard nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2004 - 2008	103
Übersicht 36:	Relativer Medianlebensstandard nach Haushaltsform 2004 - 2008	105
Übersicht 37:	Armutsgefährdungsquote nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2004 - 2008	106
Übersicht 38:	Armutsgefährdungsquote nach Haushaltsform 2004 - 2008	107
Übersicht 39:	“Working Poor” 2004 – 2008	108
Übersicht 40:	Häufigkeit des Auftretens von Armutsgefährdung 2004-2007	112
Übersicht 41:	Typen dauerhafter Armutsgefährdung	113
Übersicht 42:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen	116
Übersicht 43:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltstyp	118
Übersicht 44:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltsmerkmalen	120
Übersicht 45:	Teilhabemängel nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung	121
Übersicht 46:	Wohnbedingungen und Gesundheit nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung	123
Übersicht 47:	Eintritte in Armutsgefährdung und relatives Eintrittsrisiko nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2007	128
Übersicht 48:	Austritt aus Armutsgefährdung und relative Austrittschance nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2007	131
Übersicht 49:	Kreditverbindlichkeiten in Österreich (Personen in Privathaushalten) nach Alter, Staatsbürgerschaft und Haushaltstyp	137
Übersicht 50:	Kreditverbindlichkeiten nach Einkommensgruppen	139

Übersicht 51:	Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten von Schuldnern und Schuldnerinnen	143
Übersicht 52:	Überschuldung durch Zahlungsrückstände (aktuell oder in den letzten 12 Monaten)	145
Übersicht 53:	Überschuldung durch Zahlungsrückstände (aktuell oder in den letzten 12 Monaten) nach sozioökonomischem Status	148
Übersicht 54:	Anteil der aktuellen Zahlungsrückstände am aktuellen monatlichen Haushaltseinkommen	150
Übersicht 55:	Finanzielle Exklusion	153
Übersicht 56:	Ausgewählte Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung	159

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Grafik 1	Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Haushaltseinkommen	39
Grafik 2:	Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen	43
Grafik 3:	Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen	54
Grafik 4	Monatliches Bruttoeinkommen 2008 von aktuell unselbständig Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Geschlecht	62
Grafik 5:	Armutsgefährdung und manifeste Armut bei Risikogruppen	91
Grafik 6:	Einkommen und Lebensstandard im Zeitverlauf für einen Beispielhaushalt	110
Grafik 7:	Dauerhafte und zeitweilige Armutsgefährdung bei 60 und 70% des Medians	114
Grafik 8:	Dauerhafte Armutsgefährdung bei 70% des Medians nach Armutsgefährdung bei 60% des Medians	115
Grafik 9:	Relatives Eintrittsrisiko in Armutsgefährdung nach Haushaltsform 2007	129

Grafik 10:	Relative Austrittschance aus Armutsgefährdung nach Haushaltsform 2007	132
Grafik 11:	Kreditstruktur verschuldeter Haushalte	135
Grafik 12:	Finanzielle Schwierigkeiten	140

ZUSAMMENFASSUNG

EU-STATISTIK ZUR SOZIALEN EINGLIEDERUNG

EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) ist eine Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa. Sie wird auf Basis einer EU-Verordnung in allen Mitgliedstaaten erstellt, um gemeinsame Indikatoren für soziale Eingliederung zu berechnen. Darüber hinaus bildet EU-SILC eine wichtige Grundlage für die europäische Sozialstatistik und die nationale Armutsberichterstattung. Die Erhebung 2008 wurde in Österreich im Auftrag des BMASK durch Statistik Austria durchgeführt.

MEDIAN DES ÄQUIVALENZEINKOMMENS LIEGT BEI 1.584 € PRO MONAT

Für die Betrachtung des Lebensstandards wird üblicherweise das Äquivalenzeinkommen (bedarfsgewichtetes Netto-Pro-Kopf-Einkommen) verwendet. Der Erhebung EU-SILC 2008 zufolge liegt der Median des Äquivalenzeinkommens bei 19.011 € pro Jahr oder 1.584 € pro Monat (bedarfsgewichtetes Netto-Pro-Kopf-Einkommen, 12x pro Jahr). Die Einkommen von Ein-Eltern-Haushalten (24% weniger als der Median der Gesamtbevölkerung) und Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern (22% weniger) liegen besonders deutlich darunter. Alleinlebende Pensionistinnen haben einen um 21% niedrigeren Lebensstandard. Personen ohne österreichische und EU/EFTA-Staatsbürgerschaft haben im Vergleich das niedrigste Äquivalenzeinkommen (27% weniger), eingebürgerte Österreicherinnen und Österreicher einen noch immer deutlich unterdurchschnittlichen Lebensstandard (rund 20% unter dem Median der Durchschnittsbevölkerung). Personen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss haben ein um 16 Prozent niedrigeres Äquivalenzeinkommen als die Durchschnittsbevölkerung. Ein überdurchschnittlicher Lebensstandard zeigt sich bei höheren Bildungsabschlüssen (+3% bei Lehr- bis +35% bei Universitätsabschluss) und bei starker Einbindung des Haushalts in den Arbeitsmarkt (+17% bei voller Erwerbsintensität).

OBERSTES EINKOMMENSZEHNTEL VERFÜGT ÜBER 22%, UNTERSTES ÜBER 4% DER ÄQUIVALENZEINKOMMEN

Im Vergleich des obersten mit dem untersten Einkommenszehntel hat das oberste Einkommenszehntel mindestens 33.270 € Äquivalenzeinkommen, das unterste Einkommenszehntel weniger als 10.653 € zur Verfügung. Personen im obersten Einkommenszehntel steht somit ein mehr als dreimal so hohes Äquivalenzeinkommen zur Verfügung wie Personen des untersten Einkommenszehntel. In Summe verfügt das oberste Einkommenszehntel über 22% der gesamten Äquivalenzeinkommen, das unterste über etwa 4%.

12,4% DER BEVÖLKERUNG IN ÖSTERREICH ARMUTSGEFÄHRDET

Die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt beträgt laut EU-SILC 2008 951 € pro Monat. In Österreich sind 12,4% der Bevölkerung armutsgefährdet (bzw. mit 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit zwischen 11,4% und 13,3%). Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung liegt die Zahl der armutsgefährdeten Personen zwischen rund 940.000 und 1,1 Millionen. Das Äquivalenzeinkommen armutsgefährdeter Haushalte liegt im Mittel um 146 € unter der Armutsgefährdungsschwelle, die Armutsgefährdungslücke beträgt somit 15,3%. Das höchste Armutsrisiko besteht für Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Auch bei bereits Eingebürgerten aus Drittstaaten bleibt die Armutsgefährdungsquote deutlich über dem Bevölkerungsschnitt. Ebenfalls stark armutsgefährdet sind Personen in Ein-Eltern-Haushalten. Frauen leben häufiger allein als Männer und haben daher öfter ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Gute Ausbildung, österreichische Herkunft und das Leben in Mehrpersonenhaushalten mit bis zu zwei Kindern sind Merkmale, die mit unterdurchschnittlicher Armutsgefährdung einhergehen.

492.000 PERSONEN GELTEN ALS MANIFEST ARM

Rund die Hälfte der armutsgefährdeten Menschen ist gleichzeitig mit finanzieller Deprivation konfrontiert und wird als „manifest arm“ bezeichnet. Das entspricht hochgerechnet 492.000 Personen oder 6% der Wohnbevölkerung. Armutsgefährdete ohne größere Einschränkungen in der Lebenssituation werden als „von Einkommensmangel betroffen“ bezeichnet. 14% der Bevölkerung haben zwar ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle, sind aber finanziell depriviert, d.h. sie sind von „Teilhabemangel“ betroffen. Die restlichen 74% der Bevölkerung haben nach dieser Definition keinen Mangel.

QUOTE DER DAUERHAFT ARMUTSGEFÄHRDETEN LIEGT BEI 5%

Erstmals können im Bericht zu EU-SILC 2008 auch Längsschnittauswertungen für die Jahre 2004 bis 2007 präsentiert werden. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung (27%) befand sich zumindest einmal in diesen vier Jahren unter der Armutsgefährdungsschwelle. 5% der Personen, die während der ersten vier Jahre an der Erhebung EU-SILC teilnahmen, sind als dauerhaft armutsgefährdet zu bezeichnen. Das heißt ihr äquivalisiertes Jahreseinkommen lag sowohl im Jahr 2007 als auch in mindestens zwei der vorangegangenen drei Jahre unter der Armutsgefährdungsschwelle. Besonders ältere Menschen mit Pensionen unter der Armutsgefährdungsschwelle sind von hoher Persistenz der Armutsgefährdung betroffen.

DYNAMIK VON ARMUTSGEFÄHRDUNG

Von den 13% Armutsgefährdeten im Jahr 2006 kann bei 48% im Jahr 2007 ein Austritt aus der Armutsgefährdung beobachtet werden. Besonders armutsgefährdete junge Menschen bis 19 Jahre, Personen mit EU- und EFTA-Staatsbürgerschaft sowie Mehrpersonenhaushalte mit zwei Kindern haben eine überdurchschnittliche Chance, im Folgejahr ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen. Umgekehrt haben junge Menschen bis 19 Jahre auch ein 1,5-faches Risiko im Folgejahr in Armutsgefährdung zu geraten. Personen

in Ein-Eltern-Haushalten haben das höchste Risiko in Armutsgefährdung einzutreten. Ihr Risiko im Folgejahr armutsgefährdet zu sein, wenn sie es noch nicht sind, ist viermal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

RUND DIE HÄLFTE DER BEVÖLKERUNG LEBT IN VERSCHULDETEN HAUSHALTEN

Im diesjährigen Modul zur Erhebung EU-SILC 2008 wurden erstmals Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung thematisiert. Schulden sind in Österreich weit verbreitet: Insgesamt lebt rund die Hälfte der Bevölkerung in Haushalten mit Kreditverbindlichkeiten. Meist werden Kredite für die Beschaffung von Wohnraum aufgenommen. Die Häufigkeit von Verschuldung nimmt mit dem Alter ab und erhöht sich mit steigendem Einkommen. Überdurchschnittlich oft verschuldet sind zudem Mehrpersonenhaushalte mit Kindern.

ÜBERSCHULDUNG TRIFFT BESONDERS RISIKOHAUSHALTE

Die Tatsache, Zahlungen nicht fristgerecht begleichen zu können, gehört für 9% der Bevölkerung zum Alltag. Überproportional betroffen sind dabei jüngere Personen, Ein-Eltern-Haushalte, Familien mit drei und mehr Kindern, Drittstaatsangehörige, Personen mit geringer Ausbildung, Mitglieder von Privathaushalten mit keiner bzw. eingeschränkter Erwerbstätigkeit sowie Personen mit geringem Einkommen (armutsgefährdete oder manifest arme Menschen). Der mittlere Anteil des aktuellen Zahlungsrückstandes liegt bei 65% des gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommens.

2% OHNE BANKKONTO

Von einem erschwerten Zugang zu finanziellen Basisdienstleistungen wie einem Konto, einer Versicherung und einem einfachen Kredit sind in Österreich vor allem ältere Personen, Personen mit einem geringen Einkommen und Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft betroffen. Insgesamt gaben 2008 hochgerechnet 2% der Bevölkerung in Österreich an, im Haushalt über kein Bankkonto zu verfügen.

1. EINLEITUNG

Die jährliche Veröffentlichung zur Erhebung EU-SILC stellt zentrale Ergebnisse zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen österreichischer Privathaushalte dar. Mit dem vorliegenden Bericht werden Analysen und ausführliche Tabellen für das Erhebungsjahr 2008 präsentiert und damit die Berichterstattung der Vorjahre teils aktualisiert, teils ergänzt. Neuerungen betreffen das Modul zu Verschuldung und finanzieller Exklusion sowie einen Abschnitt zu Ergebnissen in der Längsschnittbetrachtung.

EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) ist eine Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa und bildet eine wichtige Grundlage für die Europäische Sozialstatistik. Zentrale Themen sind Einkommen, Beschäftigung und Wohnen sowie subjektive Fragen zu Gesundheit und finanzieller Lage, die es erlauben, die Lebenssituation von Menschen in Privathaushalten abzubilden. EU-SILC ist auch die zentrale Quelle zur Erhebung der vom Europäischen Rat verabschiedeten Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Eingliederung (vormals bekannt als Laeken-Indikatoren)¹. Diese Indikatoren ermöglichen ein Monitoring von Fortschritten bei der Verringerung von Armut und sollen das Verständnis von Armut und sozialer Ausgrenzung im europäischen Rahmen verbessern sowie den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedsländern fördern. EU-Verordnungen bilden die rechtliche Grundlage für die Erhebung, die im Jahr 2008 erstmals zu 100% vom BMASK finanziert wurde, nachdem der Finanzierungsbeitrag Eurostats zur Einführung der Maßnahme mit 2007 ausgelaufen ist.

In Österreich wurde EU-SILC erstmals 2003 als einmalige Querschnittserhebung von Statistik Austria durchgeführt. Ergebnisse werden seitdem jährlich in Form eines Berichts sowie als Artikel zu Schwerpunktthemen in den Statistischen Nachrichten publiziert.

1 Erläuterungen zur Entwicklung des Indikatoren-Portfolios und des dahinterliegenden politischen Prozesses siehe Kapitel 7.

Zudem werden die anonymisierten Mikrodaten gegen eine geringe Nutzungsgebühr an interessierte Forscherinnen und Forscher abgegeben und als standardisierter Datensatz (SDS, die Hälfte der Stichprobe) auch kostenlos zu Lehrzwecken zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2004 begann eine integrierte Längs- und Querschnittserhebung – das heißt jeweils rund drei Viertel der Haushalte werden auch im Folgejahr wieder befragt, ein Viertel der Stichprobe kommt jährlich neu hinzu. Mit dem Datensatz 2004-2007 ist erstmals ein 4-jähriger Längsschnitt auswertbar. 2008 wurde das Rotationsdesign wie gehabt fortgesetzt. Der vorliegende Bericht umfasst auch Trendauswertungen für die Jahre 2004 bis 2008 und Ergebnisse des Längsschnitts von 2004 bis 2007.

Grundlage für die Ausgangsstichprobe des jeweils neuen Viertels ist das Zentrale Melderegister. Die Ziehung erfolgte 2008 in einer geschichteten Wahrscheinlichkeitsstichprobe. Die Schichtung erfolgte nach regionalen Kriterien (Bundesländer, Interviewersprengel) und inhaltlich wichtigen Zielgruppen (Haushaltsgröße, Staatsbürgerschaft). Alle Personen eines Haushaltes ab 16 Jahren wurden persönlich befragt. Zusätzlich wurden grundlegende Informationen zu Kindern erhoben. 2008 wurde die Erhebung zur Gänze von der Erhebungsinfrastruktur der Statistik Austria selbst durchgeführt. Die Erfassung der Interviews erfolgte durch persönliche Befragungen vor Ort (CAPI) oder telefonisch (CATI).

Aus Kostengründen wurde in diesem Jahr die Stichprobe der Folgerhebung von 5.302 potenziell weiterzuverfolgenden Haushalten auf 4.832 Haushalte reduziert. Bei einer Bruttostichprobe von insgesamt 8.017 Adressen beruhen die Auswertungen für 2008 auf Daten von 5.711 Haushalten, in denen insgesamt 13.631 Personen lebten. Davon waren 10.955 Personen mindestens 16 Jahre alt, 2.676 Personen waren jünger als 16 Jahre. Von den 10.955 Personen wurden 5.613 durch persönliche Interviews erfasst, bei 2.223 Personen wurden telefonische Interviews durchgeführt. 1.103 Haushalte wurden zum vierten Mal, 1.279 zum dritten Mal, 1.468 zum zweiten Mal und 1.861 zum ersten Mal befragt.

EU-SILC ist eine für Österreich repräsentative Stichprobenerhebung – je kleiner die untersuchten Gruppen, desto ungenauer sind die auf die Grundgesamtheit hochgerechneten Werte. Dies betrifft auch die Ergebnisse für Bundesländer. Aufgrund der starken Nachfrage nach regionalisierten Ergebnissen werden diese Ergebnisse auch im diesjährigen Bericht veröffentlicht, auf die gebotene Vorsicht bei der Interpretation muss jedoch ausdrücklich hingewiesen werden. Mitunter sehr deutliche Unterschiede zum Vorjahr sind in Hinblick auf die statistische Schwankungsbreite in der Regel nicht signifikant.

Der Textteil folgt mit einigen Modifikationen der Gliederung der Vorjahre. Die verwendeten Definitionen und Hinweise zur Berechnung der dargestellten Indikatoren und Gliederungsmerkmale sowie eine Übersicht über die wesentlichsten Änderungen im Vergleich zum Bericht zu EU-SILC 2007 sind im Kapitel „Erläuterungen und Definitionen“ am Ende dieser Publikation nachzuschlagen.

Das bisher im Bericht zu EU-SILC enthaltene Kapitel zur Methodik der Erhebung und der umfassende Tabellenteil sind für EU-SILC 2008 als eigene Berichtsteile auf der Homepage des BMASK, www.bmask.gv.at unter „Statistische Daten und Studien“, sowie der Statistik Austria verfügbar (www.statistik.at unter „Statistiken - Soziales - Armut und soziale Eingliederung“).

Der online publizierte **„Tabellenband zu EU-SILC 2008. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen“** umfasst die Themen:

- » Einkommensverteilung
- » Ausstattung mit Konsumgütern und finanzielle Einschränkungen
- » Wohnen
- » Gesundheit
- » Armutsgefährdung, Deprivation und manifeste Armut

- » Lebenszufriedenheit
- » Bildung
- » Familie
- » Arbeit
- » Risikogruppen
- » Einkommenszusammensetzung
- » Verschuldung und finanzielle Exklusion (Modul 2008)

Differenzierte methodische Informationen zur Erhebung sind im Bericht „**Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008**“ enthalten (auf der Homepage der Statistik Austria und des BMASK abrufbar), in dem auch die Qualität der Ergebnisse geprüft wird. Dies ist somit wesentlicher Bestandteil der durch EU-Verordnungen geregelten Qualitätssicherung. Darin werden auch Neuerungen gegenüber dem Vorjahr zusammengefasst und Vergleiche mit anderen Datenquellen präsentiert.

Die anonymisierten Mikrodaten, die diesem Bericht zugrunde liegen, sind ab Jänner 2010 verfügbar.

2. ZUSAMMENSETZUNG UND VERTEILUNG DER HAUSHALTSEINKOMMEN

Ergänzend zu Verwaltungsdaten, die bislang nur Analysen personeller Einkommensverteilungen ermöglichen, enthält EU-SILC detaillierte Informationen über das jährliche Einkommen ganzer Haushalte und ist damit in Österreich die einzige für wissenschaftliche Zwecke verfügbare Datenquelle dieser Art. Unter Berücksichtigung der Höhe des gesamten Einkommens, das in einem Haushalt verfügbar ist, und des unterstellten Einkommensbedarfs der darin lebenden Personen kann so im Gegensatz zur isolierten Betrachtung von Personeneinkommen zumindest indirekt auf den Lebensstandard privater Haushalte geschlossen werden. Auf dieser Grundlage basiert die jährlich erfolgende Berichterstattung zur Armutsgefährdung. Seit 2003 werden auf Basis von EU-SILC Statistiken über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen erstellt. Davor diente von 1995 bis 2001 das Europäische Haushaltspanel (ECHP) als Grundlage für die Berechnung von Armutsgefährdungsquoten. Um die Vergleichbarkeit der Statistiken auf EU-Ebene zu gewährleisten, folgt die verwendete Methodik Konventionen der EU-Berichterstattung.

2.1. Einkommen privater Haushalte in Österreich

Dieses Kapitel beschreibt die Zusammensetzung und Verteilung des Einkommens von Privathaushalten und informiert über den Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Über freiwillige Angaben der befragten Personen und anschließende Hochrechnung erfasst die Erhebung EU-SILC die Haushaltseinkommen österreichischer Privathaushalte. Durch das Haushaltseinkommen wird der materielle Lebensstandard der Haushaltsmitglieder abgebildet. Die Erfassung des Haushaltseinkommens orientiert sich an den Empfehlungen der Canberra-Group, einer internationalen Expertinnen- und Experten-Gruppe, die im Jahr 2001 Richtlinien für vergleichbare Haushaltseinkommensstatistiken

erarbeitet hat.² Erhoben werden laufende Einkommen über den Berichtszeitraum eines ganzen Jahres (des Vorjahres = Referenzjahr), sowohl Netto als auch Bruttoeinkommen. Die auf laufende Einkommen beschränkte Erfassung von Einkommenskomponenten unterstellt, dass dieses Einkommen auch laufend ausgegeben werden kann, und den aktuellen Lebensstandard dadurch direkt beeinflusst. Darüber hinausgehende Einflussfaktoren wie Vermögensbestände, Vermögensauflösungen und Schulden werden in EU-SILC nicht berücksichtigt.³

Übersicht 1: Einkommensbestandteile in EU-SILC zur Ermittlung des Haushaltseinkommens

Haushaltsebene:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
- Familienleistungen
- Wohnungsbeihilfen
- Geleistete und erhaltene Privattransfers
- Wert von für den Eigenverbrauch produzierten Waren

Personenebene:

- Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Geldwerte und Firmen-PKW
- Gewinn/Verlust aus selbständiger Arbeit
- Arbeitslosenleistungen
- Altersleistungen
- Hinterbliebenenleistungen
- Krankengeld
- Invaliditätsleistungen
- Zinsen, Dividenden, Gewinne aus Kapitalanlagen
- Einkommensteuernachzahlung/-erstattung
- Sonstige Leistungen gegen soziale Ausgrenzung
- Bildungsleistungen

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

² Vgl. Expert Group on Household Income Statistics (2001).

³ Vgl. hierzu Kapitel 6 dieser Publikation zum Modul der Erhebung EU-SILC 2008 zu Verschuldung, Überschuldung und finanzieller Exklusion.

Als Einkommensbezugszeitraum gilt jeweils das Vorjahr, in der Erhebung EU-SILC 2008 also das Jahr 2007. Die Haushaltszusammensetzung und die Lebenssituation sind hingegen überwiegend auf den Erhebungszeitpunkt bezogen. Um starke Divergenzen zwischen den Bezugszeitpunkten zu vermeiden wird versucht, die Erhebung möglichst zeitnahe zum Vorjahr durchzuführen. Die Einkommen des Vorjahres werden nicht aufgewertet, die Inflation etwa bleibt unberücksichtigt. Das Vorjahreseinkommen wird als Näherung des aktuellen Jahreseinkommens verstanden.

Einkommen auf Haushaltsebene und alle Einkommen von Personen ab 16 Jahren⁴ werden zunächst getrennt erfasst und zu einem Jahreseinkommen summiert (Übersicht 1). Auf Personenebene fließen selbständige und unselbständige Einkommen sowie Erwerbseinkommensbestandteile wie Sonderzahlungen, Trinkgelder, Prämien und ähnliches ein⁵. Ebenso erfasst werden Pensionen, Sozialtransfers, laufende Einkommen aus Vermögen und Einkommen aus Kapitalbeteiligungen, Vermietung und Verpachtung. Durch den Abzug von Steuern und Sozialabgaben errechnet sich das Nettohaushaltseinkommen. Das verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich dann durch den Abzug von geleisteten bzw. das Hinzurechnen erhaltener Unterhaltszahlungen und sonstiger Privattransfers zwischen Haushalten.

Das verfügbare Einkommen der hochgerechnet etwa 3,5 Millionen österreichischen Privathaushalte wird in EU-SILC 2008 für das Jahr 2007 auf etwa 121,2 Mrd. Euro geschätzt. Dieser Wert liegt etwa 5% höher als der Vergleichswert des Vorjahres⁶.

Das Brutto-Markteinkommen oder auch Faktoreinkommen setzt sich aus den Einkommen aus Arbeit, Kapital und Grundbesitz zusammen und beträgt 118 Mrd. Euro. Das Bruttogesamteinkommen, das sich aus Markteinkommen und Pensionen zusammensetzt,

⁴ Einkommen von Personen unter 16 Jahren werden auf Haushaltsebene erfasst.

⁵ Alle Sachleistungen für unselbständig Erwerbstätige werden erhoben, in das Haushaltseinkommen fließt jedoch nur der Wert der privaten Nutzung eines Firmenfahrzeugs ein. Vgl. Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009c).

⁶ Vgl. dazu auch Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009c).

beträgt 153,4 Mrd. Euro. Zieht man vom Bruttogesamteinkommen Steuern und Abgaben ab und berücksichtigt erhaltene Sozialleistungen, ergibt sich ein Nettoeinkommen von 121,5 Mrd. Euro. Durch das Abziehen bzw. Hinzurechnen privater Transferzahlungen wird das verfügbare Einkommen berechnet, dieses beträgt 121,2 Mrd. Euro. Werden die Wohnkosten von insgesamt 17,7 Mrd. Euro abgezogen, so verringert sich das verfügbare Haushaltseinkommen von Privathaushalten in Österreich auf 103,5 Mrd. Euro.

Übersicht 2: Verteilung des Einkommens privater Haushalte

	Anzahl der Haushalte in 1.000	10%	25%	50%	75%	90%	Arithmetisches Mittel	Summe (in Mrd. EUR)
		... haben weniger als ... EUR						
Markteinkommen (Brutto)	2.998	375	12.626	31.794	54.740	83.490	39.358	118,0
Bruttogesamteinkommen	3.471	12.373	21.200	35.050	56.375	85.404	44.178	153,4
Nettoeinkommen	3.563	12.392	18.450	28.674	43.290	61.241	34.104	121,5
Verfügbares Einkommen	3.566	12.392	18.393	28.592	43.079	60.883	33.985	121,2
Haushaltsbudget nach Wohnkosten	3.566	8.379	14.138	23.629	37.770	55.234	29.012	103,5

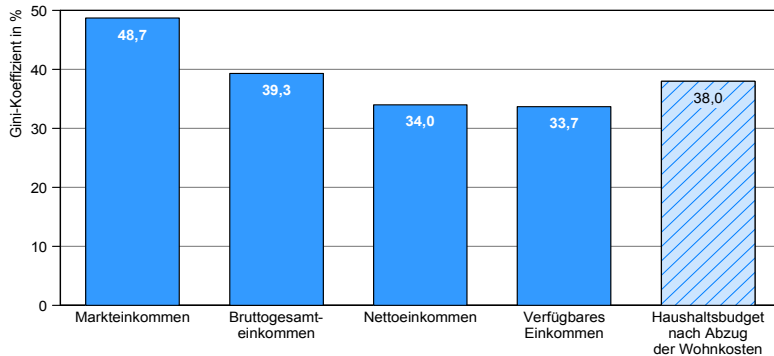
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

Die auf EU-SILC basierenden Daten erlauben im Gegensatz zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Analyse der Verteilung der Einkommen. Ein Maß für die Ungleichverteilung von Einkommen bzw. die Einkommenskonzentration ist der Gini-Koeffizient. Beziehen alle Haushalte dasselbe Einkommen, so beträgt der Wert des Gini-Koeffizienten 0%. Verfügt hingegen ein Haushalt über das gesamte Einkommen, erreicht der Gini-Koeffizient den Wert 100%.

Eine Übersicht über Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Haushaltseinkommen zeigt Grafik 1. Mit einem Wert des Gini-Koeffizienten von 48,7% zeigt sich die größte Ungleichverteilung der Einkommen bei den Markteinkommen durch die Berücksichtigung von Pensionseinkommen sinkt die Ungleichverteilung beim Bruttogesamteinkommen auf 39,3%. Nach Abzug von Steuern und Abgaben reduziert sich diese beim Nettoeinkommen weiter auf 34%. Durch die Berücksichtigung von privaten Transferzahlungen

ergibt sich das verfügbare Einkommen, bei dem die Ungleichverteilung geringfügig auf 33,7% sinkt. Unter Berücksichtigung von Wohnkosten steigt die Ungleichverteilung wiederum auf 38,0% an.

Grafik 1: Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Haushaltseinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

Da die Zusammensetzung der Haushalte und etwaige Kostenersparnisse aufgrund gemeinsamer Haushaltsführung bei einer derartigen Betrachtung der Haushaltseinkommen unberücksichtigt bleiben, können Ungleichheiten zwischen Haushalten nur bedingt dargestellt werden. Aus diesem Grund wird in vergleichenden Analysen üblicherweise das Äquivalenzeinkommen (auch als gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen bezeichnet) für die Abbildung des Lebensstandards verwendet.

2.2. Verteilung der äquivalisierten Einkommen in der Bevölkerung

In EU-SILC wird die Einkommenssituation der befragten Haushalte und Personen erfasst. Die Gegenüberstellung der verfügbaren Ressourcen mit dem unterstellten Bedarf des Haushalts gibt dann näherungsweise Auskunft über den Lebensstandard der Haushalte. Die Annahme des Ressourcenbedarfs richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße und dem Alter der Haushaltsmitglieder. Die Gewichtung der einzelnen Haushaltsmitglieder

zur Ermittlung des Bedarfs eines gesamten Haushalts ermöglicht die Berechnung eines äquivalisierten Haushaltseinkommens. Dieses Maß gilt als Indikator für den materiellen Lebensstandard jedes einzelnen Haushaltsmitglieds und soll Vergleichbarkeit zwischen Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung gewährleisten.

Unterstellt wird bei der Äquivalisierung von Haushaltseinkommen, dass mit zunehmender Haushaltsgröße und abhängig vom Alter der Kinder eine Kostenersparnis im Haushalt durch gemeinsames Wirtschaften erzielt wird (economy of scale). Es wird weiters die Annahme getroffen, dass alle Mitglieder eines Haushaltes in gleicher Weise am Haushaltseinkommen teilhaben. Da Informationen über die tatsächliche Verteilung innerhalb des Haushalts fehlen, können personelle Verteilungsaspekte, wie zum Beispiel Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, nicht bzw. nur zwischen Einpersonenhaushalten betrachtet werden.

Übersicht 3: Beispiel für die Berechnung der Haushaltsäquivalente

	Fixbedarf des Haushaltes	Bedarf für Erwachsene	Bedarf für Kinder	= Gesamtbedarf
Alleinlebende Person	0,5	0,5	0,0	1,0
Ein-Eltern-Haushalt mit 1 Kind	0,5	0,5	0,3	1,3
Ein-Eltern-Haushalt mit 2 Kindern	0,5	0,5	0,6	1,6
2 Erwachsene mit 2 Kindern	0,5	1,0	0,6	2,1
2 Erwachsene mit 3 Kindern	0,5	1,0	0,9	2,4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Kind = unter 14 Jahre.

Für Statistiken auf Basis von EU-SILC wird zur Bedarfsgewichtung die so genannte EU-Skala herangezogen. Eine alleinlebende erwachsene Person wird dabei als Referenz (= Konsumäquivalent) betrachtet. Der unterstellte Ressourcenbedarf steigt für jeden weiteren Erwachsenen um 0,5 Konsumäquivalente, Kinder werden jeweils mit 0,3 Konsumäquivalenten gewichtet. Übersicht 3 zeigt exemplarisch die Berechnung des Gesamteinkommensbedarfs für verschiedene Haushaltskonstellationen.

Wird das verfügbare Haushaltseinkommen durch die Konsumäquivalente des Haushalts dividiert, ergibt sich das äquivalisierte Haushaltseinkommen. Es drückt jenen Lebensstandard aus, den ein Einpersonenhaushalt mit diesem Einkommen erzielen kann. Unterstellt wird damit, dass z.B. der Lebensstandard einer dreiköpfigen Familie mit einem Einkommen von 30.000 Euro dem Lebensstandard eines Einpersonenhaushalts mit einem jährlichen Gesamteinkommen von 16.667 Euro entspricht (Übersicht 4).

Übersicht 4: Berechnungsbeispiel für das Äquivalenzeinkommen einer Familie

	Nettoeinkommen pro Jahr	Bedarfsäquivalente	Äquivalenzeinkommen
Haushalt	30.000 €	0,5+1,3 =1,8	16.667 €
Mutter	14.000 €	0,5	16.667 €
Vater	14.000 €	0,5	16.667 €
Kind	2.000 €	0,3	16.667 €

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Kind = unter 14 Jahre.

Um Verteilungen zu beschreiben, werden Einkommensgruppen über ihre Position in der Verteilung definiert. Dazu sind Perzentile als Werte bestimmter Einkommenspositionen, unterhalb derer sich ein festgelegter Anteil der Äquivalenzeinkommen befindet, ausgewiesen (z.B. Dezile, Quartile oder Quintile). Zur Berechnung von Perzentilwerten werden die Personen nach der Höhe ihres äquivalisierten Einkommens gereiht. Der Perzentilwert entspricht jenem Äquivalenzeinkommen, unterhalb dessen 10%, 20%, 25% usw. der Bevölkerung positioniert sind. Die jeweiligen Einkommensgruppen zwischen den Perzentilwerten werden als Einkommenszehntel bzw. -viertel usw. bezeichnet. Jedes Einkommenszehntel umfasst dabei rund 820.000 Personen, jedes Einkommensviertel etwa 2 Mio. Personen.

Übersicht 5 zeigt, dass dem untersten Einkommenszehntel in Österreich maximal 10.653 Euro pro Jahr zur Verfügung stehen, dem obersten Einkommenszehntel hingegen mindestens 33.270 Euro. Personen im obersten Einkommenszehntel steht somit ein rund

dreimal so hohes Äquivalenzeinkommen zur Verfügung wie Personen des untersten Einkommenszehntels. In Summe verfügt das oberste Einkommenszehntel über 22% des gesamten Äquivalenzeinkommens, das unterste über etwa 4%.

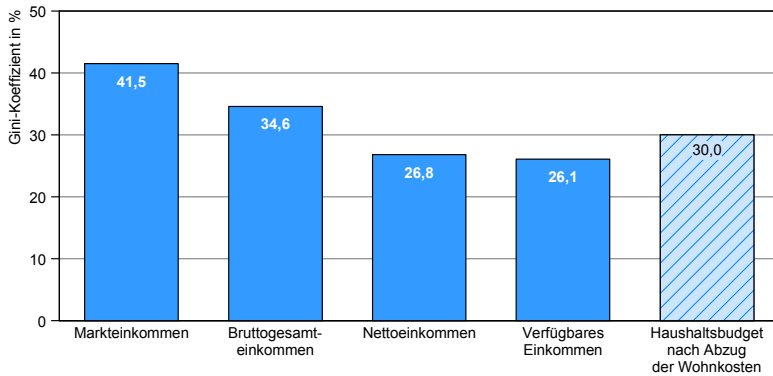
Übersicht 5: Verteilungsperzentile des Äquivalenzeinkommens von Personen

	Einkommens- grenze	% vom Äquiva- lenz- einkommen
10% weniger als	10.653 €	4
25% weniger als	14.238 €	13
50% weniger als	19.011 €	19
75% weniger als	25.416 €	26
90% weniger als	33.270 €	22

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

Der Gini-Koeffizient als Maß für die Ungleichverteilung sinkt bei Berücksichtigung der Haushaltsgröße durch die Äquivalisierung deutlich (Grafik 2). Die äquivalisierten Markteinkommen sind mit 41,5% deutlich weniger ungleich verteilt als die nicht-äquivalisierten. Die Ungleichverteilung sinkt mit Hinzurechnen der Pensionen auf 34,6% und durch den Abzug von Steuern und Abzügen auf 26,8%. Bei Berücksichtigung von privaten Transfers - im Wesentlichen Unterhaltsleistungen - sinkt die Ungleichverteilung in geringem Maße auf 26,1%. Werden nun Wohnkosten von diesem verfügbaren Einkommen abgezogen, steigt die Ungleichverteilung um beinahe 4 Prozentpunkte wiederum auf 30%. Die Umverteilung durch Wohnkosten entspricht somit der Hälfte des gesamten Umverteilungseffektes durch Steuern und Sozialleistungen.

Grafik 2: Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

2.3. Die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens

Im folgenden Abschnitt wird die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens österreichischer Privathaushalte behandelt. Über die Hälfte des äquivalisierten Haushaltseinkommens stammt aus unselbständiger Arbeit (57%). Gemeinsam mit Einkommen aus selbständiger Arbeit machen Einkommen aus Erwerbsarbeit somit etwa zwei Drittel des Äquivalenzeinkommens österreichischer Privathaushalte aus. 30% des äquivalisierten Haushaltseinkommens stammen aus Sozialleistungen: Altersunabhängige Sozialleistungen stellen dabei einen Anteil von 11%, Pensionen von 19%. Private Einkommen (private Transferszahlungen) haben mit 4% den geringsten Anteil am Äquivalenzeinkommen.

Die Haushaltszusammensetzung und die Lebenssituation der Haushaltsmitglieder sind ausschlaggebend für die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens. So besteht das äquivalisierte Haushaltseinkommen bei Haushalten mit Pensionen als Haupteinkommensquelle zu 87% aus Pensionen, bei alleinlebenden Personen sogar zu über 90%. Bei Haushalten mit anderen Haupteinkommensquellen machen Erwerbs-

einkommen aus unselbständiger Arbeit den Großteil des äquivalisierten Haushaltseinkommens aus: Der Anteil liegt zwischen 51% bei Ein-Eltern-Haushalten und 73% bei Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind. Sozialleistungen machen bei Haushalten ohne Pensionen zwischen 8% und 28% des äquivalisierten Haushaltseinkommens aus. Private Transfers haben die geringste Bedeutung für das Haushaltseinkommen, lediglich in Ein-Eltern-Haushalten und bei alleinlebenden Frauen ohne Pension beträgt ihr Anteil mehr als 10 Prozent.

2.4. Relativer Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen

Das äquivalisierte Haushaltseinkommen dient als Indikator für den materiellen Lebensstandard einer Person. Wird das äquivalisierte Einkommen einer Person in Bezug zum medianen Äquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung gesetzt, können relative Unterschiede im Lebensstandard dargestellt werden. Der als Verfügbarkeit von Ressourcen definierte Lebensstandard hängt neben der jeweiligen Haushaltszusammensetzung auch mit individuellen soziodemographischen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Bildung und Erwerbsstatus zusammen.

Als Kenngröße zur Beschreibung des Lebensstandards österreichischer Privathaushalte wird das Medianeinkommen herangezogen. Der Median teilt die Einkommensverteilung in exakt zwei gleiche Teile, d.h. jeweils die Hälfte der Personen verfügt über weniger Äquivalenzeinkommen als dieses Medianeinkommen, die Hälfte der Personen verfügt über mehr. Der Median des Äquivalenzeinkommens kann daher als mittlerer Lebensstandard bezeichnet werden und beträgt laut EU-SILC 2008 19.011Euro (Übersicht 6). Über Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind bei der Betrachtung des Äquivalenzeinkommens nur eingeschränkte Aussagen möglich, da dieses Einkommen von der jeweiligen Haushaltszusammensetzung abhängt. Das Äquivalenzeinkommen von Männern liegt insgesamt etwas über, das von Frauen etwas unter dem Median des Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Am größten ist der Einkommens-

unterschied zwischen den Geschlechtern in der Altersgruppe ab 65 Jahre, am geringsten in der Altersgruppe 40 bis 64 Jahre.

Je nach Haushaltszusammensetzung zeigen sich recht deutliche Unterschiede im Lebensstandard. Haushalte mit Pension als Haupteinkommensquelle verfügen über die geringsten Medianäquivalenzeinkommen. Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich hier bei alleinlebenden Personen: Frauen verfügen in diesen Haushalten über ein um 13 Prozentpunkte geringeres Einkommen als alleinlebende Männer. Bei Haushalten ohne Pension als Haupteinkommensquelle weisen Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und Mehrpersonenhaushalte mit nur einem Kind ein überdurchschnittliches Äquivalenzeinkommen auf. Über ein unterdurchschnittliches Äquivalenzeinkommen verfügen Personen in Ein-Eltern-Haushalten und Mehrpersonenhaushalte mit drei und mehr Kindern.

Übersicht 6: Relativer Lebensstandard nach Geschlecht, Alter und Haushaltsform

	Personen		Medianlebensstandard	
	in 1.000	in %	in EUR	in %
Insgesamt	8242	100	19.011	100
Männer	4023	49	19.528	103
Bis 19 Jahre	924	11	17.555	92
20 bis 39 Jahre	1087	13	19.835	104
40 bis 64 Jahre	1436	17	20.985	110
65 Jahre +	576	7	19.021	100
Frauen	4218	51	18.504	97
Bis 19 Jahre	892	11	16.772	88
20 bis 39 Jahre	1066	13	18.418	97
40 bis 64 Jahre	1461	18	20.780	109
65 Jahre +	799	10	16.928	89
Haushalt*) mit Pension	1.640	20	17.399	92
Alleinlebende Männer	128	2	17.534	92
Alleinlebende Frauen	415	5	14.984	79
Mehrpersonenhaushalt	1.096	13	18.613	98
Haushalt*) ohne Pension	6.602	80	19.402	102
Alleinlebende Männer	412	5	19.172	101
Alleinlebende Frauen	305	4	18.550	98
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	24	22.641	119
Haushalt*) mit Kindern (ohne Pension)	3.927	48	18.199	96
Ein-Eltern-Haushalt	320	4	14.478	76
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	16	20.509	108
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	18	18.397	97
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	9	14.852	78

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - *) Personen in Haushalten.

Das mediane Äquivalenzeinkommen von Personen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft liegt deutlich unter dem mittleren Lebensstandard in Österreich (Übersicht 7). Auch das mediane Äquivalenzeinkommen von eingebürgerten Österreicherinnen und Österreichern liegt um etwa 20 Prozent unter dem Median des Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Demgegenüber ist das mediane Äquivalenzeinkommen von Personen aus EU- und EFTA-Staaten nur knapp geringer als jenes der Gesamtbevölkerung.

Auch Bildung beeinflusst den materiellen Lebensstandard einer Person wesentlich: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher ist auch das mediane Äquivalenzeinkommen. Personen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss haben ein um 16 Prozent niedrigeres Medianäquivalenzeinkommen als die Gesamtbevölkerung. Bei allen höheren Bildungsabschlüssen liegt auch das mediane Äquivalenzeinkommen über dem mittleren Lebensstandard in Österreich.

Die Erwerbseinbindung ist ein wichtiger Einflussfaktor für das Lebensstandardniveau einer Person bzw. eines Haushalts. In Haushalten, wo keine Person im Erwerbsalter erwerbstätig ist oder die Haushaltsmitglieder nur teilweise in den Erwerbsprozess integriert sind, liegen die Äquivalenzeinkommen deutlich unter dem Median der Gesamtbevölkerung. Dies ist auch der Fall, wenn keine Person im Erwerbsalter im Haushalt lebt. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei der Unterscheidung nach der Haupteinkommensquelle des Haushalts: Wird das Haushaltseinkommen hauptsächlich aus selbständiger oder unselbständiger Erwerbsarbeit generiert, ermöglicht dies dem Haushalt einen überdurchschnittlichen Lebensstandard. Bilden Pensionen oder Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle, liegt das Äquivalenzeinkommen des Haushalts deutlich unter dem Median der Gesamtbevölkerung, bei Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle sogar um 38 Prozent.

Übersicht 7: Relativer Lebensstandard nach ausgewählten Merkmalen

	Personen		Medianlebensstandard	
	in 1.000	in %	in EUR	in %
Insgesamt	8.242	100	19.011	100
Staatsbürgerschaft				
Österreich	7.367	89	19.595	103
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	3	15.305	81
Nicht Österreich	874	11	14.929	79
davon EU/EFTA	270	3	18.470	97
davon sonstiges Ausland	604	7	13.903	73
Höchster Bildungsabschluss				
Max. Pflichtschule	1.657	20	15.878	84
Lehre/mittlere Schule	3.308	40	19.627	103
Matura	1.228	15	22.604	119
Universität	679	8	25.719	135
Haupttätigkeit (2006)				
Erwerbstätig	3.663	44	21.433	113
davon Vollzeit	2.916	35	21.825	115
davon Teilzeit	746	9	19.696	104
Pension	1.829	22	18.634	98
Arbeitslos	265	3	13.068	69
Haushalt	659	8	15.454	81
In Ausbildung	456	6	18.463	97
Erwerbsintensität des Haushalts*)				
Keine Person im Erwerbsalter im HH	1.014	12	16.622	87
Keine Erwerbstätigkeit	772	9	13.954	73
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	37	17.292	91
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	42	22.205	117
Haupteinkommensquelle des Haushalts*)				
Unselbständige Arbeit	5.131	62	20.331	107
Selbständige Arbeit	606	7	19.735	104
Sozialleistungen	641	8	11.699	62
Pensionen	1.754	21	17.632	93
Private Einkommen	109	1	27.213	143

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. – Bildung und Haupttätigkeit: Personen ab 16 Jahre. - *) Personen in Haushalten.

3. ARMUTSGEFÄHRDUNG IN ÖSTERREICH

3.1. Ausmaß der Armutsgefährdung

Der materielle Lebensstandard einer Person wird an den finanziellen Möglichkeiten gemessen, die sich durch die Höhe des äquivalisierten Haushaltseinkommens eröffnen. Verfügen Haushalte über ein geringes Jahreseinkommen, werden die darin lebenden Personen als „armutsgefährdet“ bezeichnet. Die jeweils anzuwendende Schwelle ist je nach Haushaltszusammensetzung unterschiedlich und wird nach Definition von Eurostat auf Basis von 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens⁷ berechnet. Laut EU-SILC 2008 beträgt die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt 11.406 Euro pro Jahr, das sind 951 Euro pro Monat. Dieser Wert hat sich im Vergleich zum Vorjahr etwas erhöht. Für Mehrpersonenhaushalte anderer Zusammensetzung muss der Wert entsprechend der international etablierten EU-Skala gewichtet werden: Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt erhöht sich die Schwelle um 475 Euro, für jedes Kind um 285 Euro pro Monat. Berechnungen der Armutsgefährdungsschwelle für ausgewählte Haushaltstypen finden sich in Übersicht 8.

Übersicht 8: Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen

Haushaltstyp	Gewichtungsfaktor nach EU-Skala	Jahreswert (in EUR)	Monatswert (in EUR)
		2008	
Einpersonenhaushalt	1	11.406	951
1 Erwachsener mit 1 Kind	1,3	14.828	1.236
2 Erwachsene	1,5	17.109	1.426
2 Erwachsene mit 1 Kind	1,8	20.531	1.711
2 Erwachsene mit 2 Kindern	2,1	23.953	1.996
2 Erwachsene mit 3 Kindern	2,4	27.374	2.281

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Monatswert entspricht 1/12 des Jahreswertes. Kind = unter 14 Jahre.

⁷ Errechnet sich als: Bruttoeinkommen aller Haushaltsmitglieder im Jahr 2007 minus Steuern und Sozialabgaben minus geleistete Unterhaltszahlungen und Privattransfers plus bezogene Unterhaltszahlungen und Privattransfers. Zur genauen Berechnung des Äquivalenzeinkommens vgl. Kapitel 2.

EU-SILC ist eine für Österreich repräsentative Stichprobenerhebung, 2008 wurden 13.631 Personen in 5.711 Privathaushalten erfasst. Anstaltshaushalte sind nicht Teil der Stichprobe, somit werden etwa Armutslagen von Asylwerbenden, Wohnungslosen, Menschen in Alten- oder Kinderheimen nicht erfasst. Hochgerechnete Ergebnisse sind nur Schätzungen für die Verteilung in der Grundgesamtheit und unterliegen einer Zufallsschwankung. Unterschiede zwischen Untergruppen und Jahren müssen daher mit Rücksicht auf die Schwankungsbreite interpretiert werden. Dies gilt im Besonderen auch für Unterschiede zwischen Bundesländern.

Laut EU-SILC 2008 sind in Österreich 12,4% der Bevölkerung armutsgefährdet (bzw. mit 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit zwischen 11,4% und 13,3%). Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung liegt die Zahl der armutsgefährdeten Personen zwischen rund 940.000 und 1,1 Millionen. In Übersicht 9 sind Armutgefährdungsquoten und die Konfidenzintervalle (Schwankungsbreiten bei 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit) für Österreich und die Bundesländer dargestellt. Auf Grund der Schwankungsbreiten der Bundesländerergebnisse kann keine Rangfolge abgelesen werden.

Übersicht 9: Armutgefährdungsquote und deren Schwankungsbreite für Österreich und die Bundesländer

	Armutgefährdungs- quote		Konfidenzintervall 95%				Befragte Haushalte	Personen in befragten Haushalten
			untere Grenze		obere Grenze			
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000		
Österreich	12,4	1.018	11,4	939	13,3	1.098	5.711	13.631
Burgenland	13,0	35	8,4	23	17,6	48	205	495
Kärnten	9,9	55	6,8	38	12,9	72	437	1.045
Niederösterreich	10,9	170	8,8	138	13,0	203	1.112	2.678
Oberösterreich	10,3	145	8,2	116	12,4	174	1.075	2.673
Salzburg	7,8	43	4,5	25	11,1	61	377	950
Steiermark	11,9	142	9,1	109	14,6	175	753	1.867
Tirol	11,6	78	8,2	55	15,0	101	448	1.065
Vorarlberg	18,2	70	12,7	49	23,7	91	235	620
Wien	17,0	280	14,3	236	19,7	324	1.069	2.238

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

Die zwischen EU-SILC 2007 und EU-SILC 2008 beobachtbare Zunahme der Armutsgefährdung⁸ (2007: 12,0%; 2008: 12,4%) liegt im Bereich der statistischen Schwankungsbreite (Überschneidung der 95%- Konfidenzintervalle) und kann nicht von zufallsbedingten Veränderungen unterschieden werden.⁹ Zeitreihenanalysen zeichnen ein relativ stabiles Bild der Armutsgefährdungsquote über den Berichtszeitraum (vgl. Kapitel 5). Dies gilt für Personen in Privathaushalten bei gleichbleibender Definition von Armutsgefährdung. Zu berücksichtigen ist hierbei auch, dass steigende Lebenshaltungskosten nicht einbezogen werden und (Einkommens)daten aus EU-SILC 2008 von März bis September 2008, also vor dem Auftreten von Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, erhoben wurden.

Die für international vergleichende Statistiken gebräuchliche Festlegung auf 60% des Medians des Äquivalenzeinkommens als zentrale Armutsgefährdungsschwelle ist nur eine mögliche Definition der Grenze für Einkommensarmut. Werden andere Grenzwerte betrachtet, sind laut EU-SILC 2008 bei einer sehr niedrigen Schwelle von 40% des Medians 2,4% der Bevölkerung armutsgefährdet, bei 50% des Medians sind es 5,8%. 20,1% der Bevölkerung leben mit weniger als 13.307 Euro äquivalisiertem Jahreseinkommen, dies entspricht 70% des Medians.

Als Alternative zu konventionellen statistischen Schwellen für Armutsgefährdung bieten sich politisch festgelegte Schwellenwerte an. Ein Schwellenwert lässt sich beispielsweise auf Basis des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Pensionen ableiten. Dieser beträgt 2009 772 Euro brutto 14-mal im Jahr, abzüglich der Krankenversicherung für Pensionistinnen und Pensionisten (2009: 5,1%). Netto entspricht das 10.257 Euro pro Jahr oder (dividiert durch 12) rund 855 Euro pro Monat. Rund 681.000 Personen

8 Zum Vergleich der Armutsgefährdungsquoten von 2003 bis 2008 siehe auch Kapitel 5 oder Bericht zu EU-SILC 2007 (Statistik Austria 2009b), S. 31.

9 Die zugrundeliegende Fehlerrechnung ist eine im Normalfall hinreichende Annäherung an den tatsächlichen Wert. Aufgrund der teilweise verbundenen Stichproben ist der Vergleich zwischen den Erhebungswellen besser abgesichert, als wenn unabhängigen Querschnitte verglichen würden. Für Differenzen zwischen zwei Jahren gelten daher etwa dieselben Schwankungsbreite wie bei Vergleichen innerhalb derselben Querschnittstichprobe (vgl. Verma 2001).

bzw. 8,3% der Bevölkerung haben ein Einkommen unter dem aus der Mindestpension berechneten Schwellenwert (siehe Übersicht 10).

Weder die Armutsgefährdungsschwelle noch die relative Zahl der Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb dieser Schwelle liegt (die Armutsgefährdungsquote), sagen etwas darüber aus, in welcher Intensität Menschen von Einkommensarmut betroffen sind. Die Armutsgefährdungslücke misst, ob die äquivalisierten Haushaltseinkommen der Betroffenen knapp unter die Schwelle fallen oder deutlich darunter liegen. Als Maß für die Intensität der Armutsgefährdung drückt sie die Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle aus. Laut EU-SILC 2008 haben armutsgefährdete Haushalte ein um rund 15% geringeres Einkommen als der Schwellenwert bei 60% des Medians. Für einen Einpersonenhaushalt beträgt die Einkommenslücke 2008 somit rund 146 Euro pro Monat (Übersicht 3). Dieser Wert hat sich für die Gesamtbevölkerung im Vergleich zum Vorjahr verringert (Armutsgefährdungslücke 2007: 17%), erfährt aber für einzelne Bevölkerungsgruppen im Jahresvergleich mit 2007 unterschiedliche Veränderungen.¹⁰ So hat sich die Armutsgefährdungslücke für Haushalte mit Pension als Haupteinkommensquelle um zwei Prozentpunkte vergrößert (2008: 14%), für Haushalte mit anderen Haupteinkommensquellen hingegen verringert: Haushalte ohne Kinder haben 2008 eine um 3 %-Punkte geringere Armutsgefährdungslücke als 2007, für Haushalte mit Kindern hat sich diese um 2 %-Punkte verkleinert. Grund dafür, dass sich das Medianeinkommen der Armutsgefährdeten in Haushalten ohne Pension an den Wert der Armutsgefährdungsschwelle angenähert hat, könnte u.a. die gesunkene Zahl von Arbeitslosen und haushaltsführenden Personen sein.

In einer hypothetischen Berechnung wären insgesamt rund 1,75 Milliarden Euro - das entspricht 0,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2008 - notwendig, um den materi-

¹⁰ Vgl. dazu Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

ellen Lebensstandard aller Armutsgefährdeten auf einen Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens zu bringen. Die Zahl zeigt den monetären Aufwand, der notwendig wäre, um ein „Mindest“-Einkommen in der Höhe der Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen und die Armutsgefährdungslücke zu schließen. Diese Rechnung ist allerdings nur statisch und kann etwaige Verhaltensänderungen, die durch derartige Transfers ausgelöst würden, nicht berücksichtigen. Außerdem kann selbst unter dieser Prämisse die Armutsgefährdung in Österreich durch die genannte Geldsumme nicht gänzlich beseitigt werden. Gründe dafür sind unter anderem die Nichterfassung von Anstaltshaushalten und wohnungslosen Personen sowie die Wahl des Äquivalenzeinkommens zur Bestimmung des materiellen Lebensstandards. Da Teilhabechancen und soziale Strukturen bei gleichem Einkommen ganz unterschiedliche Lebensführungen ermöglichen, gilt das Äquivalenzeinkommen lediglich als indirektes Maß.

Übersicht 10: Einkommen und Lücke der Armutsgefährdeten bei unterschiedlichen Schwellen

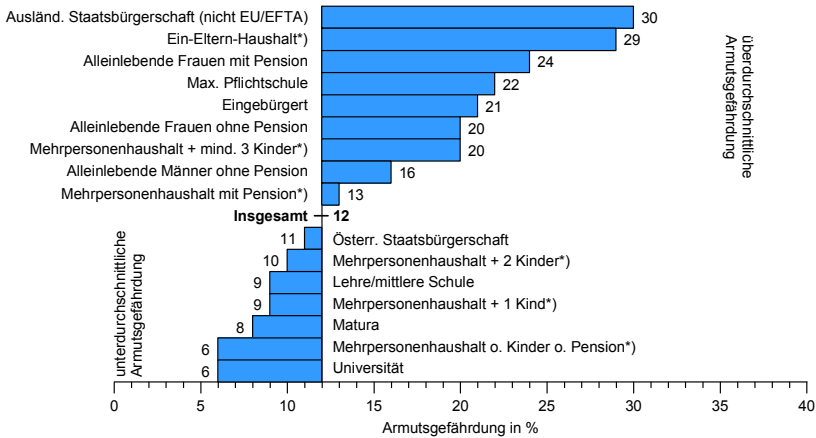
Armutsgefährdung ...	Armutsgefährdungsschwelle		Armutsgefährdung		Median- einkommen der Armuts- gefährdeten in EUR	Armutsgefährdungslücke		
	Jahreswert	Monatswert ¹⁾	in %	in 1.000		in %	in Mio. EUR	in % des BIP 2008
	in EUR							
bei 40% des Medians	7.604	634	2,4	201	6.057	20,6	309	0,1
bei 50% des Medians	9.505	792	5,8	474	8.161	14,3	727	0,3
bei 60% des Medians	11.406	951	12,4	1.018	9.662	15,3	1.752	0,6
bei 70% des Medians	13.307	1.109	20,1	1.654	10.675	19,8	3.532	1,3
„Ausgleichszulage ²⁾ 2008 netto“	10.257	855	8,3	681	8.893	13,4	1.027	0,4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) Monatswert entspricht 1/12 des Jahreswertes. - 2) Ohne zusätzliche Zahlungen wie Einmalzahlung und Energiekostenzuschuss.

3.2. Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung

Den Ergebnissen von EU-SILC 2008 zufolge sind 12% der Bevölkerung in Österreich armutsgefährdet. Für bestimmte Bevölkerungsgruppen ist das Armutsrisiko deutlich höher, während andere relativ gut abgesichert sind. Grafik 3 veranschaulicht, welche Merkmale mit einer überdurchschnittlichen Armutsgefährdungsquote (Überhang nach rechts) und welche mit einer unterdurchschnittlichen Gefährdung (Balken nach links) einhergehen.¹¹

Grafik 3: Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - *) Personen in Haushalten.

Übersicht 11 ermöglicht den Vergleich einiger besonders von Armutsgefährdung betroffener Gruppen, die durch unterdurchschnittliche Medianeinkommen charakterisiert sind. Neben dem Median des Äquivalenzeinkommens sind auch das Medianeinkommen der tatsächlich Armutsgefährdeten und die Armutsgefährdungslücke ausgewiesen. Das mittlere Einkommen von Armutsgefährdeten liegt um 15% unter der Armutsge-

¹¹ Zur umfassenden Darstellung der Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen sei auf Tabelle 5,1 im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d) verwiesen.

fährdungsschwelle, das bedeutet, umgerechnet stehen diesen Personen im Mittel 805 Euro im Monat zur Verfügung. Die Armutsgefährdungslücke ist bei Haushalten mit langzeitarbeitslosen Personen mit 21% am höchsten. Auch alleinlebende Frauen ohne Pension (20%) und Haushalte mit Personen im Erwerbsalter mit Behinderung, mit Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle sowie Haushalte mit Migrantinnen und Migranten ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft sind in besonderem Maß von Armutsgefährdung betroffen. In Prozent der Armutsgefährdungsschwelle ausgedrückt sind die Medianeinkommen dieser Haushalte um 18% niedriger als der Schwellenwert. Mit dem niedrigsten mittleren Äquivalenzeinkommen müssen Haushalte mit Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle auskommen: Ihnen stehen im Mittel monatlich rund 1.000 Euro zur Verfügung, unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle hat die Hälfte von ihnen weniger als rund 780 Euro im Monat zur Verfügung.

Übersicht 11: Einkommen und Armutsgefährdung von Risikogruppen

Personen in Haushalt ...	Gesamt in 1.000	Median- äquivalenz- einkommen	Median- äquivalenz- einkommen der Armuts- gefährdeten	Armutsgefährdung			
				in 1.000	Anteil	Quote	Lücke
Gesamtbevölkerung	8.242	19.011	9.662	1.018	100	12	15
mit Langzeitarbeitslosigkeit	344	12.133	9.006	148	15	43	21
mit Sozialleistungen als Haupteinkommen*)	461	12.042	9.395	198	19	43	18
mit ausländischem Mitglied (aus Nicht-EU/EFTA)	948	14.392	9.376	249	24	26	18
mit Eingebürgerten (ohne ausländ. Mitglied)	294	15.102	9.483	66	6	22	17
mit Behinderung (bei Person im Erwerbsalter)	837	16.576	9.395	159	16	19	18
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	14.853	9.552	151	15	20	16
mit jüngstem Kind 4 bis 6 Jahre	557	16.491	9.500	91	9	16	17
Ein-Eltern-Haushalt	320	14.472	9.532	92	9	29	16
Alleinlebende Frauen mit Pension	415	14.989	9.819	99	10	24	14
Alleinlebende Frauen ohne Pension	305	18.574	9.216	61	6	20	20

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - *) Ohne Haushalte mit Langzeitarbeitslosen.

3.2.1. Entstehungszusammenhang 1: Erwerbsarbeit

Im Folgenden werden die Entstehungszusammenhänge von Armut skizziert und drei der Faktoren, die das Armutsrisiko beeinflussen, näher betrachtet. Zunächst jene, die als ausschlaggebend für die Höhe des Haushaltseinkommens bzw. des Armutsrisikos bei Erwerbstätigkeit gelten: die Arbeitsmarktposition des Einzelnen sowie die Einbindung des gesamten Haushalts in den Arbeitsmarkt. Dabei wird auch den so genannten prekären Beschäftigungsformen und der Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit („working poor“) Beachtung geschenkt.

ERWERBSTÄTIGE PERSONEN IM ERWERBSALTER

Entscheidend für die Armutsgefährdung ist, ob und in welchem Ausmaß im Verlauf des Referenzjahres 2007 eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde. Betrachtet man den Zusammenhang zwischen Haupttätigkeit und Armutsgefährdung für Personen im Erwerbsalter (Übersicht 12), zeigt sich die geringste Armutsgefährdungsquote bei erwerbstätigen Personen.

Übersicht 12: Armutsgefährdung nach Haupttätigkeit 2007 von Personen im Erwerbsalter

	Gesamt in 1.000	Armutsgefährdung		
		in 1.000	Quote in %	Anteil in %
Insgesamt	5.050	542	11	100
Ganzjährig erwerbstätig	3.175	181	6	33
davon Vollzeit	3.927.000 Erwerbsaktive	2.609	129	5
davon Teilzeit		566	52	9
Nicht ganzjährig erwerbstätig		504	66	13
Arbeitslos (>= 6 Monate)	248	97	39	18
Ganzjährig nicht erwerbsaktiv	1.122	197	18	36
davon in Pension	1.122.000 nicht Erwerbsaktive	507	59	12
davon in Ausbildung		158	28	18
davon im Haushalt		457	110	24

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre). Ganzjährig erwerbstätig: 12 Monate erwerbstätig. Nicht ganzjährig erwerbstätig: weniger als 12 Monate erwerbstätig und weniger als sechs Monate arbeitslos.

War eine Person 12 Monate hindurch voll- oder teilzeiterwerbstätig, liegt die Armutsgefährdungsquote bei rund 6%. Nicht ganzjährig erwerbstätige Personen haben demgegenüber mit 13% ein mehr als doppelt so hohes Armutsrisiko. Personen, die 2007 mindestens sechs Monate lang arbeitslos waren, sind zu 39% armutsgefährdet.¹² Nicht erwerbsaktive Personen mit Ausnahme jener, die bereits im Erwerbssalter Pensionsleistungen beziehen, tragen ein überdurchschnittliches Armutsrisiko: Haushaltsführende Personen sind zu 24% und Personen in Ausbildung zu 18% betroffen.

Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit gilt als Mittel zur Reduktion des Armutsrisikos, die Entlohnung und die Kontinuität der Arbeit sowie die Zusammensetzung des Haushalts – besonders das Ausmaß der Erwerbsintensität im Haushalt – sind zusätzliche Faktoren, die die Höhe des Haushaltseinkommens bestimmen. In Übersicht 13 sind erwerbstätige Personen im Erwerbssalter (20-64 Jahre) dargestellt, wobei zwischen armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Erwerbstätigen differenziert wird. So können Unterschiede im Sozialprofil nach Armutsrisiko analysiert werden.

¹² Sie werden ebenfalls zur „erwerbsaktiven“ Bevölkerung gezählt. Während die AMS Statistik nur bei den regionalen Geschäftsstellen vorgemerkte Personen berücksichtigt, liegt in EU-SILC die Selbstzuordnung der jeweiligen Haupttätigkeit im Jahresverlauf zu Grunde, weshalb die hier ausgewiesene Zahl der Arbeitslosen von der AMS Statistik abweichen kann.

Übersicht 13: Soziodemographisches Profil von Erwerbstätigen im Erwerbssalter nach Armutsrisiko

	Erwerbstätige im Erwerbssalter				
	Gesamt in 1.000	Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet "working poor" ¹⁾	
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	3.679	3.432	100	247	100
Männer					
20-39 Jahre	940	884	46	56	43
40-64 Jahre	1.102	1.027	54	75	57
Frauen					
20-39 Jahre	735	676	44	59	51
40-64 Jahre	902	845	56	56	49
Höchster Bildungsabschluss					
Max. Pflichtschule	444	364	11	80	32
Lehre/mittlere Schule	1.955	1.849	54	107	43
Matura	763	718	21	44	18
Universität	517	501	15	16	6
Erwerbsstatus 2007					
Ganzjährig Vollzeit erwerbstätig	2.609	2.480	72	129	52
Ganzjährig Teilzeit erwerbstätig	566	514	15	52	21
Nicht ganzjährig erwerbstätig	504	438	13	66	27
Berufliche Stellung 2008					
Hilfsarbeit	719	642	19	77	31
Facharbeit	740	702	20	38	15
Mittlere Tätigkeit, Meister	722	700	20	21	9
Höhere Tätigkeit	425	417	12	(8)	(3)
Hochqualifizierte Tätigkeit	339	330	10	(9)	(3)
Selbständig	448	394	11	53	22
Nicht erwerbstätig	286	246	7	40	16

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) Personen im Erwerbssalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres 2007 zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Ohne Personen, die 2007 mehr als sechs Monate arbeitslos waren. Erwerbsstatus 2007: Ausmaß der Erwerbstätigkeit 2007. Derzeitige berufliche Stellung: Berufliche Stellung zum Befragungszeitpunkt 2008 - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Als „working poor“ gelten im Allgemeinen Personen, denen trotz Ausübung einer Erwerbstätigkeit kein äquivalisiertes Haushaltseinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zur Verfügung steht. Gründe dafür können sowohl ein niedriges persönliches Einkommen als auch die Haushaltszusammensetzung und die Erwerbsintensität des Haushalts sein. Je nach Definition von Erwerbstätigkeit und Einschränkung auf bestimmte Altersgruppen variiert die Anzahl der Betroffenen. Bis zur Berichterstat-

tung 2006 galten in EU-SILC aktuell (also zum Befragungszeitpunkt) erwerbstätige Personen von 20 bis 64 Jahren, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, als „working poor“. Da auch das zur Berechnung des Armutsrisikos herangezogene Haushaltseinkommen aus dem Referenzjahr (also dem der Erhebung vorangegangenen Kalenderjahr¹³) stammt, wurde aus Gründen der Konsistenz eine Änderung der nationalen Definition vorgenommen: Ab der Berichterstattung 2007 werden jene armutsgefährdeten Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) als „working poor“ bezeichnet, die im Verlauf des Referenzjahres zumindest ein Monat Vollzeit- oder Teilzeit erwerbstätig waren¹⁴.

Nach dieser aktuellen EU-SILC Definition sind 2008 insgesamt rund 247.000 Personen „working poor“ (vgl. Übersicht 13). Etwa 132.000 Männer (6%) und 116.000 Frauen (7%) im Erwerbsalter (20-64 Jahre) waren also im Jahr 2007 erwerbstätig und dennoch armutsgefährdet. Mehr als die Hälfte von ihnen (53%) ist über 39 Jahre alt. Insgesamt leben 492.000 Personen in Haushalten mit „working poor“, 48.000 der trotz Erwerbstätigkeit Armutsgefährdeten leben alleine. „working poor“ sind öfter unter Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, unteren Berufsschichten und unter Teilzeitbeschäftigten vertreten als die nicht armutsgefährdeten Erwerbstätigen.

„Working poor“¹⁵ stellen mit 46% die größte Gruppe der Armutsgefährdeten im Erwerbsalter dar. Arbeitslose, die zwar ein erheblich höheres Risiko tragen, repräsentieren mit rund 18% eine deutlich kleinere Gruppe. Die große Gruppe der „working poor“ lässt sich nach Ausmaß der Erwerbsintensität differenzieren: Von den 181.000 ganzjährig erwerbstätigen Personen, die von Armutsgefährdung betroffen sind, waren 129.000 Vollzeit erwerbstätig. Davon leben etwa 84% in Mehrpersonenhaushalten. Die Gruppe jener, die alleine leben und trotz ganzjähriger Erwerbstätigkeit armuts-

13 Für EU-SILC 2008 beispielsweise das Jahr 2007.

14 Nicht berücksichtigt werden Personen, die im Referenzjahr 2007 mehr als sechs Monate arbeitslos waren.

15 Im Folgenden bezeichnet der Begriff „Working poor“ nach der aktuellen EU-SILC Definition Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre), die im Verlauf des Referenzjahres 2007 zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Personen, die im Referenzjahr 2007 mehr als sechs Monate arbeitslos waren sind nicht berücksichtigt.

gefährdet sind, umfasst circa 21.000 Personen. Auch wenn die Armutsgefährdungsquote bei Personen in prekären Beschäftigungsformen deutlich höher ist, stellen Personen in einem Normalarbeitsverhältnis die größte Gruppe innerhalb der „working poor“ dar. Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit betrifft keineswegs nur Personen in vergleichsweise schlecht abgesicherten Jobs.

Übersicht 14: Staatsbürgerschaft und Haushaltstyp von Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Armutsrisiko

	Erwerbstätige im Erwerbsalter				
	Gesamt in 1.000	Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet "working poor" ^{*)}	
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	3.679	3.432	100	247	100
Staatsbürgerschaft					
Österreich	3.282	3.096	90	186	75
davon:					
seit Geburt	3.137	2.970	87	167	68
eingebürgert	145	126	4	19	8
Nicht Österreich	397	336	10	61	25
davon:					
EU/EFTA	151	136	4	15	6
sonstiges Ausland	246	200	6	45	18
Haushaltstyp (ohne Pension)^{*)}					
Alleinlebende Männer	323	299	17	23	24
Alleinlebende Frauen	230	206	12	24	24
MPH ohne Kinder	1.336	1.285	72	51	52
Ein-Eltern-Haushalt	102	82	5	20	15
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	747	704	46	43	31
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	624	579	37	45	32
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	214	182	12	32	23

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres 2007 zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Ohne Personen, die 2007 mehr als sechs Monate arbeitslos waren. - *) Personen in Haushalten.

Während 10% der nicht armutsgefährdeten Erwerbstätigen keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, trifft dies auf ein Viertel der Armutsgefährdeten zu (Übersicht 14). Die Verteilung auf die Haushaltstypen zeigt die bekannten Muster der Benachteiligung: „working poor“ sind überproportional oft in Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern (13%), in Ein-Eltern-Haushalten (8%) und unter alleinlebenden Frauen (10%) vertreten.

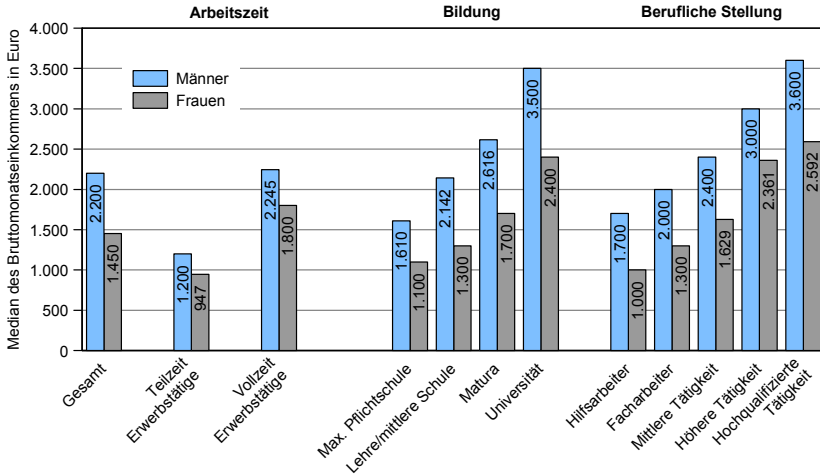
Eine entsprechend hohe Entlohnung kann Erwerbstätige vor Armutsgefährdung schützen. Grafik 4, die das mittlere Brutto-Monatseinkommen für unselbständig Erwerbstätige dargestellt¹⁶, zeigt, dass dies stark mit den Qualifikationen und der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen zusammenhängt. Das mittlere Bruttoeinkommen steigt mit der Qualifikation und der Stellung im Beruf, gleichzeitig sinkt das Armutsrisiko. Unselbständig Beschäftigte mit Matura verdienen beispielsweise durchschnittlich brutto um 312 Euro pro Monat mehr als Personen mit Lehrabschluss.¹⁷ Rund 3% der Personen mit Pflichtschulabschluss bzw. 4% derjenigen, die eine Hilfstätigkeit ausüben, beziehen trotz Vollzeitbeschäftigung weniger als 1.000 Euro brutto, während so niedrige Einkommen bei Vollzeitbeschäftigten in höheren Qualifikationsebenen praktisch nicht mehr vorkommen.¹⁸ Bereits in der mittleren Qualifikationsebene wird eine im Vergleich zu allen Erwerbstätigen unterdurchschnittliche Armutsgefährdung festgestellt.

16 Für Selbständige wurde kein aktuelles Monatseinkommen erhoben. Ihr Armutsrisiko beträgt 12% (siehe Tabelle 5.1b im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d)).

17 Für eine detaillierte Darstellung der Unterschiede von Verdiensten der Frauen und Männer auf Basis der Verdienststrukturerhebung bzw. Lohnsteuerdaten siehe Statistik Austria (2006) und Rechnungshof (2008).

18 Vgl. Tabelle 9.4 im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

Grafik 4: Monatliches Bruttoeinkommen 2008 von aktuell unselbständig Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. Hauptsächlich erwerbstätige Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre), die in der der Erhebung vorangegangenen Kalenderwoche mind. eine Stunde als unselbständig Erwerbstätige/r gearbeitet haben. Bruttomonatseinkommen aus der Haupttätigkeit zum Befragungszeitpunkt 2008, inkl. bezahlter Überstunden, ohne 13. und 14. Bezug und ohne Einmalzahlungen.

Neben der Qualifikation wirken sich auch Geschlecht und Herkunft auf das Einkommen aus. Grafik 4 zeigt, dass Männer in allen Bildungsschichten mehr verdienen als Frauen. Durchschnittlich verdienen Arbeitnehmerinnen brutto monatlich 66% des Medianeinkommens der Männer. Der Einkommensunterschied besteht ungeachtet des Beschäftigungsausmaßes, wenngleich er bei Teilzeiterwerbstätigen mit 253 Euro geringer ist. Bei Vollzeiterwerbstätigkeit verdienen Männer durchschnittlich um 445 Euro mehr als Frauen. Gründe dafür sind unter anderem Unterschiede im Einkommensniveau und in der Einkommensstruktur verschiedener Wirtschaftsbereiche sowie das Beschäftigungsausmaß.

Durch geringe Bildung oder nicht anerkannte Bildungsabschlüsse und den Einsatz in wenig qualifizierten Jobs sind Personen mit ausländischer (nicht EU-/EFTA) Herkunft besonders benachteiligt. Sie verrichten zu 67% Hilfsarbeiten – zum Vergleich: von

den Österreicherinnen und Österreichern üben nur 19% eine Hilfsarbeit aus.¹⁹ Diese ungleiche Qualifikations- und Beschäftigungsstruktur von in- und ausländischen Beschäftigten findet ihren Niederschlag in einem beinahe drei Mal so hohen Armutsrisiko für Erwerbstätige mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft (Übersicht 15).

Übersicht 15: Aktuelles Erwerbseinkommen und Armutsgefährdung bei unselbständig Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Staatsbürgerschaft

	Gesamt		Monatl. Erwerbseinkommen brutto ¹⁾ Median in EUR	Armutsgefährdungsquote in %
	in 1.000	Anteil in %		
Unselbständige insgesamt	3.006	100	1.900	7
Staatsbürgerschaft				
Österreich	2.684	89	1.979	6
darunter eingebürgert	130	4	1.448	12
Nicht Österreich	322	11	1.503	14
davon:				
EU/EFTA	114	4	1.800	(10)
sonstiges Ausland	208	7	1.450	17

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen, die in der der Erhebung vorangegangenen Kalenderwoche mind. eine Stunde einer unselbständigen Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. - 1) Bei ganzjähriger Beschäftigung in der Regel 14 Mal pro Jahr.

Neben geringer Entlohnung ist unregelmäßige Beschäftigung von weniger als zehn Monaten im Referenzjahr ein weiteres Merkmal prekärer Beschäftigungssituationen und einer unsicheren Einkommenslage. Betroffen sind vor allem Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter, aber auch „neue Selbständige“ (Tätigkeit unter Werkvertrag) oder Personen mit freiem Dienstvertrag. Beschäftigungsverhältnisse von weniger als zwölf Arbeitsstunden pro Woche werden hier zu den prekären Beschäftigungsarten gezählt, da diese oft mit einem geringfügigen Einkommen und wenig arbeits- und sozialrechtlichem Schutz einhergehen. Der Zusammenhang dieser Beschäftigungsformen mit einem erhöhten Armutsrisiko ist deutlich ersichtlich – auch wenn die Einkommen anderer Haushaltsmitglieder möglicherweise ausgleichend hinzukommen (siehe Übersicht 16).

19 Vgl. Tabelle 9.2 im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

Übersicht 16: Armutsgefährdung in prekären Beschäftigungsformen

	Gesamt in 1.000	Armutsgefährdung	
		in 1.000	Quote in %
Insgesamt	5.050	545	11
Unregelmäßig beschäftigt	491	75	15
Teilzeit <12h	118	18	16
Niedriglohnbeschäftigung	109	31	28

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre). Unregelmäßig beschäftigt: 2007 oder aktuell Werk-/DienstvertragsnehmerIn oder 2007 weniger als 10 Monate Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt. Niedriglohnbeschäftigung: Der aktuelle Stundenlohn beträgt weniger als 5,77 €, d.h. hochgerechnet auf Vollzeitbeschäftigung beträgt der Monatslohn weniger als 1.000 €.

Während die Erwerbsbeteiligung der Frauen in den letzten Jahren weiter angestiegen ist, ist nach wie vor Teilzeiterwerbstätigkeit (Erwerbstätigkeit von weniger als 35h pro Woche) für Frauen im Erwerbsalter weitaus häufiger als für Männer: 83% aller aktuell Teilzeitbeschäftigten sind weiblich, die Teilzeitquote der Frauen beträgt 40%, bei den Männern 7%.

Diese Ergebnisse finden sich auch im Mikrozensus²⁰: Im Jahresdurchschnitt 2008 gaben 43,1% der Frauen an, normalerweise weniger als 36 Stunden pro Woche zu arbeiten, bei den Männern traf dies nur auf 8,8% zu. Insgesamt wurde im Jahresdurchschnitt 2008 eine Teilzeitquote von 23,3% erreicht (2007: 22,6%). Demzufolge wird das „male-breadwinner“-Modell (Frau im Haushalt, Mann Alleinverdiener) immer häufiger von einem Modell abgelöst, in dem die Frau durch ihre (Teilzeit-) Erwerbstätigkeit zum Haushaltseinkommen beiträgt. Teilzeitarbeit an sich bleibt nach wie vor weiblich besetzt.

In Haushalten mit Kindern gelten Betreuungspflichten und mangelnde außerfamiliäre Betreuungsangebote als Hinderungsgründe für die Aufnahme einer (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit für einen Elternteil. Die niedrige Erwerbsintensität - vor allem von Frauen - ist

²⁰ Vgl. Statistik Austria (2009a), S. 8.

mit Alter und Zahl der Kinder erklärbar. Während in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder 68% der Frauen und in Mehrpersonenaushalten mit einem Kind 65% der Frauen erwerbstätig sind, gehen in Haushalten mit drei und mehr Kindern nur 39% der Frauen einer Erwerbstätigkeit nach (Übersicht 17). In Haushalten mit Kindern bis drei Jahre sind 35% der Frauen erwerbstätig, mit dem Erreichen des Kindergartenalters des jüngsten Kindes liegt die weibliche Erwerbsbeteiligung bei fast zwei Drittel (64%), wobei Teilzeitbeschäftigung vorherrscht (70%). Erst mit dem Schulalter überwiegt die Vollzeitbeschäftigung der Frauen ganz knapp (51%).

Übersicht 17: Erwerbsbeteiligung von Frauen nach Teilzeit-/Vollzeiterwerbstätigkeit und Haushaltstyp

	Gesamt in 1.000	Erwerbs- beteiligung	davon	
			Teilzeit	Vollzeit
			in %	
Frauen insgesamt	2.233	65	40	60
Alleinlebend	287	77	19	81
In Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	800	68	29	71
In Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	463	65	52	48
In Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	394	60	62	38
In Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	165	39	51	49
In Ein-Eltern-Haushalt	126	62	44	56
Jüngstes Kind bis 3 Jahre	330	35	66	34
Jüngstes Kind 4 bis 6 Jahre	144	64	70	30
Jüngstes Kind über 6 Jahre	674	71	49	51

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Frauen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) in Haushalten ohne Pension.
Erwerbsbeteiligung: Anteil aktuell hauptsächlich erwerbstätiger Frauen (ohne Arbeitslose) an Frauen im Erwerbsalter. Teilzeit: Erwerbstätigkeit von weniger als 35 Stunden pro Woche.

ERWERBSBETEILIGUNG DES HAUSHALTS

Armutsgefährdung ist neben dem individuellen Erwerbsstatus stark von der Zusammensetzung des Haushalts sowie dessen Einbindung in den Arbeitsmarkt beeinflusst. Schlechte Einkommensverhältnisse eines Haushaltsmitglieds können sich für den ganzen Haushalt nachteilig auswirken, oder aber auch durch die Erwerbseinkommen

anderer und weitere Einkünfte (zum Beispiel Sozialleistungen oder Privattransfers) ausgeglichen werden. Sowohl der Anteil der erwerbstätigen Personen im Haushalt (an allen Personen im Erwerbsalter) als auch deren Beschäftigungsintensität und -dauer (Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung und die Zahl der beschäftigten Monate im Einkommensreferenzjahr 2007) haben Einfluss darauf, über welche Ressourcen der Haushalt verfügen kann. Beide Faktoren sind im Indikator Erwerbsintensität zusammengefasst (Übersicht 18). Volle Erwerbsintensität eines Haushalts wird dann erreicht, wenn in einem Haushalt alle Personen zwischen 20 und 64 Jahren größtenteils vollzeiterwerbstätig sind. Ist dies nicht der Fall, z.B. wenn eine Person das ganze Jahr über vollzeitbeschäftigt ist und ein zweites erwachsenes Haushaltsmitglied einer Teilzeit- oder keiner Erwerbstätigkeit nachgeht, wird von teilweiser Erwerbsintensität gesprochen.

Übersicht 18: Armutsgefährdung nach Erwerbsintensität des Haushalts

	Gesamt		Armutsgefährdung		
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Gesamt					
Keine Erwerbstätigkeit	772	11	270	32	35
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	42	387	47	13
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	48	174	21	5
Einpersonenhaushalt					
Keine Erwerbstätigkeit	215	27	81	59	38
Teilweise Erwerbstätigkeit	109	14	33	24	30
Volle Erwerbstätigkeit	462	59	23	17	5
Mehrpersonenhaushalt					
Keine Erwerbstätigkeit	557	9	189	27	34
Teilweise Erwerbstätigkeit	2.910	45	354	51	12
Volle Erwerbstätigkeit	2.975	46	151	22	5

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten mit mind. einer Person im Erwerbsalter (20-64 Jahre). Erwerbsintensität: Anteil erwerbstätiger Monate an maximal möglichen Erwerbsmonaten aller Personen im Erwerbsalter im Haushalt im Jahr 2007. Teilzeit erwerbstätige Monate werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Volle Erwerbsintensität: Mehr als 75% Erwerbsintensität. Teilweise Erwerbsintensität: bis zu 75% Erwerbsintensität. Keine Erwerbsintensität: null Erwerbsmonate im Haushalt.

In Haushalten mit mindestens einer Person im Erwerbsalter, in denen maximale Erwerbsintensität erreicht wird, liegt unterdurchschnittliche Armutsgefährdung vor: Mehrpersonenhaushalte haben unter diesen Bedingungen eine Armutsgefährdungsquote von 5% (151.000 Personen). Auch 5% der Einpersonenhaushalte mit voller Erwerbsintensität sind armutsgefährdet (23.000 Personen). Bei teilweiser Erwerbstätigkeit in Mehrpersonenhaushalten ist das Risiko in Armut zu geraten durchschnittlich hoch (12%). Bei Einpersonenhaushalten, in denen nicht die volle Erwerbsintensität erreicht wird, beträgt das Risiko 30%. Am höchsten ist das Armutsrisiko in Haushalten ohne Erwerbstätige: Wenn alleinlebende Personen im Erwerbsalter keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, sind sie zu 38% armutsgefährdet. In Mehrpersonenhaushalten, in denen keine Person im Erwerbsalter erwerbstätig ist, ist es etwas mehr als ein Drittel. Die Haushalte ohne Erwerbsintensität²¹ setzen sich folgendermaßen zusammen:

- » Alleinlebende im Erwerbsalter mit Pension als Haupteinkommensquelle (d.h. jünger als 65 Jahre): 22.000 Männer und 71.000 Frauen.
- » Alleinlebende, bei denen die Pension nicht die Haupteinkommensquelle ausmacht: 70.000 Männer und 53.000 Frauen. Hier werden von mehr als drei Vierteln hauptsächlich Sozialleistungen bezogen: Es handelt sich dabei vorwiegend um jüngere Personen in Ausbildung oder ältere Personen am Ende des Erwerbslebens, die noch keine Pension beziehen bzw. arbeitslos sind.
- » Mehrpersonenhaushalte: Über die Hälfte der Mehrpersonenhaushalte sind Haushalte mit Pension als Haupteinkommensquelle (316.000 Personen), einen nicht unerheblichen Anteil machen auch Ein-Eltern- Haushalte aus, in denen die erwachsene Person keiner Erwerbstätigkeit nachgeht (63.000 Personen). Der Rest sind Haushalte mit Arbeitslosigkeit oder am Übergang vom Erwerbsleben zur Pension.

21 Personen im Pensionsalter werden hier nicht berücksichtigt.

3.2.2. Entstehungszusammenhang 2: Familie, Lebensformen und Kinder

Die Haushaltszusammensetzung beeinflusst die Möglichkeiten, sich am Erwerbsleben zu beteiligen und steht so über die Erwerbsintensität in Zusammenhang mit der Höhe des Haushaltseinkommens. Der Einfluss dieser beiden Größen auf die Armutsgefährdung bestimmter Haushaltstypen wird im folgenden Abschnitt näher untersucht.

Weil in Einpersonenhaushalten keine Einsparungspotentiale auf Grund gemeinsamer Haushaltsführung gegeben sind, verzeichnen alleinlebende Personen generell ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Dass in Mehrpersonenhaushalten etwa beim Wohnen oder beim Kauf von Nahrungsmitteln durch gemeinsames Wirtschaften Kosten gespart werden können, wird durch die Äquivalisierung des Haushaltseinkommens berücksichtigt. Ebenso hat das Einkommen anderer Haushaltsmitglieder Einfluss auf die finanzielle Situation der Einzelnen. Im Gegensatz dazu wirken sich Einkommensnachteile und soziale Risiken auf alleinlebende Personen unmittelbar aus, ohne Ausgleich im Einkommen anderer Haushaltsmitglieder finden zu können. Alleinlebende Frauen mit Pension haben deshalb eine der höchsten Armutsgefährdungsquoten, rund ein Viertel ist betroffen. Mit 99.000 armutsgefährdeten Personen bzw. einem Zehntel aller Armutsgefährdeten sind sie auch absolut gesehen eine nicht zu vernachlässigende Gruppe. Die Armutsgefährdungslücke von alleinlebenden Frauen mit Pensionsbezug ist mit 14% allerdings vergleichsweise gering.

Bei Alleinlebenden aller Altersgruppen fällt der Unterschied zwischen den Geschlechtern auf: Alleinlebende Frauen haben mit 22% eine deutlich höhere Armutsgefährdungsquote als Männer (16%). In Haushalten mit Pensionsbezug fällt der Nachteil der Frauen mit 24% zu 16% stärker aus, wobei auch bei den jüngeren alleinlebenden Personen 4%-Punkte Unterschied zwischen Frauen und Männern bestehen.

Ergänzend zur obigen Analyse der Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Auswirkung mangelnder Erwerbsintensität im Haushalt auf die Armutsgefährdung, wird in Übersicht 19 die Armutsgefährdung von Familien dargestellt. Dabei wird deutlich, dass Familien mit bis zu zwei Kindern relativ gut vor Armutsrisiken geschützt sind (mit einem Kind 9% Armutsgefährdung). Für Familien mit zwei Kindern beträgt das Armutsrisiko 10%, bei drei oder mehr Kindern im Haushalt überdurchschnittliche 20%. In Ein-Eltern-Haushalten lebende Personen sind zu 29% von Armutsgefährdung betroffen. Auch in Ein-Eltern-Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit liegt die Armutsgefährdungsquote mit 14% über dem Durchschnitt.

Übersicht 19: Armutsgefährdung nach Haushaltstyp und Alter der Kinder

	Gesamt		Armutsgefährdung	
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Quote in %
Insgesamt	8.242	100	1.018	12
Haushalt mit Pension				
Alleinlebend männlich	128	2	20	16
Alleinlebend weiblich	415	5	99	24
Mehrpersonenhaushalt	1.096	13	139	13
Haushalt ohne Pension				
Alleinlebende Männer	412	5	68	16
Alleinlebende Frauen	305	4	61	20
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	24	113	6
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	16	120	9
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	18	156	10
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	9	151	20
Ein-Eltern-Haushalt	320	4	92	29
Haushalt nach Alter der Kinder				
Jüngstes Kind bis 3 Jahre	1.258	15	171	14
Jüngstes Kind 4 bis 6 Jahre	557	7	91	16
Jüngstes Kind über 6 Jahre	2.204	27	273	12

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten.

Der Einfluss des Alters der Kinder auf Betreuungsnotwendigkeiten im Haushalt und die Erwerbstätigkeit der Frauen zeigt sich unmittelbar im Armutsrisiko: Ist das jüngste Kind im Kindergarten- bzw. Vorschulalter, beträgt die Armutsgefährdung 14% bzw. 16%. Erst

wenn das jüngste Kind im schulpflichtigen Alter ist, wird in vielen Haushalten wieder teilweise oder volle Erwerbsintensität erreicht. Das Armutsrisiko entspricht dann mit 12% dem Durchschnitt und ist geringer als bei Familien mit Kindern im Kleinkind- oder Vorschulalter.

Dabei ist der Effekt der Frauenerwerbsbeteiligung auf das Armutsrisiko in Mehrpersonenhaushalten ohne Pension deutlich nachweisbar: Wenn die Frauen im Haushalt keine Erwerbstätigkeit ausüben, liegt die Armutsgefährdungsquote bei 21%, sind sie hingegen erwerbstätig, nur bei 7%. Die höchste Armutsgefährdungsquote zeigt sich für nicht erwerbstätige alleinlebende Frauen mit Kind(ern). In dieser Konstellation beträgt das Armutsrisiko 60% (Übersicht 20).

Die Erwerbspartizipation von Frauen ist ein entscheidendes Mittel, um Familien ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen. In allen betrachteten Haushaltsformen, mit Ausnahme der Ein-Eltern-Haushalte und Familien mit drei und mehr Kindern, liegt das Armutsrisiko unter dem Bevölkerungsdurchschnitt, wenn die Frauen erwerbstätig sind. Vor allem Vollzeit erwerbstätigkeit von Frauen bedeutet ein geringeres Armutsrisiko. Besonders in Ein-Eltern-Haushalten und in Haushalten, in denen das jüngste Kind maximal drei Jahre alt ist, ist die Armutsgefährdungsquote deutlich niedriger, wenn die Frauen statt Teilzeit Vollzeit erwerbstätig sind. Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen durch leistbare, zeitlich flexible und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu ermöglichen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Reduzierung von Armutsrisiken für Familien. Zu beachten ist, dass Personen in Ein-Eltern-Haushalten und in Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern auch bei hoher Erwerbsbeteiligung ein überdurchschnittliches Armutsrisiko tragen. Erwerbseinkommen und Sozialtransfers reichen hier nicht aus, um über ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu verfügen.

Übersicht 20: Erwerbstätigkeit von Frauen und Armutsgefährdung in Mehrpersonenhaushalten

	Gesamt in 1.000	Armutsgefährdung	
		in 1.000	Quote in %
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder			
Frau erwerbstätig	1.393	51	4
Frau nicht erwerbstätig	376	51	14
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind			
Frau erwerbstätig	1.084	62	6
Frau nicht erwerbstätig	255	51	20
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder			
Frau erwerbstätig	1.059	78	7
Frau nicht erwerbstätig	435	78	18
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder			
Frau erwerbstätig	434	61	14
Frau nicht erwerbstätig	320	90	28
Ein-Eltern-Haushalt¹⁾			
Frau erwerbstätig	223	48	21
Frau nicht erwerbstätig	68	41	60
Jüngstes Kind bis 3 Jahre			
Frau erwerbstätig	613	45	7
Frau nicht erwerbstätig	614	111	18
Jüngstes Kind 4 bis 6 Jahre			
Frau erwerbstätig	392	37	10
Frau nicht erwerbstätig	157	51	32
Jüngstes Kind über 6 Jahre			
Frau erwerbstätig	1.795	166	9
Frau nicht erwerbstätig	309	98	32

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Pension mit mind. einer Frau im Erwerbsalter (20-64 Jahre). Frau erwerbstätig: Zumindest eine Frau im Haushalt war im Referenzjahr 2007 erwerbstätig. Frau nicht erwerbstätig: Keine Frau im Haushalt war im Referenzjahr 2007 erwerbstätig. - 1) Alleinlebende Frauen mit mind. einem Kind.

LEBENSSTANDARD VON KINDERN, JUGENDLICHEN UND FINANZIELL ABHÄNGIGEN JUNGEN ERWACHSENEN

Die Bestimmung des Lebensstandards über die finanzielle Situation des gesamten Haushalts erlaubt keine Befunde über die Ressourcenverteilung innerhalb des Haushalts. Im Fall von Kindern, die finanziell zur Gänze von erwachsenen Haushaltsmitgliedern abhängig sind und ihre Lage nicht selbst beeinflussen können, gestaltet sich die Beurteilung der Lebensbedingungen also schwierig. Kindern, die in Armut aufwachsen, stehen weniger Ressourcen für den zukünftigen Lebensweg zur Verfügung als jenen, die diese Erfahrung nicht teilen. So besuchen 39% der nicht armutsgefährdeten, aber nur 24% der armutsgefährdeten Kinder zwischen zehn und 14 Jahren eine AHS. Analysen der Soziodemographie von Eltern armutsgefährdeter Kinder können die intergenerationale Weitergabe von Armut zu einem gewissen Grad abbilden²².

Kinder unter 16 Jahren werden in EU-SILC nicht persönlich zu ihrer Lebenssituation befragt, Jugendliche und junge Erwachsene unter 27 Jahren, die auf Grund einer Ausbildung finanziell noch vom elterlichen Haushalt abhängig sind, werden in der Berichterstattung nicht als Erwachsene ausgewiesen. Laut EU-SILC 2008 leben in Österreich 1.787.000 Kinder, Jugendliche und abhängige junge Erwachsene. 264.000 von ihnen sind armutsgefährdet (15%)²³. Kinder machen damit mehr als ein Viertel der Armutsgefährdeten in Österreich aus und sind in allen Altersgruppen überdurchschnittlich betroffen. Das Armutsrisiko ist für Kinder unter 16 Jahren insgesamt mit 15% in etwa gleich hoch wie für ältere bis 26 Jahre (14%).

12% der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit österreichischer Staatsbürgerschaft sind armutsgefährdet (Übersicht 21). Unter den jungen Leuten mit einer anderen Staatsbürgerschaft sind es deutlich mehr, nämlich 38%. Sie stellen mit

22 Vgl. hierzu im Bericht zu EU-SILC 2005 (Statistik Austria 2007) das Modul „Intergenerationale soziale Mobilität“, S. 59ff.

23 Vgl. Tab. 8.1 und Tab. 8.2 im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

84.000 Betroffenen fast ein Drittel der Armutsgefährdung dieser Altersgruppe dar (32%). 17% der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 26 Jahre leben in Haushalten mit mindestens einer Person ohne EU-/EFTA Staatsbürgerschaft. 98.000 von ihnen sind armutsgefährdet. Das Armutsrisiko von Zuwandererkindern ist damit mit 31% fast drei Mal so groß wie das Gleichaltriger in österreichischen Haushalten ohne ausländischen oder eingebürgerten Mitglied (11%).

Wird im Haushalt volle Erwerbsintensität erzielt, sind unterdurchschnittliche 8% der Kinder, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen armutsgefährdet. Sind die Eltern jedoch nur teilweise (Vollzeit) erwerbstätig, verdoppelt sich das Armutsrisiko beinahe (15%). Bei keiner Erwerbsbeteiligung im Haushalt leben rund zwei Drittel (67%) der jungen Leute unter der Armutsgefährdungsschwelle. Einen besonders niedrigen Lebensstandard haben neben jungen Menschen in Haushalten mit Personen ausländischer Herkunft auch rund 77.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Haushalten, wo Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle ausmachen²⁴ (Armutsgefährdungsquote 56%). Auch in Haushalten mit Langzeitarbeitslosen (44%) und wenn ein Haushaltsmitglied im Erwerbsalter durch eine Krankheit oder eine dauerhafte gesundheitliche Einschränkung gehandicapt ist (32%), sind finanziell abhängige Personen bis 26 Jahre einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt.

²⁴ Haushalte mit Langzeitarbeitslosen werden als eigene Kategorie ausgewiesen und sind hier nicht berücksichtigt.

Übersicht 21: Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis 26 Jahren

	Gesamt (100%)	Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet			
		in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote
			in %			in %	
Insgesamt	1.787	1.523	100	85	264	100	15
Staatsbürgerschaft							
Österreich	1.565	1.385	91	88	180	68	12
Nicht Österreich	222	138	9	62	84	32	38
Haushalt*) mit Kindern (ohne Pension)							
Ein-Eltern-Haushalt	189	136	9	72	53	20	28
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	406	369	25	91	37	14	9
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	714	639	43	89	75	29	11
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	447	353	24	79	94	36	21
Erwerbsintensität des Haushalts*) (Referenzjahr: 2007)							
Keine Erwerbstätigkeit	93	31	2	33	62	23	67
Teilweise Erwerbstätigkeit	944	804	53	85	140	53	15
Volle Erwerbstätigkeit	748	688	45	92	60	23	8
Haupteinkommensquelle des Haushalts*)							
Unselbständige Arbeit	1.353	1.235	81	91	118	45	9
Selbständige Arbeit	172	146	10	85	26	10	15
Sozialleistungen	187	77	5	41	110	42	59
Pensionen	33	41	3	84	(8)	(3)	(16)
Private Einkommen	22	24	2	92	(2)	(1)	(8)
In Risikohaushalt ...*)							
mit Langzeitarbeitslosigkeit	86	48	3	56	38	14	44
mit Sozialleistungen als Haupteinkommen (ohne Langzeitarbeitslose)	137	60	4	44	77	29	56
mit ausländischem Mitglied (aus Nicht-EU/EFTA)	311	213	14	69	98	37	31
mit Eingebürgerten (ohne ausländ. Mitglied)	93	69	5	74	24	9	26
mit Behinderung (bei Person im Erwerbsalter)	125	85	6	68	40	15	32

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - *) Personen in Haushalten. - Erwerbsintensität des Haushalts: Die Kategorie "keine Person im Erwerbsalter" ist aufgrund zu geringer Fallzahl nicht ausgewiesen. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

3.2.3. Entstehungszusammenhang 3: Staatliche Sozialleistungen

Sozialleistungen tragen zum Erhalt eines gewissen Lebensstandards bei und leisten so indirekt einen großen Beitrag zur Verringerung von Armutsgefährdung. Neben primär zur Armutsreduktion konzipierten Leistungen wie der Sozialhilfe und anderen bedarfsorientierten Leistungen (z.B. Wohnbeihilfe), wirken auch andere Transfers ergänzend zum Erwerbseinkommen oder im Fall von Pensionierung, Krankheit bzw. Invalidität oder Arbeitslosigkeit als Einkommensersatz. Sie stellen so vielfach - gerade für Haushalte mit niedrigem Einkommen - einen wichtigen Bestandteil des Gesamthaushaltseinkommens dar. Wichtig in diesem Zusammenhang sind auch Sozialleistungen, die in bestimmten Lebensphasen zur Abdeckung zusätzlicher Kosten ausgezahlt werden, wie Pflegegeld und Familienbeihilfen.

Laut EU-SILC 2008 tragen Altersleistungen mit 35,3 Mrd. Euro zum Bruttoeinkommen der privaten Haushalte bei, Sozialleistungen machen 13 Mrd. Euro der Haushaltseinkommen aus.²⁵ Übersicht 22 zeigt die unterschiedliche Bedeutung von Sozialleistungen und Pensionen für die verfügbaren Haushaltseinkommen verschiedener Haushaltstypen. Durchschnittlich 36% des Netto-Einkommens der österreichischen Privathaushalte stammen aus Leistungen der öffentlichen Hand. Mehr als die Hälfte davon sind Pensionen, die 21% des verfügbaren Haushaltseinkommens ausmachen.

²⁵ Vgl. Tabelle 11.1b im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

Übersicht 22: Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen

	Anzahl Personen in 1.000	Median des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Jahr in EUR	Relativer Anteil am verfügbaren Haushaltseinkommen		
			Sozialleistungen	Pensionen	Sozialleistungen plus Pensionen
			in %		
Insgesamt	8.242	28.592	15	21	36
Haushalt mit Pension	1.640	21.260	3	89	92
Alleinlebend männlich	128	17.534	1	97	98
Alleinlebend weiblich	415	14.984	1	97	98
Mehrpersonenhaushalt	1.096	28.966	4	85	89
Haushalt ohne Pension	6.602	32.529	18	4	22
Alleinlebende Männer	412	19.172	19	0	19
Alleinlebende Frauen	305	18.550	16	3	19
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	39.390	11	9	20
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)	3.927	38.614	21	2	23
Ein-Eltern-Haushalt	320	22.418	36	1	37
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	40.231	14	3	17
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	41.599	19	2	21
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	41.540	31	3	34
Haushalt mit jüngstem Kind...					
bis 3 Jahre	1.258	35.374	28	3	31
4 bis 6 Jahre	557	35.510	23	3	26
über 6 Jahre	2.204	42.718	16	4	20
Haushalt mit ...					
Behinderung	1.409	24.886	20	39	59
Arbeitslosigkeit					
Kurzzeit <6 Monate	798	30.505	21	6	27
Langzeit >= 12 Monate	344	19.211	58	9	67
ausländischem Mitglied (Nicht EU/EFTA)	948	28.562	27	5	32
Eingebürgerten (ohne ausländ. Mitglied)	294	26.136	27	13	40

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. Personen in Haushalten. Haushalte mit ausländischen Mitgliedern und Haushalte mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend. Haushalte mit Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA) enthalten per Definition keine Ausländerinnen und Ausländer. Sozialleistungen umfassen Familien-, Bildungs-, Arbeitslosen-, Gesundheitsleistungen, Sozialhilfe und Wohnbeihilfen sowie Pensionen von Personen im Erwerbsalter.

In armutsgefährdeten Haushalten mit Pension als Haupteinkommensquelle machen Pensionen 93%, Sozialleistungen 4% des verfügbaren Haushaltseinkommens aus. In nicht armutsgefährdeten Haushalten mit Pension entfallen 89% des Haushaltseinkommens auf Pensionen und 2% auf Sozialleistungen (Übersicht 23). In armutsgefährdeten Haushalten mit anderen Haupteinkommensquellen machen Sozialleistungen etwas

weniger als die Hälfte (46%) des verfügbaren Haushaltseinkommens aus, lediglich 1% entfällt auf Pensionen. In nicht armutsgefährdeten Haushalten ohne Pension als Haupteinkommensquelle stammen im Durchschnitt 14% aus Sozialleistungen und 4% aus Pensionen.

Übersicht 23: Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen nach Armutsgefährdung

	Anzahl Personen in 1.000	Median des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Jahr in EUR	Relativer Anteil am verfügbaren Haushaltseinkommen		
			Sozialleistungen	Pensionen	Sozialleistungen plus Pensionen
			in %		
Insgesamt	8.242	28.592	15	21	36
Armutsgefährdung					
Haushalt mit Pension					
Nicht armutsgefährdet	1.381	23.874	2	89	91
Armutsgefährdet	258	10.514	4	93	97
Haushalt ohne Pension					
Nicht armutsgefährdet	5.842	35.709	14	4	18
Armutsgefährdet	760	11.528	46	1	47

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. Personen in Haushalten. Sozialleistungen umfassen Familien-, Bildungs-, Arbeitslosen-, Gesundheitsleistungen, Sozialhilfe und Wohnbeihilfen sowie Pensionen von Personen im Erwerbsalter.

Um die Verringerung des Armutsrisikos durch Sozialleistungen festzustellen, werden im Folgenden die Sozialleistungen von den Gesamteinkommen der Haushalte abgezogen (Übersicht 24). Dadurch wird sichtbar, wie viele Personen armutsgefährdet wären, wenn dem Haushalt nur Einkünfte aus Arbeit und Vermögen (Primäreinkommen) und aus privaten Transfers zur Verfügung stünden. Die Armutsgefährdungsschwelle bleibt für diese Berechnung auf Haushaltseinkommen inklusive Primäreinkommen und private Transferleistungen bezogen, beträgt also beispielsweise für einen Einpersonenhaushalt 951 Euro pro Monat. Mit Sozialleistungen beträgt die Armutsgefährdungsquote 12%, ohne Sozialleistungen befänden sich mit 24% doppelt so viele Menschen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, ohne Pensionen und Sozialleistungen läge die Armutsgefährdung sogar bei 43%. Demnach verringert sich die Zahl der Armutsgefährdeten durch staatliche Interventionen von rund 3,5 Millionen auf knapp unter eine Million.

Bei Familien ist der Anteil der Sozialleistungen überdurchschnittlich hoch, vor allem wenn es Kinder bis drei Jahre im Haushalt gibt, ebenso bei Ein-Eltern-Haushalten und bei Familien mit drei oder mehr Kindern. Hauptursache hierfür ist die geringere Erwerbsbeteiligung (der Frauen) in diesen Haushaltsformen, wodurch den Sozialtransfers – v.a. Familienleistungen wie Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe – größere Bedeutung zukommt. Das erhöhte Armutsrisiko für Ein-Eltern-Haushalte und Familien mit drei oder mehr Kindern macht jedoch auch deutlich, dass diese Leistungen angesichts des höheren Einkommensbedarfs kein gleichwertiger Ersatz für fehlende Erwerbseinkommen sind.

Trotzdem können speziell Familienleistungen in Haushalten mit Kindern die Armutsgefährdung um mehr als die Hälfte reduzieren. In Haushalten mit einem Kind sinkt die Armutsgefährdung auf Grund der Sozialleistungen von 19% auf 9%, in Haushalten mit zwei Kindern von 27% auf 10% und in Haushalten mit drei und mehr Kindern von 54% auf 20%. Das Armutsrisiko von Haushalten mit mehr als zwei Kindern bleibt also auch nach Berücksichtigung von Sozialleistungen stark erhöht. Ein-Eltern-Haushalte sind in besonders hohem Maße von staatlichen Leistungen abhängig. Ohne Sozialtransfers wäre die Zahl der Personen in armutsgefährdeten Ein-Eltern-Haushalten beinahe doppelt so hoch. Jedoch auch mit Sozialtransfers verbleiben 29% unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Nach dem Alter des jüngsten Kindes zeigt sich die größte Bedeutung von Familienleistungen zur Reduktion des Armutsrisikos bei Haushalten mit Kleinkindern bis drei Jahren.

Übersicht 24: Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen nach Haushaltszusammensetzung

	Anzahl Personen in 1.000	Armutsgefährdungsquote							
		nach Sozialleistungen und Pensionen	vor ...						
			Pensionen u. Sozialleistungen	Pensionen u. Hinterbliebenenleistungen	Sozialleistungen	Familien/Bildungsleistungen	Arbeitslosenleistungen	Gesundheitsleistungen	Sozialhilfe/Wohnbeihilfe
			in %						
Insgesamt	8.242	12	43	31	24	20	15	15	13
Haushalt mit Pension	1.640	16	96	95	18	16	17	16	17
Alleinlebende Männer	128	16	98	98	16	16	16	16	16
Alleinlebende Frauen	415	24	100	100	26	24	24	24	26
Mehrpersonenhaushalt	1.096	13	94	94	16	14	14	14	13
Haushalt ohne Pension	6.602	12	29	15	26	21	14	14	12
Alleinlebend männlich	412	16	29	17	29	18	22	21	19
Alleinlebend weiblich	305	20	32	25	28	22	23	23	22
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	6	20	11	14	7	8	11	6
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)	3.927	13	34	15	31	28	16	15	14
Ein-Eltern-Haushalt	320	29	55	30	54	49	35	33	34
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	9	20	10	19	15	11	11	9
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	10	30	12	27	23	13	11	11
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	20	57	25	54	50	23	21	21
Haushalt mit jüngstem Kind...									
bis 3 Jahre	1.258	14	44	17	42	41	17	14	14
4 bis 6 Jahre	557	16	37	19	34	29	23	17	20
über 6 Jahre	2.204	12	29	17	25	20	14	14	13

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - Pensionen: Alters- und Hinterbliebenenleistungen. Familienleistungen: Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatl. Unterhaltsvorschüsse. Bildungsleistungen: Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen. Arbeitslosenleistungen: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Altersteilzeit (Betrag vom AMS), Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, andere Arbeitslosenleistungen. Gesundheitsleistungen: Krankengeld; Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension von Personen unterhalb des Pensionsalters, sonstige Unfall- und Krankenleistungen. Sozialhilfe: Einmalzahlungen und Dauerleistungen.

Lesehilfe Übersicht 24 und Übersicht 25: Die Armutsgefährdung beträgt in der Gesamtbevölkerung laut EU-SILC 2008 12%. Würde man bei gleichbleibender Schwelle die Armutsgefährdung anhand des Einkommens ohne Sozialtransfers und Pensionen berechnen, würde sie 43% betragen (nur ohne Pensionen und Hinterbliebenenleistungen 31% bzw. nur ohne Sozialtransfers 24%). Ohne Familien- und Bildungsleistungen, aber mit allen anderen Leistungen, würde die Armutsgefährdung 20% betragen, nur abzüglich Arbeitslosenleistungen 15% usw.

In Haushalten ohne Pension und ohne Kinder sind es vor allem Leistungen im Zusammenhang mit Gesundheit und Arbeitslosigkeit, die die Armutsgefährdung senken: Für Mehrpersonenhaushalte reduziert sich das Risiko durch Sozialleistungen um mehr als die Hälfte. Letztendlich hat diese Gruppe eine Armutsgefährdungsquote von nur 6%. Unter Alleinlebenden ohne Pension wären Männer ohne Sozialleistungen zu 29% (statt 16%) und Frauen zu 28% (statt 20%) armutsgefährdet.

Eine geringe Bedeutung haben Sozialleistungen für Haushalte mit Pensionsbezug (3%). Pensionen machen hingegen 89% des Haushaltseinkommens aus. Ohne Pensionen wären praktisch alle Pensionistinnen und Pensionisten armutsgefährdet. Die unterschiedliche Armutsgefährdung zwischen Männern (16%) und Frauen (24%) ist auf die höhere Zahl der Mindestpensionen vor allem bei Witwen zurückzuführen.

Für Haushalte mit einer Person mit Behinderung im Erwerbsalter sind Pensionen (39%) und Sozialleistungen (20%) wichtige Einkommensquellen (Übersicht 22). Somit entstammt insgesamt mehr als die Hälfte ihres Einkommens aus öffentlichen Transferleistungen. Zu beachten ist, dass das Pflegegeld hier als Einkommensbestandteil geführt wird. Diese Leistung ist allerdings als Ersatz für mit Krankheit und Behinderung einhergehende Zusatzkosten zu betrachten und erhöht den Lebensstandard nicht im gleichen Ausmaß. Ohne Sozialtransfers und Pensionen wären statt 17% rund zwei Drittel dieser Haushalte armutsgefährdet (Übersicht 25).

Übersicht 25: Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen in Risikogruppen

	Anzahl Personen in 1.000	Armutsgefährdungsquote							
		nach Sozialleistungen und Pensionen	vor ...						
			Pensionen u. Sozialleistungen	Pensionen u. Hinterbliebenenleistungen	Sozialleistungen	Familien/Bildungsleistungen	Arbeitslosenleistungen	Gesundheitsleistungen	Sozialhilfe/Wohnbeihilfe
			in %						
Insgesamt	8.242	12	43	31	24	20	15	15	13
Haushalt mit ...									
Behinderung	1.409	17	65	51	32	20	22	23	18
Arbeitslosigkeit									
Kurzzeit <6 Monate	798	15	42	22	35	26	23	17	17
Langzeit >= 12 Monate	344	43	88	53	80	54	70	50	47
ausländischem Mitglied (Nicht EU/EFTA)	948	26	55	31	50	43	32	28	28
Eingebürgerten (ohne ausländ. Mitglied)	294	22	55	31	46	39	30	26	27

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. Haushalte mit ausländischen Mitgliedern und Haushalte mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend: Haushalte mit Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA) enthalten per Definition keine Ausländerinnen und Ausländer. - Pensionen: Alters- und Hinterbliebenenleistungen. Familienleistungen: Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatl. Unterhaltsvorschüsse. Bildungsleistungen: Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen. Arbeitslosenleistungen: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Altersteilzeit (Betrag vom AMS), Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, andere Arbeitslosenleistungen. Gesundheitsleistungen: Krankengeld, Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension von Personen unterhalb des Pensionsalters, sonstige Unfall- und Krankenleistungen. Sozialhilfe: Einmalzahlungen und Dauerleistungen.

In Langzeitarbeitslosenhaushalten machen Sozialleistungen durchschnittlich 58% des Einkommens aus. Ein Großteil des Einkommens stammt aus Arbeitslosenleistungen. Durch diese und andere Sozialleistungen (v. a. auch familienbezogene Leistungen) wird das Armutsrisiko von 80% auf 43% gesenkt. Die immer noch extrem hohe Armutsgefährdungsquote verdeutlicht jedoch, dass diese Leistungen, die relativ gesehen den größten Teil des Einkommens bilden, absolut gesehen beinahe der Hälfte der Haushalte kein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle ermöglichen können.

Gegenüber der Gesamtbevölkerung, für die sich im Schnitt das Risiko um mehr als zwei Drittel reduziert, erfahren Personen in Haushalten mit Migrantinnen und Migranten keine so deutliche Reduktion ihres Armutsrisikos durch Sozialleistungen und Pensionen. Haushalte mit mindestens einer ausländischen Person (aus einem Nicht-EU/EFTA-Staat) beziehen über ein Viertel ihres Einkommens aus Sozialleistungen (27%).

Pensionen spielen bei ihnen auf Grund der Altersstruktur eine untergeordnete Rolle (5%). Der Anteil von Sozialleistungen und Pensionen zusammen bleibt bei dieser Gruppe unter dem Durchschnitt. Bei Haushalten mit Eingebürgerten (ohne Ausländerinnen und Ausländer) ist der Anteil der Pensionen etwas höher (13%). Insgesamt führen staatliche Leistungen bei Haushalten mit Migrantinnen und Migranten (nicht aus dem EU/EFTA-Raum) zu einer Senkung des Armutsrisikos von 50% auf 26%. Familienleistungen kommt gefolgt von Arbeitslosen- und Gesundheitsleistungen die größte Bedeutung zu. Auch in Haushalten, in denen mindestens eine eingebürgerte Person, aber keine Person ohne österreichische Staatsbürgerschaft lebt, verhält es sich, abgesehen von einer größeren Bedeutung von Pensionsleistungen, sehr ähnlich: Der Effekt von Sozialleistungen und Pensionen auf die Armutsgefährdung ist etwas geringer als bei der Gesamtbevölkerung, aber auch ihr Armutsrisiko wäre ohne Transferleistungen noch deutlich höher (55%).

Diese Analyse bringt die wichtige Einkommensfunktion von Sozialtransfers und Pensionen zum Ausdruck und es wird deutlich, wie abhängig einkommensschwache Haushalte und Haushalte mit speziellen Bedürfnissen von Sozialtransfers sind. Prinzipiell ist der Anteil der Sozialtransfers bei Haushalten mit geringen Einkommen höher – was aber nicht mit einem absolut höheren Leistungsniveau verwechselt werden darf. Wenn auch die primäre Zielsetzung von Sozialleistungen (mit Ausnahme der bedarfsabhängigen Leistungen) nicht in der Reduktion von Armut liegt, werden durch Sozialleistungen Armutsrisiken verringert. Bedarfsabhängige Leistungen wie z.B. der Heizkostenzuschuss sind vom Aufwand her eher unbedeutend – für die Beziehenden sind sie aber von umso größerer Wichtigkeit.

4. FINANZIELLE DEPRIVATION UND ARMUTSLAGEN

Als kritischer Wert für Armutsgefährdung in der Europäischen Union wurden 60% vom Median des gewichteten Jahreseinkommens (Äquivalenzeinkommens) in der politischen Diskussion festgelegt. Tatsächliche Lebenslagen und Kostenstrukturen der Haushalte werden über das Einkommen als indirektes Maß für Armutslagen nicht berücksichtigt. Deshalb kann in Zusammenhang mit niedrigem Einkommen auch nur von Armutsgefährdung gesprochen werden, tatsächliche Armut ist über das Einkommen nicht messbar. Einkommen steht trotzdem häufig im Zentrum der Berichterstattung. Mit ein Grund dafür ist, dass Armut in modernen Wohlfahrtsstaaten häufig durch Geldzuwendungen begegnet wird.

Sichtbar werden Benachteiligungen aber vor allem im Alltagsleben. Der vom britischen Armutsforscher Peter Townsend (1979) geprägte Armutsbegriff verbindet eingeschränkten Lebensstandard und mangelnde Ressourcen. Seine Annahme ist, dass erst durch genügend materielle Ressourcen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben möglich wird. Für Einschränkungen der täglichen Lebensführung aufgrund mangelnder Ressourcen hat sich der Begriff der Deprivation etabliert.²⁶

Dieser Zusammenhang wird im vorliegenden Kapitel in verschiedenen Dimensionen untersucht. Eine besondere Position nehmen dabei Benachteiligungen ein, die auf beschränkte finanzielle Ressourcen zurückzuführen sind. Verschiedene Lebenslagen ergeben sich aus der Kombination dieser Benachteiligungen und armutsgefährdendem Einkommen. Im Unterschied zur explizit finanziell bedingten Deprivation gibt es andere Benachteiligungen, die nicht direkt aus mangelndem Einkommen entstehen, zum Beispiel gesundheitliche Einschränkungen und mangelnde Wohnintegration.

²⁶ Vgl. z.B. Lamei, N./Till-Tentschert, U. (2005).

4.1. Kriterien finanzieller Deprivation und Ausmaß manifester Armut

Finanzielle Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen werden in EU-SILC über die Leistbarkeit einer Reihe von Gütern und Verhaltensweisen erhoben. Benachteiligte Lebensbedingungen können dadurch aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Eine zentrale Frage für die Analyse ist die Auswahl jener Merkmale, die in einer Gesellschaft als Deprivation gelten können.

Die 2007 eingeführte Definition finanzieller Deprivation geht von einem konsensualen Ansatz zur Bestimmung von Benachteiligungen aus: Jene Merkmale, die von einer Mehrheit der Bevölkerung als „absolut notwendig“ für einen angemessenen Lebensstandard in Österreich bezeichnet werden, werden zur Abbildung von deprivierten Lebenslagen in Österreich verwendet.²⁷ Diese gesellschaftlich wahrgenommenen Notwendigkeiten zeigen die Grenzen der erträglichen Ungleichheit auf und lassen schlussfolgern: Wer sich diese Dinge nicht leisten kann, gilt als aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen.²⁸

Durch die Erhebung der Leistbarkeit bestimmter Güter und Verhaltensweisen kann finanzielle Deprivation trennscharf von sekundären sowie gesundheitlichen und durch die Wohnsituation bedingten Benachteiligungen unterschieden werden. Für Vergleiche mit den Vorjahren ist anzumerken, dass „finanzielle Deprivation“ teilweise mit der bis zur Berichterstattung zu EU-SILC 2006 verwendeten Definition von „primären Benachteiligungen“²⁹ überlappt. Lediglich die „Möglichkeit, eine Woche Urlaub zu machen“ hat sich als nicht konsensfähiges Merkmal für einen Mindestlebensstandard erwiesen und wurde daher in der seit EU-SILC 2007 verwendeten Definition nicht berücksichtigt. Ergänzt wurde hingegen die Leistbarkeit von notwendigen Arzt- oder

²⁷ Ergebnisse des Projekts „Armutslagen und Chancen für soziale Eingliederung in Österreich“, das in Kooperation von Statistik Austria, dem Institut für Soziologie der Universität Wien und Synthesis Forschung abgewickelt wurde. Vgl. dazu: Till- Tentschert/ Weiss (2008).

²⁸ Für eine genauere Beschreibung des Auswahlverfahrens vgl. Bericht zu EU-SILC 2007 (Statistik Austria 2009b).

²⁹ Vgl. Bericht zu EU-SILC 2003 (Statistik Austria 2005), S. 40.

Zahnarztbesuchen sowie Freunde oder Verwandte nach Hause zum Essen einladen zu können.

Der so festgelegte Mindestlebensstandard in Österreich besteht damit aus der Leistbarkeit folgender Güter und Verhaltensweisen:

- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Regelmäßige Zahlungen (Wohnkosten, Kreditrückzahlungen) rechtzeitig zu begleichen
- » Notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen
- » Unerwartete Ausgaben bis zu 900 Euro zu finanzieren (z.B. für Reparaturen)³⁰
- » Bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen
- » Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen
- » Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

Je mehr Benachteiligungen zutreffen, desto eher ist von einer deprivierten Lebensführung auszugehen. Als finanziell depriviert gilt, wer sich auf Grund geringer finanzieller Mittel mindestens zwei der genannten Merkmale nicht leisten kann. Das Konzept der finanziellen Deprivation ist eine wichtige Ergänzung zum Konzept der Armutsgefährdung, da dadurch sichtbar wird, wie gut Menschen mit ihrem Einkommen auskommen können. Finanzielle Deprivation kann etwa Personen betreffen, deren Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle liegt, die aber mit hohen Lebenshaltungskosten oder Schulden kämpfen.

Das Ausmaß finanzieller Deprivation ist in Übersicht 26 dargestellt. Ein Fünftel der Bevölkerung kann sich zwei oder mehr der erhobenen Merkmale nicht leisten und

³⁰ Der Betrag entspricht der gerundeten monatlichen Armutsgefährdungsschwelle aus EU-SILC 2006 (Statistik Austria 2008).

damit nicht am Mindestlebensstandard teilhaben. Das ist ein höherer Anteil als im Vorjahr, wo 15% betroffen waren. Der Anstieg zeigt sich besonders beim Merkmal, sich nicht leisten zu können, einmal im Monat Freunde oder Familie zum Essen einzuladen (14%, 2007: 10%) und dem Problem, sich aus finanziellen Gründen nicht ausgewogen ernähren zu können (13%, 2007: 8%). Unverändert viele Personen können unerwartete Ausgaben nicht tätigen (29%). Für 10% ist es nicht möglich, neue Kleidung zu kaufen, 7% der Bevölkerung sind mit Zahlungen im Rückstand und die Heizkosten sind für 4% nicht leistbar. Für den Großteil der Bevölkerung ist die Leistbarkeit von notwendigen Arztbesuchen möglich, 3% können sich diese medizinische Grundversorgung allerdings nicht leisten.

Übersicht 26: Merkmale finanzieller Deprivation

	Gesamt		Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Finanziell depriviert (mit mind. 2 Benachteiligungen) ¹⁾	1.641	20	1.150	16	492	48
Haushalt kann sich nicht leisten...						
unerwartete Ausgaben zu tätigen	2.430	29	1.793	25	637	63
Freunde zum Essen einzuladen	1.188	14	819	11	369	36
jeden 2. Tag Fleisch, Fisch oder eine vegetarische Speise	1.106	13	788	11	318	31
neue Kleider zu kaufen	820	10	538	7	282	28
Zahlungen rechtzeitig zu begleichen	559	7	402	6	158	15
die Wohnung angemessen warm zu halten	333	4	204	3	129	13
notwendigen Arztbesuch	233	3	182	3	51	5

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - 1) Können sich 2 der angeführten Merkmale nicht leisten. - Im Vergleich zur "Primären Deprivation" in der Berichterstattung bis 2006 sind statt der Leistbarkeit von Urlaub die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Einladungen zum Essen berücksichtigt.

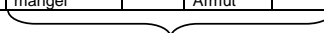
Einschränkungen und finanzielle Probleme in zentralen Lebensbereichen sind häufiger bei Personen mit niedrigem Einkommen zu beobachten. Laut EU-SILC 2008 hat knapp die Hälfte der Armutsgefährdeten zumindest zwei Probleme im Bereich der finanziellen Deprivation. Der Teil der Bevölkerung mit einem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle ist hingegen nur zu 16% vom Mindestlebensstandard ausgeschlossen.

Die Erfassung der Leistbarkeit der oben genannten Güter und Verhaltensweisen beruht auf der subjektiven Bewertung bezüglich der insgesamt verfügbaren Ressourcen, was auch einen Unterschied zur Messung des Einkommens darstellt. Implizit kann so berücksichtigt werden, ob Menschen mit einem niedrigen Einkommen ihren Bedarf auf Grund anderer Ressourcen decken können, z.B. durch Ersparnisse, den Zugang zu Krediten oder informelle Unterstützung.

Vier unterschiedliche Lebenslagen können durch die gemeinsame Betrachtung von Einkommenssituation und Lebensbedingungen dargestellt werden.³¹ Als Einkommensmangel wird eine Armutslage mit armutsgefährdendem Einkommen, aber ohne deprivierte Lebensführung aus finanziellen Gründen bezeichnet. Teilhabemangel besteht dann, wenn jemand schweren finanziellen Einschränkungen ausgesetzt ist, das Haushaltseinkommen jedoch über der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Von manifester Armut sind jene Personen betroffen, die sowohl armutsgefährdet als auch finanziell depriviert sind. Kein Mangel liegt vor, wenn weder Armutsgefährdung noch finanzielle Deprivation eine Benachteiligung erkennen lassen. In Übersicht 27 ist die Häufigkeit des Auftretens dieser Armutslagen dargestellt.

Übersicht 27: Zusammenhang von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation³²

		Finanzielle Deprivation			
		Nein		Ja	
Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen	Nein	Kein Mangel	73,7%	Teilhabemangel	13,9%
	Ja	Einkommensmangel	6,4%	Manifeste Armut	6,0%



Armutsgefährdung 12,4%

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008.

- 31 In der Berichterstattung zu EU-SILC 2007 wurde diese Typologie geändert, so dass die Armutslagen mit den Berichten bis EU-SILC 2006 nicht vergleichbar sind. Die Deprivation wurde dabei auf die Leistbarkeit des Mindestlebensstandards eingegrenzt und statt der Leistbarkeit von Urlaub die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Einladungen zum Essen berücksichtigt. Sekundäre Deprivation, Gesundheit und Wohnen werden in der Definition der Armutslagen nicht mehr berücksichtigt.
- 32 Im Vergleich zu Armutslagen in der Berichterstattung bis 2006 wird sekundäre Deprivation, Gesundheit und Wohnen für die Definition der Armutslagen nicht mehr verwendet. Finanzielle Deprivation entspricht größtenteils primärer Deprivation, statt der Leistbarkeit von Urlaub wird jedoch die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Einladungen zum Essen berücksichtigt.

Von den 12% der Bevölkerung, die armutsgefährdet sind, ist rund die Hälfte gleichzeitig mit finanzieller Deprivation konfrontiert (492.000 Personen). Aufgrund des zuvor gezeigten Anstiegs der finanziellen Deprivation steigt auch die manifeste Armut auf rund 6% im Jahr 2008. Bei der anderen Hälfte mit niedrigem Einkommen (527.000 Personen) ist die Lebenssituation nicht eingeschränkt, sie werden als von Einkommensmangel betroffen bezeichnet. 14% der Bevölkerung (rund 1,15 Mio. Personen) haben zwar ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle, sind aber finanziell depriviert, d.h. sie sind von Teilhabemangel betroffen. Die restlichen 74% der Bevölkerung haben nach dieser Definition keinen Mangel.

Die Analyse der Situation der von Teilhabemangel betroffenen Personen ist neben der Untersuchung von Armutsgefährdung von hoher Relevanz. Die für die Armutsgefährdung definierte Einkommensschwelle von 60% des Medians liefert keine Aussagen zur Bedarfsgerechtigkeit. Deprivierte Lebenslagen aufgrund besonderer Lebensumstände (kleine Kinder, Krankheit etc.), Verschuldung oder geringem sozialen Kapital (z.B. bei Ausländerinnen und Ausländern) können auch bei einem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle auftreten.

Die sichtbare Manifestierung von niedrigem Einkommen und finanzieller Deprivation tritt bei manchen Gruppen häufiger auf als bei anderen. Frauen sind etwas stärker von manifester Armut betroffen als Männer³³. In Haushalten, in denen es nur eine Verdienlerin oder einen Verdienner geben kann, führt niedriges Einkommen wesentlich öfter zu manifester Armut als in Mehrpersonenhaushalten, wie aus Übersicht 28 ersichtlich ist. Ein-Eltern-Haushalte haben das höchste Risiko, manifest arm zu sein (20%), gefolgt von alleinlebenden Pensionistinnen (13%). Aber auch alleinlebende Frauen ohne Pensionsbezug (11%) und alleinlebende Männer (10% mit Pension bzw. 9% ohne Pension) sind überdurchschnittlich oft manifest arm. Mehrpersonenhaus-

33 Vgl. Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d).

halte mit mindestens drei Kindern stellen bei einer Quote von 10% manifest Armen mit rund 73.000 Personen die absolut größte Gruppe der manifest Armen nach dem Haushaltstyp.

Wenn geringes Einkommen nur vorübergehend auftritt, schlägt sich in der Mehrzahl der Fälle das niedrige Einkommen in diesem Zeitraum nicht in einem niedrigeren Lebensstandard nieder und die Quote der manifest Armen ist in diesen Haushalten unterdurchschnittlich. Dies ist etwa bei Familien mit mehr als einer erwachsenen Person und höchstens zwei Kindern der Fall, bei denen aufgrund von Betreuungspflichten die Erwerbseinbindung vorübergehend eingeschränkt ist.

Übersicht 28: Betroffenheit von manifester Armut nach Haushaltstyp

	Manifeste Armut	
	in 1.000	Quote in %
Insgesamt	492	6
Haushaltstyp		
Ein-Eltern-Haushalt	63	20
Alleinlebende Frauen mit Pension	52	13
Alleinlebende Frauen ohne Pension	33	11
Alleinlebende Männer mit Pension	13	10
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	73	10
Alleinlebende Männer ohne Pension	39	9
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	63	4
Mehrpersonenhaushalt mit Pension	44	4
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	51	4
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	59	3

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten.

Wenn ein Haushaltstyp unterdurchschnittliches Medianeinkommen und überdurchschnittliche Armutsgefährdung aufweist, wird von einer Risikogruppe gesprochen. Neben der Haushaltszusammensetzung und der Haupteinkommensquelle, dem Gesundheits-

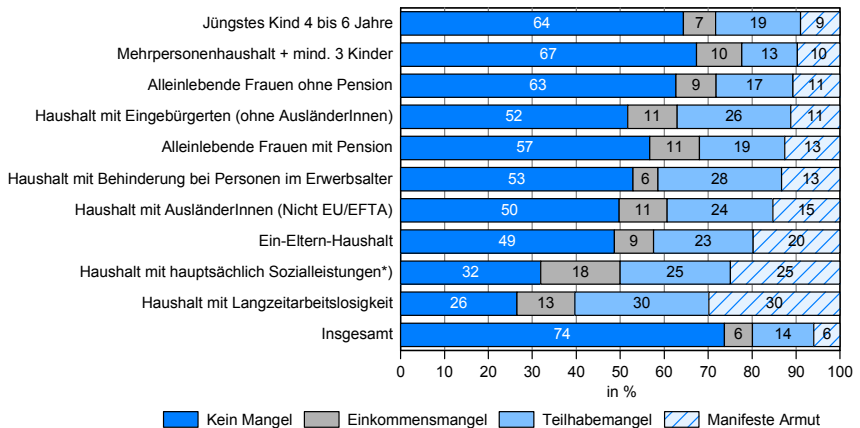
zustand und Langzeitarbeitslosigkeit ist in diesem Zusammenhang auch eine Person mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft im Haushalt oder die Einbürgerung eines Haushaltsmitglieds Hinweis auf eine benachteiligte Lebenssituation. Risikogruppen sind auch häufiger von manifester Armut betroffen: Der Wert in der Gesamtbevölkerung liegt bei 6%, während je nach Risikogruppe der Anteil bei 9 bis 30% liegt.

Grafik 5 zeigt die Lebenslagen der Risikogruppen gereiht nach der Häufigkeit des Auftretens manifester Armut. Bei Haushalten mit Langzeitarbeitslosen geht das niedrige Einkommen mit 60% am häufigsten mit dem Nicht-Erreichen des gesellschaftlich anerkannten Mindestlebensstandards einher. 30% sind manifest arm, weitere 30% sind von Teilhabemangel betroffen. Nur ein Viertel der Personen in Haushalten mit Langzeitarbeitslosen erreicht den Mindestlebensstandard und hat ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle.

Von Personen in Haushalten ohne Langzeitarbeitslose, die ihr Einkommen hauptsächlich aus Sozialleistungen beziehen, ist nur ein Drittel von keinem Mangel betroffen. Mehr als drei Mal so viele Personen wie in der Gesamtbevölkerung sind in dieser Gruppe manifest arm (25%). In Ein-Eltern-Haushalten ist der Anteil ähnlich hoch (20%) und in beiden Gruppen ist der Anteil höher als im Vorjahr.

26% aller manifest Armen haben keine österreichische Staatsbürgerschaft. In Haushalten von Ausländerinnen und Ausländern ist demnach auch ein überdurchschnittlicher Anteil der Personen manifest arm (15%). In Haushalten ohne ausländische Mitglieder, aber mit eingebürgerten Personen sind 11% manifest arm. In Haushalten, wo alle Haushaltsmitglieder die österreichische Staatsbürgerschaft seit der Geburt innehaben, sind nur 4% manifest arm.

Grafik 5: Armutsgefährdung und manifeste Armut bei Risikogruppen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. Haushalte mit ausländischen Mitgliedern und Haushalte mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend: Haushalte mit Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA) enthalten per Definition keine Ausländerinnen und Ausländer. Sozialleistungen umfassen Familien-, Bildungs-, Arbeitslosen-, Gesundheitsleistungen, Sozialhilfe und Wohnbeihilfen sowie Pensionen von Personen im Erwerbsalter. *) Ohne Langzeitarbeitslose.

Haushalte mit Personen mit Behinderung (13%) und alleinlebende Frauen (Pensionistinnen 13%, andere 11%) zeigen eine rund doppelt so hohe Betroffenheit wie die Gesamtbevölkerung. Haushalte mit mehr als drei Kindern sind überdurchschnittlich oft armutsgefährdet, jedoch etwa im selben Maße finanziell depriviert (23%) wie der Bevölkerungsdurchschnitt (20%). Haushalte, deren jüngstes Kind zwischen vier und sechs Jahre alt ist, weisen im Vergleich zu den kinderreichen Familien ungefähr den gleichen Anteil benachteiligter Personen auf (35% bzw. 33%), in ersterer Gruppe überwiegt Teilhabemangel aber gegenüber Einkommensmangel.

Bei Kindern und wirtschaftlich abhängigen Jugendlichen bis 26 Jahre sind die Anteile der Armutslagen ähnlich verteilt wie in der Gesamtbevölkerung (Übersicht 29). Das bedeutet, dass 130.000 Kinder manifest arm sind (7%), also in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen leben und der einen gesellschaftlichen Mindestlebensstandard unterschreitet. Weitere 232.000 Kinder leiden unter Teilhabemangel (13%) und 134.000

(7%) leben in einem Haushalt mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, wo sich der Einkommensmangel noch nicht in den in EU-SILC erfassten finanziellen Benachteiligungen manifestiert hat. 72% der Kinder sind von keiner dieser Benachteiligungen betroffen.

Übersicht 29: Finanzielle Deprivation und Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis 26 Jahren

		Finanzielle Deprivation ¹⁾			
		Nein		Ja	
Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen	Nein	Kein Mangel	72%	Teilhabemangel	13%
	Ja	Einkommensmangel	7%	Manifeste Armut	7%

} **Armutsgefährdung 15%**

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) Im Vergleich zu Armutslagen in der Berichterstattung bis 2006 wird sekundäre Deprivation, Gesundheit und Wohnen für die Definition der Armutslagen nicht mehr verwendet. Finanzielle Deprivation entspricht großteils primärer Deprivation, statt der Leistbarkeit von Urlaub wird jedoch die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Einladungen zum Essen berücksichtigt.

Auch in Haushalten, die nach dieser Typologie weder als manifest arm noch als von Teilhabemangel betroffen gelten, können finanzielle Problemlagen auftreten (Übersicht 30). Die Struktur der Benachteiligungen ist mit jener der Gesamtbevölkerung vergleichbar, Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten sind von diesen Benachteiligungen verstärkt betroffen. Kinder leben aber häufiger in Haushalten, die unerwartete Ausgaben nicht tätigen können (33%; 29% in der Gesamtbevölkerung). Vor allem im Zusammenhang mit Armutsgefährdung verschärft sich dieses Problem für Kinder mit mehr als zwei Drittel Betroffenen (Gesamtbevölkerung 63%). Regelmäßige Zahlungen können eher beglichen werden als unerwartete Zahlungen, armutsgefährdete Kinder sind aber von Zahlungsrückständen bei regelmäßigen Ausgaben wie etwa Wohnkosten stärker betroffen (22%) als armutsgefährdete Personen insgesamt (15%).

Übersicht 30: Finanzielle Deprivation von Kindern, Jugendlichen und abhängigen jungen Erwachsenen bis 26 Jahren

	Gesamt		Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1.788	100	1.523	100	264	100
Finanziell depriviert (mit mind. 2 Benachteiligungen) ¹⁾	363	20	232	15	130	49
Haushalt kann sich nicht leisten...						
unerwartete Ausgaben zu tätigen	585	33	404	27	181	68
Freunde zum Essen einzuladen	235	13	142	9	93	35
jeden 2. Tag Fleisch, Fisch oder eine vegetarische Speise	234	13	160	11	74	28
neue Kleider zu kaufen	189	11	114	7	75	28
Zahlungen rechtzeitig zu begleichen	154	9	96	6	59	22
die Wohnung angemessen warm zu halten	58	3	30	2	28	11
notwendigen Arztbesuch	40	2	30	2	10	4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - 1) Können sich mind. 2 der angeführten Merkmale nicht leisten. - Im Vergleich zur "Primären Deprivation" in der Berichterstattung bis 2006 sind statt der Leistbarkeit von Urlaub die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Einladungen zum Essen berücksichtigt.

4.2. Sekundäre Benachteiligungen

Benachteiligungen der Lebenssituation können auch in anderen Bereichen als dem oben definierten Mindestlebensstandard auftreten. Unter der Annahme, dass sich Menschen zuerst bei sekundären, also weniger notwendigen Bedürfnissen einschränken, würde in diesen Bereichen ein Ressourcenmangel deutlicher sichtbar werden. Gleichzeitig ist zu bedenken, dass bei einem bestehenden hohen Ausstattungsgrad erst bei langfristig niedrigem Einkommen Mängel in diesem Bereich auftreten. Die finanzielle Situation des Haushalts wird indirekt am erzwungenen, nicht freiwilligen Verzicht von folgenden langlebigen Konsumgütern gemessen, die aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden können:

- » PC
- » Handy
- » Internet-Anschluss

- » DVD-Player
- » Geschirrspülmaschine
- » PKW

Sekundäre Benachteiligung wird angenommen, wenn drei der genannten Gebrauchsgüter nicht leistbar sind. Übersicht 31 zeigt, welche Konsumgüter in armutsgefährdeten und in nicht armutsgefährdeten Haushalten aus finanziellen Gründen nicht vorhanden sind.

Übersicht 31: Merkmale sekundärer Deprivation in armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Haushalten

	Gesamt		Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.242	100	7.223	100	1.018	100
Sekundär depriviert (mit mind. 3 fehlenden Gütern ¹)	424	5	232	3	192	19
Haushalt kann sich nicht leisten...						
PKW	587	7	340	5	247	24
Geschirrspülmaschine	534	6	322	4	212	21
Internet	661	8	449	6	212	21
PC	497	6	335	5	162	16
DVD-Player	398	5	253	4	145	14

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - 1) Können sich zumindest drei der Konsumgüter nicht leisten. Die Nicht-Leistbarkeit von Handys wird wegen ihrer geringen Bedeutung nicht ausgewiesen.

19% der Armutsgefährdeten können sich zumindest drei der in unserer Gesellschaft einem mittleren Lebensstandard zugehörigen Konsumgüter nicht leisten, jedoch nur 3% der nicht Armutsgefährdeten. Als besonders trennscharf erweisen sich PKW, Internetverbindung und Geschirrspüler. Der Anteil derjenigen, die gerne einen Internetzugang zu Hause hätten, sich ihn aber nicht leisten können, bleibt konstant, obwohl das Vorhandensein von Internetverbindungen weiter zugenommen hat. Mit zunehmender Bedeutung von PC und Internet für die berufliche und schulische Weiterbildung, Arbeitssuche, aber auch für soziale Teilhabe bedeutet das für die Betroffenen eine zunehmende Benachteiligung.

4.3. Einschränkungen im Alltag aufgrund von Krankheit oder Behinderung

Die (finanzielle) Situation von Haushalten wird zum einen durch flexible Aspekte wie individuelle Konsumpräferenzen bestimmt, zum anderen können bestimmte Lebensumstände notwendige Ausgaben zur Folge haben, die nicht nach Belieben verändert oder „optimiert“ werden können. Ein Beispiel dafür ist das Auftreten von gesundheitlichen Problemen, das zu erhöhten Ausgaben für medizinische Versorgung führt. Menschen mit niedrigem Einkommen sind von diesen Ausgaben stärker belastet, da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens dafür aufwenden müssen. Gleichzeitig schränken gesundheitliche Probleme Erwerbschancen ein oder machen die Beteiligung am Erwerbsleben ganz unmöglich und können so auch zu weniger Einkommen führen. Die Einkommenssituation ist durch EU-SILC belegbar, die Ausgaben-Seite wird durch die Erhebung nicht direkt erfasst.

In Übersicht 32 wird einerseits das Auftreten einer mindestens ein halbes Jahr andauernden Einschränkung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens aufgrund von Krankheit oder Behinderung dargestellt, andererseits auch der Zusammenhang zwischen diesen gesundheitlichen Problemen und den Lebenslagen gezeigt.³⁴ Dabei wird zwischen Personen im Erwerbsalter und im Pensionsalter unterschieden, da das Auftreten gesundheitlicher Beeinträchtigung in den verschiedenen Altersstufen unterschiedlich häufig vorkommt. Auf die Ursache-Wirkungs-Mechanismen, insbesondere auf die Richtung des Zusammenhangs zwischen finanziellen Benachteiligungen und dem Gesundheitszustand kann aus dieser Darstellung nicht geschlossen werden.

34 Weitere Tabellen zum Gesundheitszustand sind im Tabellenband zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009d), Kapitel 4 enthalten.

Übersicht 32: Einschränkungen im Alltag durch Gesundheitsprobleme in Armutslagen

	Durch Gesundheitsprobleme im Alltag eingeschränkte Personen*)								
	Insgesamt			Erwerbsalter (20-64)			Pensionsalter (65+)		
	in 1.000	Anteil in %	Quote in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	717	100	11	373	100	7	344	100	25
Kein Mangel	394	55	8	177	47	5	217	63	22
Einkommensmangel	47	6	12	23	6	9	23	7	19
Teilhabemangel	188	26	21	113	30	16	75	22	37
Manifeste Armut	89	12	24	60	16	21	29	9	34

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen ab 20 Jahren. - *) Einschränkungen durch Gesundheitsprobleme: mindestens ein halbes Jahr lang andauernde Einschränkung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens aufgrund von Krankheit oder Behinderung.

Im Erwerbsalter sind insgesamt 7% der Personen durch Gesundheitsprobleme in ihrem Alltag eingeschränkt. Manifest arme Personen sind mit 21% drei Mal so häufig betroffen, Personen mit Teilhabemangel doppelt so häufig (16%). Gesundheitsprobleme treten also häufiger bei finanziell deprivierten Personen auf. Im Pensionsalter schwächen sich die Unterschiede etwas ab. Personen, die vom Mindestlebensstandard ausgeschlossen sind (Personen mit Teilhabemangel und manifest Arme) sind 1,5 Mal so häufig durch gesundheitliche Probleme eingeschränkt (37% bzw. 34%) wie der Bevölkerungsdurchschnitt (25%).

Von den Personen, die in ihrem Alltag durch gesundheitliche Probleme eingeschränkt sind, sind im Erwerbsalter rund die Hälfte von zusätzlichen Benachteiligungen betroffen. 16% sind manifest arm, 30% sind von Teilhabemangel betroffen und 6% von Einkommensmangel. Im Pensionsalter gehen gesundheitliche Probleme seltener mit den Armutslagen einher. Fast zwei Drittel der eingeschränkten Personen leiden nicht unter einem weiteren durch die Armutslagen erfassten Mangel. Es sind rund halb so viele Personen mit gesundheitlichen Problemen manifest arm (9%) als im Erwerbsalter, auch die Betroffenheit von Teilhabemangel ist niedriger (22%).

4.4. Wohnprobleme nach Armutslagen

Wohnen ist nicht nur ein Grundbedürfnis, sondern die Wohnung ist auch der räumliche Mittelpunkt des familiären und sozialen Lebens. Benachteiligungen in diesem Bereich und im Wohnungsumfeld sind daher besonders schwerwiegend und können weitreichende Auswirkungen haben. Folgende Merkmale werden in EU-SILC erhoben und für die Darstellung von Wohnungsproblemen und mangelhafter Ausstattung herangezogen:

- » Kein Bad oder WC in der Wohnung
- » Schimmel oder Feuchtigkeit
- » Dunkle Räume
- » Keine Waschmaschine

Probleme im Wohnumfeld liegen vor bei Auftreten von:

- » Lärmbelästigung
- » Luft- oder Wasserverschmutzung durch Verkehr oder Industrie
- » Kriminalität, Gewalt, Vandalismus

Zusätzlich sind auch die Platzverhältnisse in der Wohnung und die Leistbarkeit Indikatoren für Wohnprobleme. Überbelag wird auf Basis der Wohnnutzfläche, der Zahl der Wohnräume und der Personenanzahl in der Wohnung definiert (vgl. Erläuterungen und Definitionen). Die Leistbarkeit wird über den Anteil der Wohnkosten inklusive Energie- und Instandhaltungskosten am Haushaltseinkommen bewertet. Ein Wohnkostenanteil von mehr als 25% wird als hoch definiert.

Personen mit Einkommensmangel sind etwas häufiger von grundlegenden Wohnproblemen betroffen als Personen ohne Mangel, aber nicht so stark wie Personen mit Teilhabemangel - mit einem Einkommen über der Armutgefährdungsschwelle - und manifest Arme (Übersicht 33). Feuchtigkeit und Schimmel ist mit 14% das am häufigs-

ten auftretende Problem. Bei Teilhabemangel und manifester Armut kommen diese gesundheitsgefährdenden Probleme mehr als doppelt so oft vor wie bei Personen ohne Mangel. Auch dunkle Räume sind für Personen mit Teilhabemangel fast in gleichem Maße problematisch wie für Personen in manifester Armut. 7% der manifest Armen leben in Wohnungen, in denen es kein Bad oder WC gibt. In den anderen Armutslagen müssen 4% der Haushalte mit diesem Problem leben.

Als prekäre Wohnqualität ist das Auftreten von mindestens zwei dieser Probleme definiert. Sowohl Einkommensmangel als auch finanzielle Deprivation gehen mit einer solchen Konzentration der Wohnprobleme einher. Jene Personen, bei denen kein Mangel auftritt, sind nur zu 2% von prekärer Wohnqualität betroffen, während in den anderen Gruppen 7 bis 8% betroffen sind. Das zeigt, dass niedriges Einkommen vermehrt mit einer deutlich benachteiligten Wohnsituation einhergeht. Aber auch bei einem Einkommen über der Armutgefährdungsschwelle kann eine Gruppe identifiziert werden, die finanzielle Einschränkungen und eine prekäre Wohnsituation aufweisen. Für eine Beurteilung des Lebensstandards bedarf es neben der Berücksichtigung des laufenden Einkommens also auch der Einbeziehung zusätzlicher Faktoren, wie Vermögen, Schulden und lebenszyklischer Bedürfnisse. Mit der Erfassung von Deprivationsmerkmalen kann zumindest indirekt auf diese Kontextfaktoren hingewiesen werden.

Wie in Übersicht 33 ersichtlich ist, fühlt sich ein Fünftel der Personen in Privathaushalten in der Wohnumgebung durch Lärm beeinträchtigt, 11% durch Kriminalität und Vandalismus und 8% durch Luft- und Umweltverschmutzung. Die Unterschiede zwischen den Armutslagen sind nicht so ausgeprägt wie bei der Wohnqualität. Stärker belastet sind Personen mit Teilhabemangel und in manifester Armut. Unter Wohnumgebungsbelastung, also mindestens zwei dieser Probleme, leiden 15% der manifest Armen und 14% der von Teilhabemangel Betroffenen. Personen ohne Mangel bzw. mit Einkommensmangel sind zu 8% bzw. 10% betroffen.

Übersicht 33: Wohnprobleme nach Armutslagen

	Gesamt in %	Armutslagen			
		Kein Mangel	Einkommens- mangel	Teilhabemangel	Manifeste Armut
		in %			
Prekäre Wohnqualität (mind. 2 Probleme)	4	2	7	7	8
Feuchtigkeit, Schimmel	14	11	17	24	22
Dunkle Räume	7	5	8	13	14
Kein Bad/WC	2	1	4	3	7
Keine Waschmaschine	1	(0)	(1)	2	5
Wohnumgebungsbelastung (mind. 2 Probleme)	9	8	10	14	15
Lärmbelästigung	22	20	20	30	30
Kriminalität, Vandalismus	11	10	9	15	16
Luft-, Umweltverschmutzung	8	7	7	13	13
Überbelag ¹⁾	8	5	28	13	30
Wohnkostenanteil >25%	18	11	47	23	66

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) Überbelag wird nur für Haushalte mit mehr als einer Person berechnet. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Überbelag tritt in der Gesamtbevölkerung bei 8% der Personen auf. Personen mit niedrigem Einkommen leben zu mehr als einem Viertel in zu kleinen Wohnungen und damit rund sechsmal so häufig wie jene ohne Mangel (5%). Von Teilhabemangel betroffene Personen leben zu 13% in Wohnungen mit Überbelag.

Hohe Wohnkosten in Relation zum Haushaltseinkommen treten bei 11% der Personen auf, die unter keinem Mangel leiden. Personen mit Teilhabemangel sind rund doppelt so oft betroffen (23%). Eine erhebliche Belastung durch die Wohnkosten ist für die Hälfte aller Personen mit Einkommensmangel gegeben, bei manifest Armen sogar für zwei Drittel.

5. TRENDS, DAUERHAFTIGKEIT UND DYNAMIK DER ARMUTSGEFÄHRDUNG

Die Erhebung EU-SILC wird in Österreich seit dem Jahr 2003 durchgeführt, seit dem Jahr 2004 erfolgt die Erhebung mit einem integrierten Quer- und Längsschnittdesign. Das heißt drei Viertel der Haushalte werden im nächsten Jahr wieder befragt und ein Viertel kommt neu in die Stichprobe. Insgesamt verbleibt jeweils ein Viertel der Haushalte über vier Jahre in der Befragung. Somit können einerseits jährliche Querschnittsergebnisse repräsentativ für die Bevölkerung in Privathaushalten in Österreich und andererseits Längsschnittauswertungen über vier Jahre dargestellt werden. Erstmals können somit in dieser Publikation Längsschnittauswertungen für die Jahre 2004 - 2007 präsentiert werden.

Im ersten Abschnitt dieses Kapitels geben Zeitreihen einen Überblick über die zeitliche Entwicklung zentraler Kennwerte von EU-SILC. Datengrundlage sind die Querschnittsdatensätze von EU-SILC 2004 bis 2008. Dabei wird auch auf notwendig gewordene nachträgliche Revisionen in den Datensätzen von EU-SILC 2004, 2005 und 2007 eingegangen.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung, also mit der Frage, wie oft bzw. wie lange Personen innerhalb von vier Jahren von Armutsgefährdung betroffen waren. Grundlage hierfür ist der EU-Indikator „Dauerhafte Armutsgefährdung“, der zum ersten Mal auf der Basis von EU-SILC für Österreich berechnet wurde. Die Analyse zur Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung beruht auf den Längsschnittdaten von EU-SILC 2004 - 2007³⁵.

Die Dynamik der Armutsgefährdung - also die Frage „Wer gerät wann (und aus welchen Gründen) in Armutsgefährdung?“ und: „Welche Faktoren gehen mit einem Ausstieg

³⁵ Der Längsschnitt bis zum Jahr 2008 kann noch nicht analysiert werden, weil das dafür benötigte Längsschnittgewicht noch nicht zur Verfügung steht.

einher?“ - wird im dritten Abschnitt behandelt. Die Analyse der Übertritte in und aus Armutsgefährdung erfolgt auf Basis der Jahre 2006 und 2007.

5.1. Trends 2004 - 2008

Der folgende Abschnitt stellt die Querschnittsergebnisse der Jahre 2004 - 2008 vergleichend dar.³⁶ Aufgrund von Zufallsschwankungen zwischen den Jahren sind kleinere Veränderungen meist nicht interpretierbar. Erst wenn Ergebnisse über mehrere Jahre einen Trend verzeichnen, kann von einer realen Veränderung gesprochen werden.

Die Querschnittsergebnisse sind nicht aus den jeweiligen Jahrespublikationen übernommen, da mit der Erhebung 2006 das Gewichtungskonzept für EU-SILC umgestellt und für EU-SILC 2007 eine Datenrevision vorgenommen wurde.

Die Veränderung der Gewichtung betrifft die Anpassung an die Randverteilungen der Grundgesamtheit (Kalibrierung). Im Jahr 2006 wurden erstmalig auch die Staatsbürgerschaft und der Bezug von Arbeitslosenleistungen für die Kalibrierung berücksichtigt.³⁷ Um für Trendauswertungen konsistente Gewichte für alle Jahre zu erhalten, wurden für die Jahre 2004 und 2005 die Querschnittsgewichte nach diesem Gewichtungskonzept neu berechnet. Dadurch verändern sich die Ergebnisse für EU-SILC 2004 und EU-SILC 2005 gegenüber den bisher publizierten.

Für die Daten von EU-SILC 2007 wurde folgende Änderung implementiert: Um den Vorgaben von Eurostat zu entsprechen, wurde die finanzielle Bewertung von Sachleistungen mit Ausnahme des privat genutzten Firmen-PKW bei unselbständiger Erwerbstätigkeit nicht mehr für die Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit berücksichtigt. Dadurch verringert sich die Höhe dieser Einkommen und auch die Haushaltseinkommen und

³⁶ Das Jahr 2003 wird nicht in die Trendanalyse einbezogen, da nicht alle Variablen direkt vergleichbar sind.

³⁷ Vgl. Bericht zu EU-SILC 2006 (Statistik Austria, 2008).

die darauf basierenden Indikatoren werden geringfügig verändert (vgl. Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008, Statistik Austria 2009c).

In Übersicht 34 werden neben den vergleichbaren Werten für 2004 bis 2008 zu Haushaltseinkommen und Armutsgefährdung auch die Veränderungen durch die Gewichtung und die Revision 2007 vergleichend dargestellt. Durch die Neugewichtung sowie durch die Datenrevision 2007 ergibt sich eine leichte Verringerung der Äquivalenzeinkommen und Haushaltseinkommen gegenüber den in den jeweiligen Jahren publizierten Ergebnissen. Dadurch verringert sich ebenfalls der Wert der Armutsgefährdungsschwelle (60% des Medians des Äquivalenzeinkommens). Für die Jahre 2004 und 2005 erhöht sich die Armutsgefährdungsquote um 0,2 bzw. 0,4 Prozentpunkte, für das Jahr 2007 ergibt sich keine Veränderung der Armutsgefährdungsquote.

Übersicht 34: Zentrale Maßzahlen 2004 - 2008

		2004	2005	2006	2007	2008
Median des Äquivalenzeinkommens in EUR	Vor Revision	16.969	17.993		18.242	
	Nach Revision	16.856	17.750	17.852	18.153	19.011
Median des Haushaltseinkommens in EUR	Vor Revision	25.784	27.913		27.971	
	Nach Revision	25.514	27.577	27.371	27.819	28.592
Armutsgefährdungsschwelle in EUR	Vor Revision	10.182	10.796		10.945	
	Nach Revision	10.114	10.650	10.711	10.892	11.406
Armutsgefährdungsquote in %	Vor Revision	12,8	12,3		12,0	
	Nach Revision	13,0	12,7	12,6	12,0	12,4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008.

Nach aktueller Berechnung steigen die in EU-SILC erfassten Haushaltseinkommen zwischen 2004 und 2008 um 12%, die Äquivalenzeinkommen steigen im gleichen Zeitraum um 13%. Die jährliche Steigerung beträgt also im Durchschnitt in etwa 3%. Damit steigt auch die Armutsgefährdungsschwelle über den gesamten Zeitraum um etwa 13%. Für die Armutsgefährdungsquote lässt sich kein Trend beobachten, diese beträgt durchschnittlich über den gesamten Beobachtungszeitraum 12,5%.

Aufgrund der Steigerung der Äquivalenzeinkommen kann nicht direkt auf eine Steigerung des Lebensstandards geschlossen werden, da Inflation und Entwicklung der Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt sind. Inwieweit verschiedene Bevölkerungsgruppen an dieser Einkommensentwicklung teilgenommen haben, kann durch einen Vergleich des Medians von Untergruppen zur Gesamtbevölkerung in jedem Jahr dargestellt werden.

Übersicht 35: Relativer Medianlebensstandard nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2004-2008

	Median des Äquivalenzeinkommens				
	2004	2005	2006	2007	2008
	in EUR				
Insgesamt	16.856	17.750	17.852	18.153	19.011
	in %				
Insgesamt	100	100	100	100	100
Männer					
Zusammen	102	102	102	103	103
Bis 19 Jahre	91	90	91	91	92
20 bis 39 Jahre	104	106	104	105	104
40 bis 64 Jahre	108	108	110	110	110
65 Jahre +	101	105	102	101	100
Frauen					
Zusammen	98	98	98	98	97
Bis 19 Jahre	90	90	89	90	88
20 bis 39 Jahre	99	100	99	97	97
40 bis 64 Jahre	108	106	108	109	109
65 Jahre +	91	92	90	91	89
Staatsbürgerschaft					
Österreich	102	102	102	103	103
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	82	88	79	82	81
Nicht Österreich	79	80	79	82	79
davon EU/EFTA	87	98	101	95	97
davon sonstiges Ausland	77	75	76	75	73

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008.

Übersicht 35 zeigt den Trend des relativen Lebensstandards für verschiedene Gruppen im Berichtszeitraum 2004 bis 2008. Insgesamt sind die Unterschiede der Veränderungen zwischen den Gruppen und über die Jahre relativ gering. Das heißt, jene Personen, die einen unterdurchschnittlichen bzw. überdurchschnittlichen Lebensstandard im Vergleich zur Gesamtbevölkerung verzeichnen, behalten diesen über die Jahre auch bei.

Relativ betrachtet liegt der Lebensstandard von Männern ab dem Erwerbsalter immer über jenem von Frauen. Eine Annäherung ist aus den Daten nicht abzulesen. Kinder und Jugendliche bis 19 Jahre und Frauen ab 65 Jahren verzeichnen ein unterdurchschnittliches Einkommen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.

Einen besonders niedrigen Medianlebensstandard haben unverändert seit 2008 Personen mit Migrationshintergrund aus Nicht-EU-/EFTA-Ländern. Bei jenen, die im Zuge der Einbürgerung die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben, kann ein etwas höherer Lebensstandard beobachtet werden. Gemeinsam mit Ein-Eltern-Haushalten, alleinlebenden Frauen in Pension und Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern verzeichnen Personen mit Migrationshintergrund somit den niedrigsten Lebensstandard in Österreich.

Mit einem um rund ein Fünftel höheren Einkommen als im Durchschnitt haben Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder im gesamten Zeitverlauf einen deutlich überdurchschnittlichen Lebensstandard (Übersicht 36). Wenn Kinder im Mehrpersonenhaushalt leben, haben Haushalte mit zwei Kindern einen geringfügig unterdurchschnittlichen, mit einem Kind einen leicht überdurchschnittlichen Lebensstandard.

Übersicht 36: Relativer Medianlebensstandard nach Haushaltsform 2004 - 2008

	Median des Äquivalenzeinkommens				
	2004	2005	2006	2007	2008
	in EUR				
Insgesamt	16.856	17.750	17.852	18.153	19.011
	in %				
Insgesamt	100	100	100	100	100
Haushalt mit Pension					
Zusammen	95	96	95	94	92
Alleinlebende Männer	113	114	104	95	92
Alleinlebende Frauen	81	80	79	78	79
Mehrpersonenhaushalt	99	102	100	99	98
Haushalt ohne Pension					
Zusammen	101	101	101	102	102
Alleinlebende Männer	98	100	100	103	101
Alleinlebende Frauen	92	99	94	98	98
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	117	119	122	120	119
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)					
Zusammen	96	93	93	94	96
Ein-Eltern-Haushalt	78	81	76	75	76
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	106	106	106	105	108
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	96	91	92	95	97
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	81	81	85	81	78

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008. - Personen in Haushalten.

Auch hinsichtlich der Armutsgefährdungsquoten bleiben die Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Berichtszeitraum 2004 bis 2008 stabil (Übersicht 37). Abweichungen in einzelnen Jahren („Ausreißer“) können aufgrund statistischer Zufallsschwankungen nicht ohne weiteres als reale Veränderungen interpretiert werden. Personen aus EU-/EFTA-Staaten haben ein Armutsrisiko zwischen 19% und 14%. Ein möglicher Grund für diese Schwankungen kann in der sich ändernden Zusammensetzung dieser Personengruppe liegen.

Das bedeutet, dass weder in Bezug auf Alter, Geschlecht oder Herkunft eine Ab- oder Zunahme von Armutsgefährdung zwischen 2004 und 2008 beobachtet werden kann. Somit verbleiben Kinder, Pensionistinnen und Personen mit Migrationshintergrund über alle Jahre als jene Gruppen mit einem erhöhten Armutsrisiko.

Übersicht 37: Armutsgefährdungsquote nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2004 - 2008

	Armutsgefährdungsquote in %					
	2004	2005	2006	2007	2008	Ø
Insgesamt	13	13	13	12	12	13
Männer						
Zusammen	12	12	11	11	11	11
Bis 19 Jahre	14	16	14	14	14	14
20 bis 39 Jahre	11	12	10	10	9	11
40 bis 64 Jahre	10	10	10	10	10	10
65 Jahre +	13	10	11	9	12	11
Frauen						
Zusammen	14	13	14	13	13	14
Bis 19 Jahre	16	15	15	14	16	15
20 bis 39 Jahre	13	13	14	14	12	13
40 bis 64 Jahre	11	11	10	10	11	10
65 Jahre +	19	17	20	18	17	18
Staatsbürgerschaft						
Österreich	12	11	11	11	11	11
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	21	21	21	22	21	21
Nicht Österreich	26	25	24	23	26	25
davon EU/EFTA	19	15	14	15	17	16
davon sonstiges Ausland	28	28	28	27	30	28

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008.

Auch hinsichtlich der Haushaltszusammensetzung zeigen sich in den Armutsgefährdungsquoten nur wenige Veränderungen innerhalb des Zeitraums 2004 bis 2008 (Übersicht 38). Größere Schwankungen gibt es bei alleinlebenden Männern mit Pension, alleinlebenden Frauen ohne Pension, Ein-Eltern-Haushalten und Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern. Teilweise lassen sich diese Schwankungen wiederum auf die geringe Größe der Stichprobe zurückführen, zum Teil auch auf Veränderungen innerhalb der erfassten Personengruppe. So nimmt etwa der Anteil der Erwerbstätigen bei alleinlebenden Frauen ohne Pension von 65% im Jahr 2004 auf 73% im Jahr 2008 zu, und die Armutsgefährdung von 27 auf 20% ab. Der Anteil der Erwerbstätigen steigt auch bei alleinlebenden Männern ohne Pension und auch in dieser Personengruppe kann ein leichtes Sinken der Armutsgefährdungsquote zwischen 2004 und 2008 festgestellt werden.

Übersicht 38: Armutsgefährdungsquote nach Haushaltsform 2004 - 2008

	Armutsgefährdungsquote in %					
	2004	2005	2006	2007	2008	Ø
Haushalt mit Pension						
Zusammen	15	14	16	15	16	15
Alleinlebende Männer	(6)	(12)	(9)	11	16	11
Alleinlebende Frauen	24	24	28	26	24	25
Mehrpersonenhaushalt	12	10	12	11	13	11
Haushalt ohne Pension						
Zusammen	13	14	12	11	12	12
Alleinlebende Männer	20	12	19	15	16	17
Alleinlebende Frauen	27	24	22	22	20	22
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	9	10	8	6	6	7
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)						
Zusammen	12	14	12	13	13	13
Ein-Eltern-Haushalt	25	27	27	32	29	28
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	8	10	8	8	9	8
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	9	11	11	9	10	10
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	24	20	16	19	20	20

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008. - Personen in Haushalten.

Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Erwerbstätigkeit wurde in den vergangenen Jahren als einer der wesentlichsten Mechanismen zur Vermeidung von Armutsgefährdung dargestellt. Nicht zuletzt deshalb gilt die besondere Aufmerksamkeit jenen Personen, die trotz Erwerbstätigkeit in Armutsgefährdung geraten, den so genannten „working poor“. In Übersicht 39 wird der Indikator „working poor“ von erwerbstätigen und armutsgefährdeten Personen im Erwerbsalter dargestellt (zur Definition „working poor“ vgl. auch Kapitel 3).

Im Berichtszeitraum 2004 bis 2008 liegt die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen zu Beginn knapp unter 8%, im Jahr 2008 knapp unter 7%. Die Armutsgefährdung von männlichen Erwerbstätigen liegt in den Jahren 2004 und 2005 über der Armutsgefährdung von weiblichen Erwerbstätigen, in späteren Jahren darunter. Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass Frauen eine geringere Erwerbsquote haben und nicht erwerbstätige Frauen gar nicht mit eingerechnet werden. Insgesamt waren im Jahr

2004 277.000 erwerbstätige Personen von Armutsgefährdung betroffen, 2008 waren es mit 247.000 etwa 30.000 Personen weniger. Dies ist vor allem auf die sinkende Anzahl betroffener erwerbstätiger Männer zurückzuführen. Der Anteil der von Armutsgefährdung betroffenen erwerbstätigen Frauen steigt im Beobachtungszeitraum von rund 42% auf etwa 47%.

Übersicht 39: "Working Poor" 2004 – 2008

	Working poor									
	2004		2005		2006		2007		2008	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	277	7,8	257	7,2	243	6,8	231	6,4	247	6,7
Männer	162	8,1	158	7,7	134	6,7	127	6,4	132	6,5
Frauen	115	7,4	99	6,4	110	7,0	104	6,5	116	7,1

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2008. - Working poor: Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Ohne Personen, die im Referenzjahr mehr als sechs Monate arbeitslos waren.

5.2. Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung³⁸

Die Stichprobengröße im ersten Vier-Jahres-Panel der Erhebungen EU-SILC 2004 bis 2007 beträgt 3.118 Personen. Diese stammen aus 1.291 Haushalten. Diese Zahl umfasst all jene Personen, die vier Jahre in Folge befragt wurden und wo somit für jedes Erhebungsjahr Daten zu Armutsgefährdung vorliegend sind. Dies entspricht mit dem Gewicht für den Längsschnitt hochgerechnet 7.618.000 Personen oder 93% der Bevölkerung. Die Differenz zur Gesamtbevölkerung in Privathaushalten 2007 liegt bei rund 596.000 Personen. Im vierjährigen Panel nicht erfasst sind Personen, die zwischen 2003 und 2007 entweder erst geboren oder nach Österreich zugezogen sind. Auch Personen, die nach 2004 in die befragten Haushalte zugezogen sind, können nicht miteinbezogen werden. Weiters reduziert sich die Bevölkerungszahl um jene Personen, die in diesen vier Jahren verstorben, ins Ausland oder in einen Institutionshaushalt

³⁸ Der Beitrag ist entnommen dem Artikel Lamei, Nadja, Till-Tentschert, Ursula (2010). Dauerhafte Armutsgefährdung in Österreich 2004 bis 2007. In: Statistische Nachrichten 01/2010, Wien.

verzogen sind oder für ein Jahr abwesend waren. Personen, die innerhalb des vierjährigen Befragungszeitraums in einen anderen Privathaushalt in Österreich umziehen, werden im neuen Haushalt weiter befragt, sofern es sich nicht um unter 15-Jährige handelt, die bei einem Wegzug aus dem Ursprungshaushalt in der Erhebung nicht weiterverfolgt werden.

Die Bevölkerungsstruktur des Längsschnitts wurde mittels Gewichtung so weit wie möglich an die Querschnittsbevölkerung 2007 angepasst. Geringe Abweichungen der Längsschnittergebnisse zu den Querschnittsergebnissen können sich dennoch ergeben. Dies ist zum Beispiel im Bezug auf die Armutsgefährdung festzustellen: Für die Längsschnittpopulation werden die Armutsgefährdungsschwellen gemäß der Vorgabe des Indikators dauerhafte Armutsgefährdung auf Basis der reduzierten Stichprobe neu berechnet. In den Längsschnittergebnissen sind zwar nicht immer alle Personen des letzten Jahres (also 2007) eines Haushalts mit einberechnet (wenn diese nicht alle Jahre im Haushalt waren), für die Beurteilung des Lebensstandards wird aber ihr Haushaltseinkommen miteinbezogen und in der Bedarfsgewichtung berücksichtigt.

5.2.1. Die Relevanz der Längsschnittperspektive für die Armutsberichterstattung

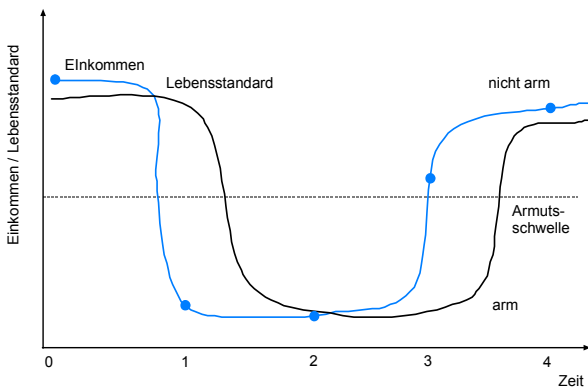
Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung, also mit der Frage, wie oft bzw. wie lange Personen innerhalb von vier Jahren von Armutsgefährdung betroffen waren. Der Indikator „dauerhafte Armutsgefährdung“, der als Primärindikator des Portfolios von sozialen Eingliederungsindikatoren hohen Stellenwert in der Armutsberichterstattung hat, kann anhand der Daten 2004 bis 2007 berechnet werden und wird im Folgenden vorgestellt.

Die Betrachtung des Jahreshaushaltseinkommens und der daraus ermittelten Armutsgefährdungsquoten entspricht einer kurzfristigen Perspektive, wie sie für rasch verfügbare politische Kennwerte unerlässlich ist. Es ist aber nachweisbar, dass der

Lebensstandard eines Haushalts, dessen Einkommen unter die Armutsgefährdungsschwelle sinkt, erst allmählich und bei längerfristigem Verbleib auf niedrigem Einkommensniveau fällt (vgl. Gordon et al. 2000). Sparsamkeit, Aufbrauchen von Rücklagen usw. können plötzliche Einkommensverluste für die erste Zeit abfedern. Andererseits dauert es bis zum „sozialen Aufstieg“ bei einer verbesserten finanziellen Situation eine Zeit, da gewisse Anschaffungen und Verhaltensweisen erst bei längerfristigem Verbleib auf dem neuen, höheren Einkommensniveau getätigt werden (können) und möglicherweise auch Schulden zurückzuzahlen sind.

Die Grafik verdeutlicht, dass die Einbeziehung des Faktors „Zeit“ in die Analyse zu einer besseren Abbildung von (niedrigem) Lebensstandard verhilft, als es die bloße punktuelle Betrachtung des Einkommens vermag. Zu den Zeitpunkten 0, 2 und 4 ist das Einkommen des Beispielhaushalts ein valider Indikator für dessen Lebensstandard (die beiden Kurven liegen eng beieinander). Im Zeitpunkt des Absinkens unter bzw. Aufstiegs über die Armutsschwelle (1, 3) fallen Einkommenssituation und Lebensstandard aber auseinander. Berücksichtigt man nur einzelne Messungen von Einkommen, kann keine adäquate Angabe zur sozialen Lage eines Haushaltes gemacht werden.

Grafik 6: Einkommen und Lebensstandard im Zeitverlauf für einen Beispielhaushalt



Q: Gordon et al. (2000)

5.2.2. Häufigkeit von Armutsgefährdung zwischen 2004 und 2007

Knapp drei Viertel der Panelpersonen³⁹ waren in keinem der vier Erhebungsjahre armutsgefährdet – das heißt umgekehrt, dass rund 27% in mindestens einem Jahr von Armutsrisiko betroffen waren. Diese Zahl liegt um mehr als das Doppelte über den für jeweils ein Erhebungsjahr berichteten Armutsgefährdungsquoten (12-13%) und deutet darauf hin, dass Einkommensarmut einer starken Dynamik unterliegt und bei der Beurteilung eine längerfristige Perspektive wesentlich ist.

In allen vier hier betrachteten Jahren waren knapp 3%, in einem einzigen Jahr 15% der Bevölkerung armutsgefährdet. Bei denjenigen, die zwei bzw. drei Jahre armutsgefährdet waren (6 bzw. 3%), kann das Armutsrisiko in aufeinanderfolgenden Jahren aufgetreten sein, es können aber auch ein oder zwei Jahre der finanziellen Entspannung eingetreten sein, bevor erneut Armutsrisiko vorlag. In der kumulierten Betrachtung (z.B. diejenigen, die drei Jahre armutsgefährdet waren, sind auch „zumindest ein Jahr“ und „zumindest zwei Jahre“ armutsgefährdet) stellt sich die Betroffenheit von Armutsgefährdung anhand der gleichen Zahlen noch drastischer dar: 27% der Bevölkerung waren in mindestens einem Jahr, 12% in mindestens zwei Jahren und 6% in mindestens drei Jahren armutsgefährdet.

³⁹ Eine Beschreibung der Stichprobe und Gewichtung des Panels 2004-2007 siehe Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008 (Statistik Austria 2009c).

Übersicht 4o: Häufigkeit des Auftretens von Armutsgefährdung 2004-2007

	Häufigkeit in 1.000	Prozent	Kumuliert	Prozent
nie	5.542	73	nie	73
in einem Jahr	1.172	15	zumindest 1 Jahr	27
in zwei Jahren	466	6	zumindest 2 Jahre	12
in drei Jahren	245	3	zumindest 3 Jahre	6
in vier Jahren	194	3	in vier Jahren	3
Gesamt	7.618	100		

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

5.2.3. Dauerhafte Armutsgefährdung 2004-2007

Als „dauerhafte Armutsgefährdung“ wird ein Armutsrisiko in mindestens drei von vier Jahren definiert. Gegenüber der oberen Betrachtung ist die Gruppe aber enger definiert, indem sie sich auf diejenigen beschränkt, die auch im letzten Jahr des Panels (2007) armutsgefährdet waren. Die jährlichen Armutsgefährdungsschwellen werden nach Berechnungsvorgabe von Eurostat für diesen Indikator auf Basis der Längsschnittpopulation in vier Jahren berechnet und unterscheiden sich somit von den oberhalb für die Querschnittsdaten ausgewiesenen Schwellenwerten.

Als dauerhaft armutsgefährdet wird also jener Prozentsatz der Bevölkerung ausgewiesen, der am Ende des Beobachtungszeitraums, das heißt im aktuellsten Jahr und in mindestens zwei von drei vorhergehenden Jahren, in Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle des jeweiligen Jahres lebt. Einbezogen werden, wie eingangs beschrieben, nur Personen, die alle vier Jahre im Panel waren und erfolgreich befragt wurden.

Spricht man von dauerhaft armutsgefährdeten Personen, sind die in folgender Übersicht angeführten Kombinationsmöglichkeiten der Armutslagen in den betrachteten

vier Jahren möglich. T bezeichnet das aktuellste Jahr, in der vorliegenden Analyse also das Jahr 2007. Konzeptionell heißt das, dass dieser Indikator eine Teilmenge aller potentiell dauerhaft Armutsgefährdeten darstellt, indem das Jahr 2007 als Referenzpunkt festgelegt wird: Nicht einbezogen sind beispielsweise diejenigen, die in den ersten drei Jahren (2004-2006) armutsgefährdet waren und es nur im letzten Jahr (2007) nicht sind oder auch jene, die 2006 und 2007 armutsgefährdet waren und dies auch 2008, also nach Ende des Referenzjahres 2007, wurden.

Übersicht 41: Typen dauerhafter Armutsgefährdung

Dauer der Armutsgefährdung	T	T-1	T-2	T-3
4 Jahre	armutsgefährdet	armutsgefährdet	armutsgefährdet	armutsgefährdet
3 Jahre	armutsgefährdet	armutsgefährdet	armutsgefährdet	nicht armutsgefährdet
3 Jahre	armutsgefährdet	armutsgefährdet	nicht armutsgefährdet	armutsgefährdet
3 Jahre	armutsgefährdet	nicht armutsgefährdet	armutsgefährdet	armutsgefährdet

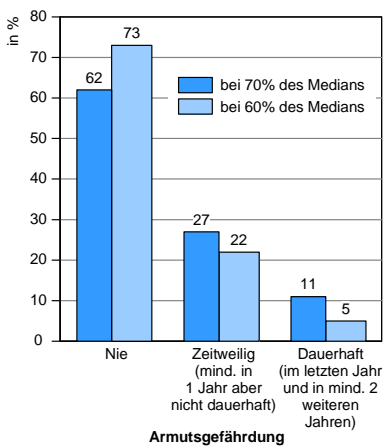
Rund 5% der hochgerechneten Panelpopulation sind nach dieser Definition dauerhaft armutsgefährdet. Die Zahl der insgesamt dauerhaft Gefährdeten ist auf die Bevölkerung in Privathaushalten hochgerechnet 389.000 Betroffene, wobei es sich wie erwähnt um eine etwas eingeschränkte Population handelt, die sich tatsächlich während vier Jahren im Panel befindet.⁴⁰

In Grafik 7 sind dauerhafte und zeitweilige Betroffenheit für die Armutsgefährdungsschwellen bei 60% und 70% des Medians gegenübergestellt. Als zeitweilig armutsgefährdet werden all jene Personen bezeichnet, die im Betrachtungszeitraum 2004 bis 2007 mindestens ein Jahr lang armutsgefährdet waren, aber nach der verwendeten Definition nicht dauerhaft armutsgefährdet sind.

40 Im Folgenden wird daher auf die Darstellung von Absolutzahlen verzichtet.

5% der hier erfassten Bevölkerung hatten im letzten Jahr und in zwei der vorhergehenden drei Jahre ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians, weitere 6% befanden sich nur knapp aber dauerhaft über der Armutsgefährdungsschwelle. Das heißt doppelt so viele (11%) befanden sich in dauerhafter Armutsgefährdung bei einer etwas höher angelegten Schwelle von 70% des Medians. Beim Vergleich der zeitweiligen Armutsgefährdung ist der Unterschied wesentlich geringer. Weitere 27% befinden sich zeitweilig unter der 70% Armutsgefährdungsschwelle, 22% unter der 60% Armutsgefährdungsschwelle.

Grafik 7: Dauerhafte und zeitweilige Armutsgefährdung bei 60 und 70% des Medians

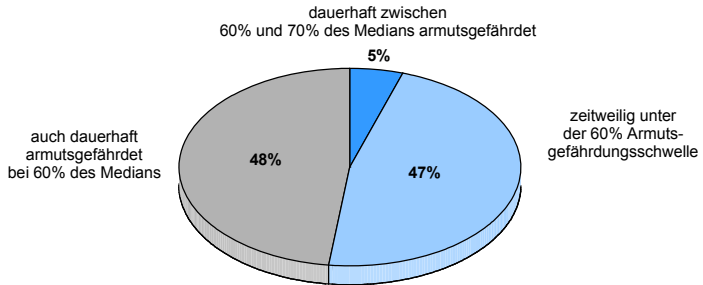


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

In Grafik 8 unterhalb werden jene 11% dauerhaft Armutsgefährdeten bei 70% des Medians näher betrachtet. Wie schon in der vorigen Abbildung ersichtlich, ist rund die Hälfte auch dauerhaft bei 60% des Medians gefährdet. Für die andere Hälfte stellt sich die Frage, ob diese „nur“ eine Gruppe mit relativ niedrigem Einkommen aber einer stabilen Einkommenssituation repräsentiert oder es sich um Ein- und Austritte in die Armutsgefährdung handelt. Es zeigt sich, dass die meisten der nur bei 70% des Medians dauer-

erhaft Armutsgefährdeten zumindest einmal in vier Jahren auch ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60% hatten. Nur 5% der bei 70% des Medians dauerhaft Armutsgefährdeten bleiben konstant über der Armutsgefährdungsschwelle von 60%. Die Ergebnisse legen nahe, bei der Messung von dauerhafter Armutsgefährdung auch auf jene Personen zu fokussieren, die sich nur knapp über bzw. zeitweilig unter der Armutsgefährdungsschwelle befinden.

Grafik 8: Dauerhafte Armutsgefährdung bei 70% des Medians nach Armutsgefährdung bei 60% des Medians



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007.- Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

ZEITWEILIGE UND DAUERHAFTE BETROFFENHEIT VON ARMUTSGEFÄHRDUNG FÜR VERSCHIEDENE GRUPPEN

In der folgenden Übersicht sind die Quoten von zeitweiliger und dauerhafter Betroffenheit von Armutsgefährdung nach zentralen soziodemographischen Merkmalen dargestellt und der Anteil jener, der nie von Armutserfahrungen betroffen war. Die Typen „dauerhaft“ und „zeitweilig“ betroffen lassen sich zur Kategorie „jemals von Armutsrisiko betroffen“ aufsummieren, was vor allem bei kleinen Gruppen von analytischem Vorteil sein kann. Die Gliederungsmerkmale beziehen sich jeweils auf das aktuellste Erhebungsjahr, in diesem Fall 2007. Dies ist bei veränderlichen Merkmalen wie Haushaltszusammensetzung oder Haupteinkommensquelle zu bedenken.

Übersicht 42: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen

Soziodemographische Merkmale 2007	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004-2007			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	73	22	5	27
Geschlecht				
Männer	76	21	3	24
Frauen	70	23	7	30
Alter				
Bis 19 Jahre	68	28	4	32
20 bis 39 Jahre	70	25	6	30
40 bis 64 Jahre	79	19	3	21
65 Jahre und älter	71	18	10	29
Höchster Bildungsabschluss (Pers. ab 16 Jahren)				
Max. Pflichtschule	59	28	12	41
Lehre/mittlere Schule	77	20	3	23
Matura	78	18	(4)	22
Universität	82	16	(2)	18
Staatsbürgerschaft				
Österreich	74	21	5	26
darunter Eingebürgerte (Nicht EU/EFTA)	51	39	(10)	49
Nicht Österreich	55	36	(9)	45
davon EU/EFTA	(66)	(21)	(13)	(34)
davon sonstiges Ausland	51	42	(7)	49

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. – Lesebeispiel: In den Jahren 2004 bis 2007 waren 73% der Personen insgesamt nie, 22% zeitweilig und 5% dauerhaft armutsgefährdet. Die 22% zeitweilig und 5% dauerhaft armutsgefährdeten, ergeben 27%, die jemals armutsgefährdet waren. - Nie= keine Armutsgefährdung in den Jahren 2004 bis 2007, zeitweilig= mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft; dauerhaft= 2007 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Nach dem Alter zeigt sich vor allem ein durch die Erwerbstätigkeit vermittelter Effekt: Jüngere und ältere Personen haben in der reinen Querschnittsbetrachtung überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten, im mittleren bis späten Erwerbsalter (40 bis 64 Jahre) ist der besten Schutz vor Armutsrisiken gegeben. Während es bei den Personen unter 20 Jahren vielfach nur zeitweilige Armutsepisoden sind (28% zeitweilige und 4% dauerhafte Armutsgefährdung), also die Dynamik der Armut hier hoch ist, haben ältere Personen ab 65 Jahren viel eher dauerhafte Armutslagen zu vergegenwärtigen (10%). Ein Hauptgrund ist, dass sie wegen ihrem Ausstieg aus dem Erwerbsleben in den

meisten Fällen keinen Einkommensanstieg mehr zu erwarten haben. Bei den Jungen ist hingegen ein Ausstiegsszenario durch Aufnahme einer neuen oder besser bezahlten Erwerbstätigkeit wahrscheinlicher.

Wie in den Querschnittsanalysen aus EU-SILC bereits vielfach belegt, hat Bildung einen großen Einfluss auf Erwerbschancen, Qualität und Bezahlung der Erwerbsarbeit. Der Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Armutsgefährdung ist auch in der Längsschnittbetrachtung eindeutig: Den größten Anteil dauerhafter Armutsgefährdung haben Personen, die maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen (12%), während bereits nach Abschluss einer Lehrausbildung die Quote dauerhafter Armutsgefährdung unter den Durchschnitt sinkt und bei 3% liegt. Eine weitere Differenzierung im höheren Bildungsbereich ist auf Grund der kleinen Fallzahlen nur bedingt möglich, es ist aber ersichtlich, dass Universitätsabgängerinnen und –abgänger mit 18% den geringsten Anteil von jemals Betroffenen aufweisen.

Eingebürgerte und nicht-österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus anderen als EU- und EFTA-Staaten haben deutlich höhere Quoten bei zeitweiliger Betroffenheit (39 bzw. 42%) als Österreicherinnen und Österreicher (21%).

Übersicht 43: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltstyp

Haushaltstyp 2007	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004-2007			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	73	22	5	27
Haushalt mit Pension ¹⁾				
Zusammen	73	17	10	27
Alleinlebende Männer	(80)	(20)	(0)	(20)
Alleinlebende Frauen	56	23	21	44
Mehrpersonenhaushalte	79	14	7	21
Haushalt ohne Pension ²⁾				
Zusammen	73	24	4	27
Alleinlebende Männer	72	(23)	(5)	(28)
Alleinlebende Frauen	54	27	(19)	46
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	80	18	(2)	20
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)				
Zusammen	70	26	4	30
Ein-Eltern-Haushalt	41	43	(16)	59
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	80	20	(0)	20
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	76	21	(4)	24
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	61	37	(2)	39

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. - Lesebeispiel: In den Jahren 2004 bis 2007 waren 73% der Personen insgesamt nie, 22% zeitweilig und 5% dauerhaft armutsgefährdet. Die 22% zeitweilig und 5% dauerhaft armutsgefährdeten ergeben 27%, die jemals armutsgefährdet waren. - Nie: keine Armutsgefährdung in den Jahren 2004 bis 2007. Zeitweilig: mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft. Dauerhaft: 2007 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - 1) mindestens 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen. - 2) weniger als 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Armutsgefährdung wird aus dem Haushaltseinkommen ermittelt und damit implizit angenommen, dass alle Mitglieder des Haushalts den gleichen Lebensstandard teilen - dass also einerseits das Einkommen allen gleichermaßen zugute kommt (und andererseits Armutsgefährdung alle in gleichem Maße betrifft). Aus diesem Grund sind individuelle Merkmale immer im Haushaltskontext zu verstehen. Das trifft zum Beispiel auf das Merkmal Geschlecht zu: Geschlechterunterschiede zu Ungunsten der Frauen spiegeln vor allem eine höhere Betroffenheit von zeitweiliger und dauerhafter Armutsgefährdung bei alleinlebenden Frauen wider. Die dauerhafte Armutsgefährdungsquote bei alleinstehenden Pensionistinnen etwa ist mit fast 21% vier Mal so hoch wie für die Bevölkerung im

Durchschnitt (5%). Die Ausgleichszulage für die Mindestpension liegt immer rund 10% unter der Armutsgefährdungsschwelle. Ein Einkommensanstieg aufgrund geänderter Lebensumstände ist bei dieser Gruppe nicht zu erwarten. Eine Reduktion der dauerhaften Armutsgefährdung kann somit nur durch eine Erhöhung der Ausgleichszulage über das Niveau der Armutsgefährdungsschwelle erzielt werden.

Beinahe die Hälfte (44%) aller alleinlebenden Frauen ohne Pension war mindestens in einem Jahr von Armutsgefährdung betroffen. Die benachteiligte Einkommenssituation von Frauen wird auch bei einer Betrachtung nach dem Geschlecht der hauptverdienenden Person im Haushalt ersichtlich. Personen in Haushalten mit einer Frau als Hauptverdienerin sind mit 13% wesentlich häufiger dauerhaft armutsgefährdet als Männer (2%) und befinden sich auch deutlich öfter zeitweilig (29% zu 20%) in Armutsgefährdung.

Nach der Art der Haushaltszusammensetzung muss zunächst nach der Haupteinkommensquelle differenziert werden: Zwar zeigen Haushalte, wo Pensionen weniger als die Hälfte des Haushaltseinkommens ausmachen, mit 24% eine höhere zeitweilige Armutsgefährdung als Haushalte mit hauptsächlich Pension (17%), es ist aber bei 10% der Pensionshaushalte eine längerfristige Armutsgefährdung zu konstatieren – bei den anderen Haushalten nur zu 4%.

Die schwierige soziale Lage von Ein-Eltern-Haushalten wird in der Quote der zeitweiligen Betroffenheit sichtbar (43%). Mehr als die Hälfte (59%) aller Kinder und Erwachsenen in dieser Haushaltskonstellation hat in den vergangenen vier Jahren schon einmal mit Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle leben müssen. Für die dauerhafte Armutsgefährdung sind die Daten statistisch nicht gesichert, sie deuten aber auf eine etwa drei Mal so hohe Quote verglichen mit dem Durchschnitt hin. In Haushalten mit mehreren Erwachsenen und einem oder zwei Kindern liegt die dauerhafte Armutsgefährdung wie auch das zeitweilige Auftreten von Armutsrisiken unter dem Durchschnitt. Bei Familien mit drei oder mehr Kindern ist das Risiko, im Betrachtungszeitraum dauerhaft in Armut geraten zu sein, mit 39% deutlich erhöht.

Übersicht 44: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltsmerkmalen

Haushalts-Merkmale 2007	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004-2007			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	73	22	5	27
Haupteinkommensquelle ¹⁾				
Unselbständige Arbeit	77	21	2	23
Selbständige Arbeit	75	25	(1)	24
Sozialleistungen	40	44	16	60
Pensionen	73	18	9	27
Private Einkommen	(41)	(38)	(21)	(59)
Haushalt mit				
männlichem Hauptverdiener	78	20	2	22
weiblicher Hauptverdienerin	59	29	13	41
Erwerbsintensität des Haushalts ²⁾				
Keine Erwerbstätigkeit	62	23	15	38
Teilweise Erwerbstätigkeit	68	29	4	32
Volle Erwerbstätigkeit	81	18	(1)	17

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. - Lesebeispiel: In den Jahren 2004 bis 2007 waren 73% der Personen insgesamt nie, 22% zeitweilig und 5% dauerhaft armutsgefährdet. Die 22% zeitweilig und 5% dauerhaft armutsgefährdeten ergeben 27%, die jemals armutsgefährdet waren. - Nie: keine Armutsgefährdung in den Jahren 2004 bis 2007. Zeitweilig: mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft. Dauerhaft: 2007 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - 1) Die Einkommensquelle, die den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet. - 2) Anteil erwerbstätiger Personen nach Anzahl im Referenzjahr 2006 erwerbstätiger Monate an allen Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) unter Berücksichtigung von Voll- oder Teilzeit. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammer.

Den besten Schutz vor Armutsgefährdung – sei sie zeitweilig oder dauerhaft – stellt Erwerbsarbeit dar: Personen in Haushalten mit der Haupteinkommensquelle aus unselbständiger Erwerbsarbeit weisen die geringste dauerhafter Armutsgefährdung auf (2%), über drei Viertel waren in den letzten vier Jahren nie armutsgefährdet. Haushalte mit voller Erwerbsbeteiligung aller Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) haben kurz- und langfristig gesehen geringe Armutsrisiken. Bei Personen, die hauptsächlich auf Sozialleistungen angewiesen sind, ist ein Verweilen in Armutsgefährdung über drei oder mehr Jahre zu 16% anzunehmen. Pensionen als Haupteinkommensquelle sind wie bereits dargelegt mit einer geringen Dynamik im Einkommen gekennzeichnet, etwa drei Viertel (73%) haben in den letzten Jahren keine Armutserfahrung gemacht,

diejenigen, die eine niedrige Pension beziehen, verweilen aber über mehrere Jahre unter der Armutsgefährdungsschwelle (9% dauerhafte Armutsgefährdung).

MANGELNDE TEILHABECHANCEN IM ZUSAMMENHANG MIT DAUER DER ARMUTSGEFÄHRDUNG

Wie eingangs beschrieben hängt der materielle Lebensstandard, der Besitz bestimmter Konsumgüter aber auch die Teilhabe an gebräuchlichen Praktiken des sozialen Lebens mit dem Einkommen zusammen. Längerfristiger Einkommensmangel schlägt sich in der Nichtleistbarkeit von vielen Dingen des „normalen“ Alltagslebens nieder.

Übersicht 45: Teilhabemängel nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung

	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004-2007			
	Gesamt	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft
	in %			
Insgesamt	100	100	100	100
Kann sich nicht leisten...				
Urlaub zu machen	21	14	34	61
jeden 2.Tag Fleisch, Fisch zu essen	7	4	13	23
neue Kleider zu kaufen	3	2	6	(12)
die Wohnung angemessen warm zu halten	2	1	(2)	(10)
unerwartete Ausgaben zu tätigen	26	18	45	71
notwendigen Arztbesuch	1	(1)	(1)	(4)
1x pro Monat Freunde od. Verwandte einzuladen	9	6	13	36
Ist mit Zahlungen im Rückstand	2	(0)	(4)	(12)
Kann sich nicht leisten...				
Telefon	3	2	5	(6)
Handy	1	(1)	(1)	(4)
PC	4	2	6	(18)
Internet	6	4	8	(20)
DVD	3	2	(5)	(4)
Geschirrspülmaschine	4	2	10	(10)
PKW	3	(1)	7	(18)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. - Lesebeispiel: Für 21% der Personen insgesamt trifft zu, dass sich ihr Haushalt keinen Urlaub leisten kann; für Personen in Haushalten, die zwischen 2004 und 2007 nie armutsgefährdet waren, trifft dies auf 14%, für Personen in zeitweilig armutsgefährdeten Haushalten zu 34% und für Personen in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten zu 61% zu. - Nie: keine Armutsgefährdung in den Jahren 2003 bis 2007. Zeitweilig: mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft. Dauerhaft: 2007 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

So können sich Personen in längerfristig von Armut bedrohten Haushalten in der Regel keinen Urlaub leisten (61%), bei den zeitweilig von Armut bedrohten Personen sind es 34%. Bei denen, die sich in den vergangenen vier Jahren nie unter der Armutsschwelle befunden haben, sind es dagegen 14%. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Nichtleistbarkeit von Fleisch oder Fisch an jedem zweiten Tag, beim Ersetzen abgetragener Kleidung, beim Heizen – dauerhafte Armutsgefährdung geht mit wesentlich höheren Deprivationsquoten einher als kurzfristige Armutslagen. Die angespannte finanzielle Lage in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten bedingt, dass unerwartete Ausgaben nicht bewältigt werden können (71%) und Zahlungsrückstände wesentlich häufiger auftreten als bei kurzfristig oder nicht Armutsgefährdeten. Auch im sozialen Bereich wird eine Benachteiligung sichtbar: Die Frage, ob sie wenigstens einmal im Monat Freunde oder Verwandte zu sich zum Essen einladen können, muss gut ein Drittel der dauerhaft Armutsgefährdeten verneinen.

Übersicht 46: Wohnbedingungen und Gesundheit nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung

	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2004-2007			
	Gesamt	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft
	in %			
Insgesamt	100	100	100	100
Rechtsverhältnis an der Wohnung				
Hauseigentum	51	55	45	23
Wohnungseigentum	10	11	6	(3)
Gemeindewohnung	6	5	5	(22)
Genossenschaftswohnung	12	12	12	15
Sonst. Haupt-/Untermiete	15	11	25	(22)
Mietfreie Wohnung/Haus	6	6	6	15
Wohnkostenbelastung				
Starke Belastung	11	7	21	31
Wohnkostenanteil >25%	18	11	33	67
Wohnprobleme				
Überbelag	7	4	13	18
Feuchtigkeit, Schimmel	9	6	13	20
Dunkle Räume	5	3	7	(13)
Lärm	20	18	23	24
Luft-, Umweltverschmutzung	7	7	7	(12)
Kriminalität, Vandalismus	15	16	14	(15)
Gesundheitsprobleme				
In schlechtem/sehr schlechtem Gesundheitszustand	6	5	9	(8)
Chronisch krank	19	18	17	25
Stark beeinträchtigt durch Behinderung	8	7	10	(11)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. - Lesebeispiel: Für 51% der Personen insgesamt trifft zu, dass der Haushalt ein Haus in Eigentum bewohnt; für Personen in Haushalten, die zwischen 2004 und 2007 nie armutsgefährdet waren, trifft dies auf 55%, für Personen in zeitweilig armutsgefährdeten Haushalten zu 45% und für Personen in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten zu 23% zu. - Nie: keine Armutsgefährdung in den Jahren 2003 bis 2007. Zeitweilig: mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft. Dauerhaft: 2007 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Wohnkosten werden in EU-SILC nicht vom verfügbaren Einkommen abgezogen. Umso wichtiger ist es, zumindest die subjektive Belastung des Haushaltsbudgets durch Wohnkosten zu berücksichtigen. Es ist ein sehr deutlicher Zusammenhang zwischen dem Rechtsverhältnis an der Wohnung, der subjektiven Wohnkostenbelastung und der Armutsgefährdung ersichtlich. Dauerhafte Armutsrisiken gehen sehr häufig mit

Mietverhältnissen einher. Nur knapp ein Viertel der dauerhaft Gefährdeten besitzt seine Wohnung oder sein Haus, während diejenigen, die in allen vier Jahren ein Einkommen über der Armutsschwelle hatten, eher Haus- oder Wohnungseigentum haben (61%). Bedenkt man also, dass dauerhaft armutsgefährdete Haushalte auch noch zu einem großen Teil relativ zu ihrem Einkommen von hohen Wohnkosten betroffen sind, verschärft sich das Bild von sozialer Benachteiligung. Zwei Drittel (67%) aller dauerhaft Armutsgefährdeten müssen mehr als ein Viertel ihres gesamten Haushaltseinkommens für das Wohnen aufwenden, 31% empfinden die Wohnkosten als starke Belastung. Bei den nie Armutsgefährdeten sind es nur 11% mit hohem Wohnkostenanteil bzw. 7% mit subjektiv hoher Belastung. Die nachteiligen Wohnverhältnisse von Menschen mit niedrigem Haushaltseinkommen setzen sich auch in Faktoren wie Überbelag oder feuchten Räumen fort.

Bei der Betrachtung des Gesundheitszustands ist immer das Alter mitzuberücksichtigen. Wie gezeigt ist bei älteren Menschen dauerhafte Armutsgefährdung häufiger anzutreffen, diese sind auch eher chronisch krank oder durch Behinderungen beeinträchtigt.

Wirft man abschließend einen Blick auf das subjektive Wohlbefinden, muss man feststellen, dass Armutsgefährdung vor allem in ihrer persistenten Form eine geringere Lebenszufriedenheit bedeutet. Im Mittel einer sechsstufigen Skala zu Zufriedenheit geben dauerhaft Armutsgefährdete mit 4,5 einen signifikant niedrigeren Wert als in der Gesamtbevölkerung an (5,1). Kein überraschendes Ergebnis zwar, aber ein Hinweis darauf, dass der hier vorgestellte und zum ersten Mal mit Daten aus EU-SILC berechnete Indikator dauerhafte Armutsgefährdung hohe Relevanz für die Erfassung von marginalisierten Lebensbedingungen hat.

5.3. Übertritte in und aus Armutsgefährdung

Im vorhergehenden Abschnitt konnte gezeigt werden, dass Armutsgefährdung kein statisches Phänomen ist, sondern je nach Lebenslage entweder zeitweilig auftritt oder dauerhaft ist. Der folgende Abschnitt analysiert nun die Dynamik von Armutsgefährdung zwischen 2006 und 2007, indem Veränderungen, die sich für eine Person bzw. einen Haushalt zwischen diesen beiden Jahren ergeben, dargestellt werden. Es handelt sich bei diesen Analysen um „echte“ Längsschnittbetrachtungen, bei denen individuelle Informationen für die zwei Erhebungsjahre verglichen werden.

Für die Analyse kommen nur jene Haushalte und Personen in Betracht, die in beiden Jahren tatsächlich in der Stichprobe vorhanden waren und erfolgreich befragt wurden. Ausgeschlossen werden dadurch Personen, die zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten geboren wurden, verstorben sind oder aus Österreich ausgewandert bzw. nach Österreich eingewandert sind.

Die hochgerechneten Ergebnisse beziehen sich somit nur auf Personen, die sowohl 2006 als auch 2007 in Österreich aufhältig waren („Längsschnittbevölkerung“). Dies sind mit 7,96 Millionen Personen um rund 250.000 Personen weniger als in der „Querschnittsbevölkerung“ von EU-SILC 2007.

Für die Analyse der Übertritte in und aus Armutsgefährdung im Jahr 2007 wird der Status von Personen in Haushalten im Jahr 2006 mit dem von 2007 verglichen. War ein Haushalt im Jahr 2006 nicht armutsgefährdet hat aber im Jahr 2007 ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, so spricht man von einem „Eintritt in Armutsgefährdung“. Gelingt es im Jahr 2007 eine 2006 bestehende Armutsgefährdung zu überwinden, so spricht man von einem „Austritt aus Armutsgefährdung“.

Von den 13% Armutsgefährdeten im Jahr 2006 kann bei 48% im Jahr 2007 ein Austritt aus der Armutsgefährdung beobachtet werden. Umgekehrt wurden von den 87% Nicht-Armutsgefährdeten aus dem Jahr 2006 6% im Jahr 2007 armutsgefährdet. Zusammen mit den 6%, die in beiden Jahren armutsgefährdet sind, ergibt dies 12% Armutsgefährdete im Jahr 2007.⁴¹

Vergleicht man den Prozentanteil der Eintritte bzw. Austritte für verschiedene Bevölkerungsgruppen in Relation zur Gesamtbevölkerung, so lassen sich Aussagen zum „relativen Eintrittsrisiko“ bzw. der „relativen Austrittschance“ treffen. Dafür wird der Übertrittsanteil der Gesamtbevölkerung mit dem Wert 100 festgelegt, und die Anteilswerte für Untergruppen relativ dazu angegeben. Liegt dieser Indexwert unter 100, treten bei der Untergruppe weniger Übertritte auf als im Bevölkerungsdurchschnitt, liegt er über 100, so sind mehr Übertritte zu verzeichnen.

Die Ein- und Austritte können allerdings nur bedingt miteinander verglichen werden. Dies hängt mit der unterschiedlichen Größe der Ausgangsbevölkerung zusammen. Die Chance, die Armutsgefährdung 2007 zu überwinden, berechnet sich an der Gesamtheit der Armutsgefährdeten 2006: In dieser Gruppe gelingt etwa der Hälfte ein Austritt aus Armutsgefährdung (dies entspricht 6% der Gesamtbevölkerung). Die Chance des Überwindens der Armutsgefährdung ist demnach relativ gesehen groß. Im Gegensatz dazu ist der Eintritt in Armutsgefährdung von 2006 auf 2007, gemessen an der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung 2006, ein relativ seltenes Ereignis, obwohl wiederum etwa 6% der Gesamtbevölkerung davon betroffen sind.

In Übersicht 47 wird das relative Risiko, in Armutsgefährdung zu geraten, dargestellt. Die ersten beiden Spalten geben Auskunft über jene, die 2006 nicht armutsgefährdet waren und es 2007 nicht werden. In der dritten und vierten Spalte wird der Anteil jener,

⁴¹ Tatsächlich gab es von 2006 auf 2007 einen Rückgang in der Armutsgefährdungsquote von 12,6 auf 12,0. Diese Veränderung ist bei einer 95%-Vertrauenswahrscheinlichkeit nicht signifikant.

die in Armutsgefährdung eintreten, und das relative Risiko des Eintritts in Relation zur Gesamtbevölkerung ausgewiesen.

Frauen haben ein leicht überdurchschnittliches, Männer ein leicht unterdurchschnittliches Eintrittsrisiko in die Armutsgefährdung. Nach Alter betrachtet haben insbesondere junge Leute bis 19 Jahre ein überdurchschnittliches Risiko, Personen zwischen 40 und 64 Jahre hingegen – unabhängig vom Geschlecht – ein unterdurchschnittliches Risiko, armutsgefährdet zu werden. Für Personen über 64 Jahre zeigt sich ein deutlicher Unterschied nach dem Geschlecht: Frauen diesen Alters haben ein um 29% höheres relatives Risiko, Männer ein um 29% geringeres relatives Risiko als die Gesamtbevölkerung eines Übertritts in Armutsgefährdung.

Nach der Staatsbürgerschaft betrachtet sieht man, dass relativ zur Gesamtbevölkerung in Österreich Personen aus Nicht-EU-/EFTA-Staaten mehr als doppelt so oft in Armutsgefährdung geraten. Für eingebürgerte Personen aus diesen Herkunftsländern ist ein eineinhalb Mal so hohes Risiko festzustellen.

Übersicht 47: Eintritte in Armutsgefährdung und relatives Eintrittsrisiko nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2007

	Nicht armutsgefährdet 2006			
	2007 Nicht armutsgefährdet		2007 Armutsgefährdet	
	in %	Index	in %	Index
Insgesamt	94	100	6	100
Männer				
Zusammen	95	101	5	88
Bis 19 Jahre	92	97	8	142
20 bis 39 Jahre	96	102	4	66
40 bis 64 Jahre	96	101	4	78
65 Jahre +	96	102	4	71
Frauen				
Zusammen	94	99	6	112
Bis 19 Jahre	91	97	9	156
20 bis 39 Jahre	93	99	7	120
40 bis 64 Jahre	96	101	4	75
65 Jahre +	93	98	7	129
Staatsbürgerschaft				
Österreich	95	101	5	91
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	91	97	9	157
Nicht Österreich	89	94	11	201
davon EU/EFTA	92	98	8	136
davon sonstiges Ausland	87	92	13	229

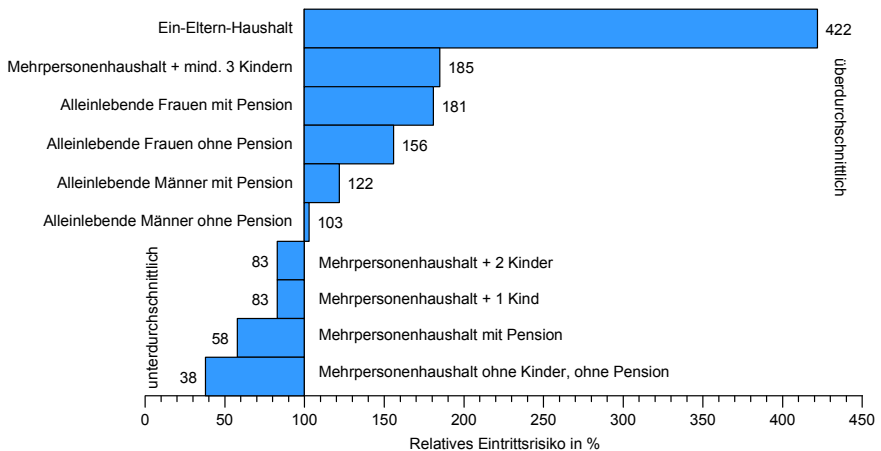
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2007.

Die folgende Grafik stellt das relative Eintrittsrisiko nach der Haushaltsform dar. Alle Personen in Mehrpersonenhaushalten, mit Ausnahme von Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern und Ein-Eltern-Haushalten, weisen ein geringeres relatives Risiko des Eintritts in Armutsgefährdung auf als die Gesamtbevölkerung. Bei Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder und ohne Pension als Haupteinkommensquelle ist das relative Risiko weniger als halb so groß wie für die Gesamtbevölkerung.

In Ein-Eltern-Haushalten ist das Risiko, von 2006 auf 2007 in Armutsgefährdung zu geraten, vier mal so hoch wie für den Bevölkerungsdurchschnitt. Die zweithöchste

Eintrittswahrscheinlichkeit haben Mehrpersonenhaushalte mit drei und mehr Kindern. Bei alleinlebenden Personen weisen Frauen ein höheres relatives Risiko auf als Männer. Haushalte mit Pension (und ohne Kinder) als Haupteinkommensquelle haben höhere Eintrittsrisiken als Haushalte mit einer anderen Haupteinkommensquelle.

Grafik 9: Relatives Eintrittsrisiko in Armutsgefährdung nach Haushaltsform 2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2007. - Personen in Haushalten.

Analog zum relativen Risiko, in Armutsgefährdung zu geraten, können auch die relativen Chancen des Austritts aus Armutsgefährdung dargestellt werden. Das heißt, dass Personen, die im Jahr 2006 von Armutsgefährdung betroffen waren, im darauf folgenden Jahr diese überwinden konnten. In Relation zur Gesamtbevölkerung werden wieder indiziert die relativen Austrittschancen berechnet.

Männer weisen im Vergleich zu Frauen eine etwas größere relative Chance auf, die Armutsgefährdung im Folgejahr zu verlassen. Im Vergleich der Altersgruppen haben jüngere Personen eine relative höhere Chance als Ältere, über die Armutsgefährdungsschwelle zu kommen. Die geringsten relativen Chancen weisen Personen über 64 Jahre

auf. Die größte Dynamik in Bezug auf Armutsgefährdung zeigt sich somit bei Kindern und Jugendlichen unter 19 Jahren, die sowohl ein überdurchschnittliches Eintrittsrisiko als auch höhere Austrittschancen aus Armutsgefährdung haben. Für Frauen ab 65 Jahren ist das Risiko, in Armutsgefährdung zu verbleiben, um 36% höher als für die Gesamtbevölkerung. Zusätzlich haben sie ein überdurchschnittliches Eintrittsrisiko. Das stimmt auch mit dem im vorhergehenden Abschnitt präsentierten Befund überein, dass Frauen im Pensionsalter häufiger von dauerhafter Armutsgefährdung betroffen sind.

Personen aus Nicht-EU-/EFTA-Staaten haben eine unterdurchschnittliche Chance der Überwindung der Armutsgefährdung, unabhängig davon, ob sie eingebürgert wurden oder nicht. Deutlich überdurchschnittlich ist die Wahrscheinlichkeit des Verlassens von Armutsgefährdung für Personen aus dem EU-/EFTA-Raum. Diese haben allerdings auch ein überdurchschnittliches Risiko, in Armutsgefährdung zu geraten. Bei dieser Personengruppe kann angenommen werden, dass Armutsgefährdung vor allem ein zeitlich vorübergehender Zustand ist - im Gegensatz zur Situation von Ausländern und Ausländerinnen aus dem Nicht-EU-/EFTA-Raum, die, auch wenn sie schon längere Zeit in Österreich sind oder die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben, ein erhöhtes Risiko haben in Armutsgefährdung zu verbleiben.

Übersicht 48: Austritt aus Armutsgefährdung und relative Austrittschance nach Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft 2007

	Armutsgefährdet 2006			
	2007 Armutsgefährdet		2007 Nicht armutsgefährdet	
	in %	Index	in %	Index
Insgesamt	52	100	48	100
Männer				
Zusammen	50	95	50	106
Bis 19 Jahre	47	91	53	110
20 bis 39 Jahre	40	76	60	127
40 bis 64 Jahre	54	104	46	96
65 Jahre +	62	118	38	80
Frauen				
Zusammen	54	104	46	96
Bis 19 Jahre	40	76	60	126
20 bis 39 Jahre	48	92	52	109
40 bis 64 Jahre	53	100	47	99
65 Jahre +	71	136	29	61
Staatsbürgerschaft				
Österreich	53	101	47	99
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	57	109	43	90
Nicht Österreich	51	97	49	103
davon EU/EFTA	35	67	65	136
davon sonstiges Ausland	56	107	44	93

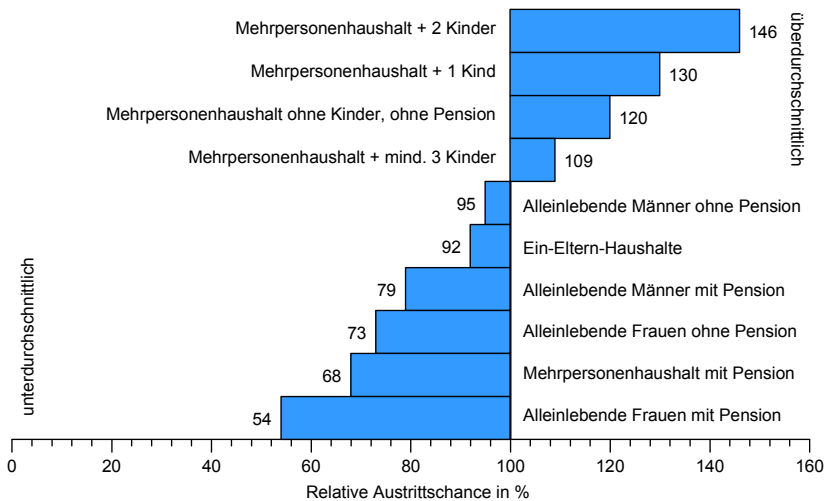
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2007.

In Grafik 10 wird die relative Austrittschance aus Armutsgefährdung nach Haushaltsform dargestellt. Unterdurchschnittlich häufig verbleiben Personen in Haushalten mit Pension als Haupteinkommensquelle und ohne Kinder, Ein-Eltern-Haushalte und alleinlebende Personen in Armutsgefährdung. Alleinlebende Personen und Ein-Eltern-Haushalte weisen somit ein höheres relatives Risiko auf, in Armutsgefährdung zu geraten, bei gleichzeitig unterdurchschnittlicher Chance, diese auch wieder zu verlassen. Dies trifft vor allem für Frauen zu. Eine höhere Chance, die 2006 aufgetretene Armutsgefährdung im darauffolgenden Jahr zu überwinden, haben Mehrpersonenhaushalte ohne Pension sowohl mit als auch ohne Kinder.

Etwas veränderlicher zeigt sich das Armutsrisiko für Haushalte mit drei und mehr Kindern: Die Armutsgefährdung ist für diese Gruppe immer überdurchschnittlich hoch⁴², scheint jedoch eher ein vorübergehender Zustand zu sein. Das überdurchschnittliche Risiko des Eintritts in Armutsgefährdung geht mit einer überdurchschnittlichen Chance einher, diese auch wieder zu verlassen.

Für Mehrpersonenhaushalte ohne Pension und ohne bzw. mit ein bis zwei Kindern verbindet sich ein unterdurchschnittliches Risiko, in Armutsgefährdung zu geraten, mit einer hohen Chance, diese im Folgejahr wieder zu überwinden.

Grafik 10: Relative Austrittschance aus Armutsgefährdung nach Haushaltsform 2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2007. - Personen in Haushalten.

42 Zuletzt 20%, vgl. dazu Kapitel 3.

6. VERSCHULDUNG, ÜBERSCHULDUNG UND FINANZIELLE AUSGRENZUNG⁴³

Im Rahmen von EU-SILC werden seit 2003 Basisinformationen zur Verschuldung österreichischer Privathaushalte erhoben. Die bisherigen Fragenprogramme fokussierten auf Zahlungsrückstände und laufende Kreditverbindlichkeiten für Wohnraum oder Konsum. Mittels umfangreicherer Daten aus dem EU-SILC-Sondermodul 2008 „Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung“ ist erstmals eine differenzierte Analyse zur Verschuldung österreichischer Haushalte auf Basis von Mikrodaten möglich.⁴⁴

Aufgrund der Mehrdimensionalität und Interdisziplinarität des Themas existiert eine Vielzahl von Definitionen für Ver- und Überschuldung. Für den folgenden Beitrag wird Verschuldung definiert, „wenn ein Haushalt Schulden hat“ (Streuli 2003, S. 294).

Ein Unterbegriff von Verschuldung ist Überschuldung, womit eine problematische Verschuldungssituation bezeichnet werden kann, die eine finanzielle Belastung eines Akteurs oder Haushalts bedeutet. Im Zentrum vorhandener Definitionen zur Überschuldung steht der Aspekt der Liquidität (vgl. Streuli 2003). Überschuldung meint dann, „daß der monatlich verbleibende freie Einkommensrest geringer ist als die zur Begleichung der monatlichen Verbindlichkeiten notwendige Summe“ (Backert 2001, S. 243). Eine Folge bzw. ein weiteres Merkmal der Überschuldung sind Zahlungsrückstände (vgl. European Commission 2008a).

Mittels des EU-SILC-Sondermoduls 2008 kann über die Erhebung von (i) Zahlungsrückständen eine objektivquantitative und mittels der Variablen zu den (ii) finanziellen Schwierigkeiten und zur finanziellen Belastung eine subjektive, d.h. der Perspektive des Individuums entsprechende, Operationalisierung von Überschuldung angewendet werden.

⁴³ Der Beitrag ist entnommen dem Artikel Angel, Stefan; Einböck, Marina; Heitzmann, Karin (alle Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien) und Till-Tentschert, Ursula (Statistik Austria) (2009). Verschuldung, Überschuldung finanzielle Ausgrenzung österreichischer Privathaushalte. Ergebnisse aus EU-SILC 2008. In: Statistische Nachrichten 12/2009, Wien.

⁴⁴ Weitere empirische Studien zur Privatverschuldung in Österreich auf Basis von Mikrodaten wurden u.a. von Böhm (1987), Schönbauer (1990), Brandner/Mooslechner (1992) und Beer/Schürz (2007) durchgeführt.

Die Angaben im Kapitel zu Verschuldung beziehen sich zunächst auf Personen bzw. Haushalte mit Kreditverbindlichkeiten. Gemäß den oben angeführten Konzepten von Verschuldung gelten jedoch auch Personen mit Zahlungsrückständen als verschuldet. Als „SchuldnerInnen“ werden deshalb darauffolgend erstens Personen bzw. Haushalte mit Kreditverbindlichkeiten und zweitens zusätzlich Personen bzw. Haushalte ohne Kreditverbindlichkeiten aber mit Zahlungsrückständen bezeichnet (siehe auch Erläuterungen und Definitionen).

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass mit EU-SILC die Bestandsgröße des Vermögens nicht erhoben wird, sondern nur die aus dem Vermögen erwachsenden Einkommen (Dividenden, Zinsen etc.). Aussagen über das Nettovermögen (Schulden – Vermögen) und damit über das Reservepotential der Haushalte, Schulden zu begleichen, sind dadurch de facto kaum möglich. Unter der Annahme, dass Haushalte ihren laufenden Schuldenstand mit dem laufenden Einkommen und Vermögen vergleichen, können die Fragen zur subjektiven Belastung durch Rückzahlungsverpflichtungen sowie zu finanziellen Schwierigkeiten jedoch zumindest als Proxy-Variablen für die Beurteilung dieses Reservepotentials herangezogen werden.

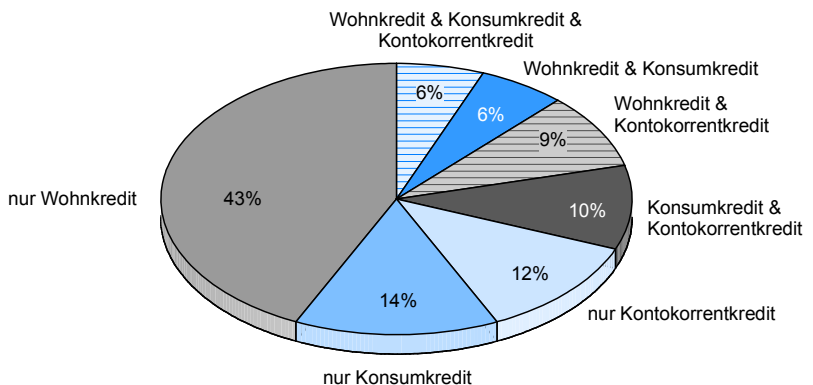
6.1. Verschuldung

Insgesamt waren im Jahr 2008 38% der Haushalte verschuldet, bzw. lebten 46% der Wohnbevölkerung in verschuldeten Haushalten. Verschuldung bezieht sich hierbei auf das Vorhandensein von entweder Kreditverbindlichkeiten für Wohnraum oder von sonstigen Rückzahlungsverpflichtungen („Konsum“). Werden auch jene Haushalte inkludiert, in denen zumindest ein Mitglied sein Konto überzogen hat, erhöht sich der Anteil der Personen in verschuldeten Haushalten auf 51%. Am häufigsten verbreitet sind Kreditschulden für Eigentum. 48% der Bewohnerinnen und Bewohner von eigenen Häusern bzw. Eigentumswohnungen (entspricht 30% der gesamten Wohnbevölkerung) leben in Haushalten mit laufenden Krediten für diesen Wohnraum. Insgesamt lässt

sich somit festhalten, dass die Hälfte der Personen mit Eigentum ihren Wohnraum derzeit mit Fremdkapital finanziert. Die zweithäufigste bzw. dritthäufigste Form der Verschuldung stellen Konsumkredite mit einem Anteil von 19% der Wohnbevölkerung und Kontokorrentkredite (Kontoüberziehung) mit einem Anteil von 18% dar. Auch für die Finanzierung (Schaffung/Sanierung) von Mietwohnungen mussten 11% der Mieterinnen und Mieter Kredite aufnehmen, was 4% der gesamten Wohnbevölkerung entspricht.

Innerhalb der Gruppe der Verschuldeten kann zwischen Haushalten mit unterschiedlichen Kombinationen von Kreditverbindlichkeiten differenziert werden. Eine Kombination mehrerer unterschiedlicher Kreditarten tritt bei insgesamt 31% der verschuldeten Haushalte auf, wobei 6% gleichzeitig sowohl Wohnkredite, Konsumkredite und Kontokorrentkredite aufweisen (Grafik 11).

Grafik 11: Kreditstruktur verschuldeter Haushalte



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Privathaushalte in Österreich.

Eine Aufschlüsselung der Verschuldungshäufigkeit für spezifische sozioökonomische und soziodemographische Gruppen liefert Hinweise für inhaltliche Zusammenhänge und bedingte Verschuldungswahrscheinlichkeiten. Die Verbreitung von Verschuldung bei bestimmten Gruppen spiegelt einerseits den Liquiditätsbedarf, aber andererseits auch den Zugang zu Kreditinstrumenten wider.

Übersicht 49 veranschaulicht, dass der Anteil von Personen in verschuldeten Haushalten mit dem Lebensalter abnimmt. Darüber hinaus ist auch der Anteil von Personen in verschuldeten Haushalten mit Pension deutlich geringer als in Haushalten ohne Pension. 52% bzw. 57% (inkl. Kontokorrentkredit) der 20- bis 39-Jährigen lebten 2008 in Haushalten mit Kreditverbindlichkeiten, während dies nur auf 15% der Personen im Alter von 65 und darüber zutrifft. Eine Diskrepanz zeigt sich vor allem bei den Krediten für Eigentum: Der Unterschied beim relativen Anteil von Personen in verschuldeten Haushalten an der Gesamtbevölkerung zwischen der jüngsten (jünger als 19 Jahre) und der ältesten Bevölkerungsgruppe (65 Jahre und älter) beträgt bei Kreditverbindlichkeiten für Eigentum 53 Prozentpunkte und bei Konsumkrediten 19 Prozentpunkte.

Personen in Haushalten mit Kindern und ohne Pension haben um ca. acht Prozentpunkte häufiger Kreditverbindlichkeiten als Haushalte ohne Kinder bzw. um 45 Prozentpunkte häufiger als Haushalte mit Pension. Ordnet man die Haushaltstypen jeweils nach der Häufigkeit von Krediten für Wohnraum und Konsum an, ergeben sich kaum Unterschiede in der Reihenfolge zwischen diesen beiden Kreditformen. Am wenigsten oft sind alleinlebende Frauen (28%), gefolgt von alleinlebenden Männern (38%) mit Schulden konfrontiert. Personen in Mehrpersonenhaushalten mit zwei Kindern sind am häufigsten verschuldet. Ein-Elternhaushalte weisen allerdings deutlich weniger oft Kreditverbindlichkeiten auf als Mehrpersonenhaushalte mit Kindern. Dies kann mit einem schlechteren Zugang zu Kreditdienstleistungen sowie mit geringeren finanziellen Möglichkeiten zur Kredittilgung zusammenhängen. Das zeigt sich auch darin, dass Ein-Elternhaushalte mit 27% am häufigsten ihr Konto überzogen haben.

Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft verzeichnen sowohl bei Krediten für Eigentum als auch bei Konsumkrediten größere relative Häufigkeiten als Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der Unterschied beträgt jeweils ca. zehn Prozentpunkte. Insgesamt leben Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft jedoch geringfügig häufiger in verschuldeten Haushalten (46%) als Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft (43%).⁴⁵

Für die niedrigen Einkommensgruppen mit 28% ist in Übersicht 49 eine geringere Verbreitung von Krediten (ohne Kontoüberziehung) ausgewiesen als für mittlere bzw. hohe Einkommensgruppen, von denen 48% bzw. 50% Kreditverbindlichkeiten aufgenommen haben. Andererseits kommt es bei den niedrigen Einkommensgruppen (bzw. Armutsgefährdeten) mit 23% häufiger zu Kontoüberziehungen als bei Personen aus der höchsten Einkommensgruppe (13%), deren Äquivalenzeinkommen bei mehr als 180% des Medians liegt. Es kann angenommen werden, dass Haushalte bzw.

⁴⁵ Dies ist dadurch erklärbar, dass Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft häufiger sowohl für Konsum als auch für Eigentum verschuldet sind und dadurch weniger Personen in die Zählung der Gesamtzahl eingehen.

Personen mit niedrigen Einkommen weniger stark mit zukünftigen Mehreinkünften rechnen und deshalb weniger häufig zur Kreditverschuldung neigen. Zweitens spiegelt die geringere Häufigkeit bei den niedrigen Einkommensgruppen möglicherweise Restriktionen bei der Vergabe von Krediten wider. Eine Aufschlüsselung nach den Kreditformen zeigt, dass die Differenzen zwischen den Einkommensgruppen vor allem bei den Wohnraumverbindlichkeiten auftreten, wohingegen die Unterschiede bei den Konsumkrediten gering ausfallen. Eine häufigere Verschuldung bei den hohen Einkommensgruppen kann somit auch auf eine größere Anzahl von Wohn- und Hauseigentum in dieser Gruppe zurückzuführen sein. Verschuldung kommt bei Personen, die von einem Teilhabemangel betroffen sind, mehr als doppelt so häufig vor (57%) wie bei Personen mit Einkommensmangel (23%). Betrachtet man ausschließlich die Konsumkreditverbindlichkeiten, so sind Personen mit Teilhabemangel dreimal so oft verschuldet wie Personen mit Einkommensmangel.

Übersicht 50: Kreditverbindlichkeiten nach Einkommensgruppen und Lebenslagen

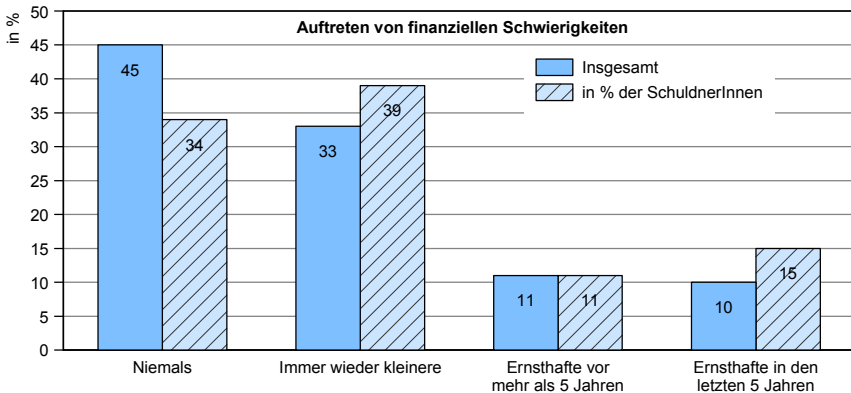
Sozioökonomische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Personen in Haushalten mit ...											
		Kredit		Kredit (inkl. Konto- überziehung)		Kredit für Eigentum ¹⁾		Kredit für Mietwoh- nung ²⁾		Konsumkredit		Konto überzo- gen ³⁾	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.242	3.778	46	4.197	51	2.483	48	325	11	1.552	19	1.509	18
Einkommensgruppen⁴⁾													
Niedrig (= armutsgefährdet)	1.018	289	28	412	40	122	27	30	5	163	16	239	23
Mittel	6.474	3.116	48	3.397	52	2.085	50	277	12	1.252	19	1.172	18
Hoch	749	373	50	387	52	276	50	18	9	137	18	98	13
Lebenslagen													
Kein Mangel	6.076	2.834	47	3.024	50	2.042	48	217	12	998	16	772	13
Einkommensmangel	529	124	23	177	34	69	24	17	7	50	10	91	17
Teilhabemangel	1.147	655	57	760	66	320	60	78	13	391	34	498	43
Manifeste Armut	489	165	34	235	48	53	31	13	4	113	23	148	30

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - 1) prozentuiert nur auf EigentümerInnen Wohnung und Haus. - 2) prozentuiert nur auf MieterInnen. - 3) Kontokorrentkredit. - 4) Äquivalenzeinkommen: niedrig:<60% Median, mittel:>=60%-180% des Medians, hoch: >180% des Medians.

6.2. Finanzielle Schwierigkeiten

Die Daten von EU-SILC 2008 zeigen, dass in Österreich 2008 55% der Bevölkerung in Privathaushalten lebten, die in der Vergangenheit ernsthafte oder immer wieder kleinere finanzielle Schwierigkeiten hatten. Dabei existieren beträchtliche Unterschiede zwischen sozioökonomischen Gruppen. 71% der Personen mit hohem Einkommen (>180% des medianen Äquivalenzeinkommens) waren noch niemals mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert, während dies bei niedrigen Einkommensgruppen nur auf jeden vierten Haushalt zutrifft. Ebenso hatten 19% der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians, das heißt einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle in den letzten fünf Jahren⁴⁶ „ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten“, während dies nur bei 5% der Personen mit hohem Einkommen der Fall war. 24% der Ein-Elternhaushalte gegenüber 13% der Mehrpersonenhaushalte mit einem Kind berichteten von ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten im selben Zeitraum.

Grafik 12: Finanzielle Schwierigkeiten



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten mit finanziellen Schwierigkeiten.

⁴⁶ Fünf Jahre vor dem Befragungszeitpunkt 2008.

Wenn Verschuldung und finanzielle Schwierigkeiten gleichzeitig auftreten, kann dies ein Ausdruck von Liquiditätsproblemen sein und in eine problematische Verschuldungslage führen. Bleibt dieser Zustand längere Zeit aufrecht, wird die Verfestigung einer Überschuldungslage begünstigt. 15% (642.000 Personen) bzw. 11% hatten in den letzten fünf Jahren zumindest einmal oder vor mehr als fünf Jahren ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten (Grafik 12). Knapp 40% standen immer wieder kleineren Problemen gegenüber. 34% aller Schuldner und Schuldnerinnen waren niemals mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert. Bei einer disaggregierten Betrachtung einzelner Schuldnergruppen zeigt sich, dass 29% der Personen in verschuldeten Ein-Eltern-Haushalten in den letzten fünf Jahren ernsthafte Schwierigkeiten hatten, gefolgt von verschuldeten alleinstehenden Männern ohne Pension (26%). Am seltensten traf dies auf verschuldete Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (14%) sowie auf Mehrpersonenhaushalte mit zwei oder mehr Kindern zu (13%). Bei Berücksichtigung der Einkommenshöhe zeigt sich ein starker Zusammenhang mit dem Auftreten von finanziellen Schwierigkeiten. 63% der Personen aus der hohen Einkommensgruppe leben in verschuldeten Haushalten, die niemals mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert waren, während dies nur auf 11% der Personen in der niedrigen Einkommensgruppe zutrifft.

Zur Bewältigung finanzieller Schwierigkeiten im Falle von Verschuldung können die betroffenen Haushalte unterschiedliche Strategien verfolgen und informelle/private sowie formelle/öffentliche Hilfsquellen heranziehen. Wird der Zugang zu bzw. die Nutzung von entsprechenden Unterstützungsangeboten differenziert betrachtet, gewinnt die Thematik auch an sozialpolitischer Relevanz. Übersicht 51 bezieht sich auf Personen in verschuldeten Haushalten mit immer wieder kleineren oder in der Vergangenheit ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten. 41% der Schuldnerinnen und Schuldner haben mindestens einmal beim Auftreten von finanziellen Schwierigkeiten Geld von Freundinnen, Freunden oder Verwandten erhalten (geliehen oder geschenkt). Umschuldungen oder sonstige Vereinbarungen mit Geldinstituten wurden von 42% der Verschuldeten versucht. Weitaus seltener suchten verschuldete Personen mit finan-

ziellen Schwierigkeiten schon einmal eine Beratungsstelle (z. B. Schuldnerberatung) auf (7%). Letzteres Angebot wurde bzw. wird vor allem in Wien (14% der Verschuldeten mit finanziellen Schwierigkeiten im Vergleich zu 4% in Regionen mit weniger als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern) in Anspruch genommen. Verschuldete Personen aus der niedrigsten Einkommensgruppe suchen im Falle finanzieller Schwierigkeiten weitaus häufiger im Freundes- oder Verwandtenkreis um finanzielle Unterstützung (52%) als Personen aus der höchsten Einkommensgruppe (35%). Ein ähnliches Muster zeigt sich auch bei der Inanspruchnahme von Beratungsstellen, wobei die Differenzen zwischen den Einkommensgruppen hier geringer ausfallen. Finanzielle Schwierigkeiten mithilfe eines Geldinstitutes zu regeln, wird von den ausgewiesenen Einkommensgruppen allerdings im gleichen Ausmaß versucht. 48% der verschuldeten Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft wenden sich bei finanziellen Schwierigkeiten an Freunde oder Verwandte, wohingegen dies auf 40% der verschuldeten Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft zutrifft.

Übersicht 51: Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten von Schuldern und Schuldnerinnen

Soziodemographische und ökonomische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Verschuldeter Haushalt hat schon mind. 1x wegen finanzieller Probleme...							
		Geld im Freundes-/Verwandtenkreis geliehen		Vereinbarung mit Bank versucht		Beratungsstelle aufgesucht		Nichts davon trifft zu	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	2.803	1.160	41	1.178	42	200	7	963	34
Einwohnerzahl in der Region									
Wien	539	293	54	246	46	74	14	135	25
>100.000	264	162	61	75	29	27	10	66	25
>10.000	446	180	40	222	50	35	8	142	32
<=10.000	1.554	525	34	635	41	64	4	620	40
Staatsbürgerschaft									
Österreich	2.417	976	40	1.015	42	166	7	855	35
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	117	63	54	69	59	21	18	24	21
Nicht Österreich	386	184	48	163	42	34	9	108	28
davon EU/EFTA	95	54	56	38	40	(8)	(9)	27	29
davon sonstiges Ausland	291	131	45	125	43	26	9	80	28
Haushaltstyp									
Haushalt ohne Pension	2.599	1.093	42	1.094	42	191	7	886	34
Alleinlebende Männer	135	74	55	70	52	(14)	(11)	28	21
Alleinlebende Frauen	74	37	51	23	31	(7)	(9)	23	31
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	652	232	36	317	49	39	6	222	34
Haushalt mit Kindern	1.737	750	43	684	39	130	7	613	35
Ein-Eltern-Haushalt	154	100	65	65	42	15	10	38	24
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	591	234	40	237	40	33	6	225	38
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	621	260	42	239	39	49	8	222	36
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	371	156	42	143	39	33	9	128	35
Einkommensgruppen¹⁾									
Niedrig (= armutsgefährdet)	384	198	52	154	40	74	19	106	28
Mittel	2.277	912	40	965	42	119	5	799	35
Hoch	143	49	35	59	41	(7)	(5)	58	41

Q. STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten mit finanziellen Schwierigkeiten. SchuldnerIn: zumindest 1 Kredit für Haus, Wohnung, sonstiges oder aktuell Rückstände bei fälligen Zahlungen oder Konto überzogen. - 1) Äquivalenzeinkommen: niedrig: <60% Median; mittel: >=60%-180% des Medians; hoch: >180% des Medians. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Bezogen auf den Haushaltstyp ergeben sich die größten Gruppenunterschiede bei der Möglichkeit, sich Geld im Freundes- oder Verwandtenkreis auszuborgen. Dies stellt vor allem für verschuldete Ein-Eltern-Haushalte eine verbreitete Strategie im Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten dar und wird doppelt so häufig genutzt wie von verschuldeten Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder. Von den betrachteten Haushaltstypen nehmen verschuldete Ein-Eltern-Haushalte auch am häufigsten das Hilfsangebot von Beratungsstellen in Anspruch.

6.3. Überschuldung

Überschuldung, als problematische Verschuldungssituation kann – wie oben erläutert – unter anderem über Variablen zu Zahlungsrückständen operationalisiert werden. 9% der österreichischen Bevölkerung lebten in Haushalten, die zum Zeitpunkt der Befragung und/oder während der davorliegenden zwölf Monate zumindest einmal Zahlungsrückstände aufwiesen (Übersicht 52). 6% waren mit nur einer Zahlung in Verzug, 3% mit mindestens zwei Zahlungen. Die meisten der erfassten Personen wiesen Zahlungsrückstände für laufende Wohnkosten aus (447.000 oder 5%). Immerhin 112.000 Personen konnten Zahlungen für die Wohnraumbeschaffung nicht mehr leisten, bei 456.000 Personen sind sonstige Rechnungen oder Kredite offen.

Übersicht 52: Überschuldung durch Zahlungsrückstände (aktuell oder in den letzten 12 Monaten)

Soziodemographische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Haushalt mit Zahlungs- rückständen im Rückstand ¹⁾		Darunter								mit 2 und mehr Zahlungen			
		in 1.000	in %	für Wohnkredit		bei laufenden Wohnkosten		bei sonstigen Rechnungen und Krediten		mit 1 Zahlung		in 1.000		in %	
				in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
				9	112	1	447	5	456	6	500	6	249	3	3
Insgesamt	8.242	748	9	112	1	447	5	456	6	500	6	249	3	3	
Alter															
Bis 19 Jahre	1.816	206	11	34	2	129	7	127	7	129	7	77	4	4	
20 bis 39 Jahre	2.153	253	12	30	1	146	7	156	7	178	8	75	3	3	
40 bis 64 Jahre	2.897	256	9	42	1	152	5	157	5	167	6	88	3	3	
65 Jahre und älter	1.376	33	2	(6)	(0)	20	1	15	1	26	2	(8)	(1)	(1)	
Staatsbürgerschaft															
Österreich	7.367	581	8	107	1	332	5	359	5	382	5	199	3	3	
Nicht Österreich	874	168	19	(5)	(1)	116	13	97	11	118	13	50	6	6	
davon EU/EFTA	270	35	13	(3)	(1)	26	10	17	6	24	9	(11)	(4)	(4)	
davon sonstiges Ausland	604	133	22	(1)	(0)	90	15	81	13	93	15	39	7	7	
Haushaltstyp															
Haushalt mit Pension	1.640	43	3	(9)	(1)	27	2	18	1	32	2	(10)	(1)	(1)	
Haushalt ohne Pension	6.602	706	11	102	2	420	6	438	7	467	7	238	4	4	
darunter Haushalt mit Kindern	3.927	417	11	76	2	261	7	253	6	258	7	159	4	4	
Ein-Eltern-Haushalt	320	70	22	9	3	46	14	39	12	48	15	22	7	7	
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	121	9	30	2	66	5	78	6	70	5	50	4	4	
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	128	9	28	2	79	5	77	5	78	5	50	3	3	
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	98	13	9	1	69	9	58	8	62	8	36	5	5	

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. -1) Ist aktuell oder war in den letzten 12 Monaten mit Zahlungen im Rückstand. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zeile weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen < 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Mit Blick auf die Staatsbürgerschaft zeigt sich ein im Vergleich zu Österreicherinnen und Österreichern (8%) knapp dreimal so hohes Überschuldungsrisiko von Drittstaatsangehörigen (22%). Etliche von ihnen können Zahlungen für laufende Wohnkosten (15%) bzw. für sonstige Rechnungen oder Kredite (13%) nicht vornehmen. Zudem sind sie – im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung – mehr als doppelt so häufig mit mindestens zwei Zahlungen im Verzug.

Das Verschuldungsrisiko variiert stark mit dem sozioökonomischen Status. So geht ein höherer Bildungsabschluss mit einer geringeren Überschuldungswahrscheinlichkeit einher: 12% aller Personen mit Pflichtschulabschluss, die mit Zahlungen im Verzug waren, stehen 4% mit Universitätsabschluss gegenüber. Bei voller Erwerbstätigkeit aller Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) beträgt die Überschuldungsquote 8%, bei teilweiser Erwerbstätigkeit bereits 11%. Ist keiner der Erwachsenen erwerbstätig, beläuft sich das Überschuldungsrisiko auf 17%. Besonders drastisch ist die Situation für Haushalte, deren Haupteinkommensquelle aus Sozialtransfers (ohne Pensionen) besteht: 28% der Personen in einem derartigen Haushalt sind überschuldet. Zusätzlich zeigt sich, dass bei 10% der Personen der Haushalt mit zumindest zwei Zahlungen im Rückstand war (im Vergleich zu 3% in der Gesamtbevölkerung). Der überproportional hohe Anteil an Zahlungsrückständen für laufende Wohnkosten (19%) und für sonstige Zahlungen und Kredite (18%) unterstreicht die prekäre Lage dieser Personengruppe.

Waren 4% der Personen mit sehr hohem Einkommen zum Befragungszeitpunkt und/oder den vorhergehenden zwölf Monaten mit Zahlungen im Rückstand, so war das entsprechende Risiko bei armutsgefährdeten Personengruppen mit 20% fünfmal so hoch. Diese Gruppe ist auch mehr als doppelt so häufig wie der Durchschnitt mit mindestens zwei Zahlungen in Verzug. Bei länger andauernden Einkommensverhältnissen unter der Armutsgefährdungsschwelle kann es auch zu einer Verfestigung der Armutslage kommen. Von manifester Armut wird gesprochen, wenn zusätzlich zu einem niedrigen Einkommen Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen auftreten,

wenn z.B. Heizen oder dringende Ausgaben nicht mehr leistbar sind. Unter den Armutsgefährdeten weisen manifest arme Personen mit 39% ein noch einmal verdoppeltes Überschuldungsrisiko auf. Bemerkenswert ist zudem der hohe Anteil von manifest armen Personen, die mit Zahlungen für die Wohnraumbeschaffung im Rückstand sind (3%). Dabei handelt es sich um eine äußerst heikle Form der Überschuldung, die nicht zuletzt zum Verlust der Wohnung und zur Delogierung führen könnte. Bedenklich ist zudem, dass immerhin 15% der manifest armen Personen mit mindestens zwei Zahlungen im Rückstand waren (ein fünfmal höherer Anteil als in der Bevölkerung insgesamt).

Während eine gruppenspezifische Analyse der Verbreitung von Zahlungsrückständen einen Hinweis auf die Verteilung des Überschuldungsproblems in der österreichischen Bevölkerung gibt, kann die relative Höhe der Überschuldung einen Hinweis auf die Intensität des Problems geben. Im Rahmen der EU-SILC-Befragung gaben Haushalte Auskunft über die Höhe ihrer aktuellen Zahlungsrückstände sowie über die Höhe eines eventuell überzogenen Kontos.

5% oder 380.000 Personen leben in Haushalten, in denen zum Befragungszeitpunkt Zahlungsrückstände vorlagen (Übersicht 54). Der mittlere Anteil (Median) des aktuellen Zahlungsrückstandes belief sich dabei auf 65% des gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommens. Mit anderen Worten: Bei der Hälfte der überschuldeten Privathaushalte machten die Zahlungsrückstände mehr als 65% ihres laufenden Einkommens aus, bei der anderen Hälfte weniger.

Übersicht 53: Überschuldung durch Zahlungsrückstände (aktuell oder in den letzten 12 Monaten) nach sozioökonomischem Status

Sozioökonomische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000		Haushalt mit Zahlungen im Rückstand ¹⁾		Darunter						mit 2 und mehr Zahlungen		
					für Wohnkredit		bei laufenden Wohn- kosten		bei sonstigen Rechnungen und Krediten				mit 1 Zahlung
	in	in %	in	in %	in	in %	in	in %	in	in %	in	in %	
	1.000		1.000		1.000		1.000		1.000		1.000		
Höchster Bildungsabschluss													
Max. Pflichtschule	1.657	12	26	2	122	7	117	7	127	8	65	4	
Lehre/mittlere Schule	3.308	270	8	41	1	157	5	165	5	182	5	89	3
Matura	1.228	101	8	14	1	53	4	61	5	77	6	24	2
Universität	679	26	4	(9)	(1)	(11)	(2)	14	2	18	3	(7)	(1)
Erwerbsintensität des Haushalts													
Keine Person im erwerbsfähigen Alter im HH	1.014	20	(5)	(0)	13	1	(8)	(1)	15	1	(5)	(1)	
Keine Erwerbstätigkeit	772	129	17	10	1	98	13	70	9	81	10	48	6
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	332	11	61	2	197	7	205	7	214	7	118	4
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	267	8	36	1	140	4	173	5	190	6	77	2
Haupteinkommensquelle des Haushalts													
Unselbständige Arbeit	5.131	426	8	71	1	241	5	264	5	288	6	139	3
Selbständige Arbeit	606	84	14	20	3	48	8	50	8	55	9	29	5
Sozialleistungen	641	179	28	10	2	120	19	118	18	112	18	67	10
Pensionen	1.754	52	3	(11)	(1)	33	2	21	1	40	2	(12)	(1)
Private Einkommen	109	(6)	(6)	(0)	(0)	(5)	(5)	(3)	(3)	(5)	(4)	(2)	(2)
Einkommensgruppen²⁾													
Niedrig (= armutsgefährdet)	1.018	204	20	19	2	145	14	119	12	126	12	78	8
darunter manifeste Armut	489	193	39	16	3	140	29	113	23	117	24	76	15
Mittel	6.474	517	8	90	1	290	4	318	5	354	5	164	3
Hoch	749	27	4	(3)	(0)	(12)	(2)	19	3	20	3	(7)	(1)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - Bildung: nur Personen ab 16 Jahren. - 1) Ist aktuell oder war in den letzten 12 Monaten mit Zahlungen im Rückstand. - 2) Äquivalenzeinkommen: niedrig: <60%; Median: mittel: >=60%-180% des Medians; hoch: >180% des Medians. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Im Hinblick auf die soziodemographische Zusammensetzung jener Gruppen, die – im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung – einen höheren Überschuldungsgrad aufwiesen, ergeben sich überraschende Erkenntnisse: So sind zum Teil jene Gruppen, die eine überproportional hohe Überschuldungswahrscheinlichkeit haben, in geringerem Ausmaß überschuldet als Personen, deren Überschuldungsrisiko geringer ist. Beispielsweise entspricht der mittlere Anteil des aktuellen Zahlungsrückstandes am Haushaltseinkommen bei jungen Personen dem Durchschnitt (64% bei den bis 19-Jährigen) bzw. ist er sogar unterdurchschnittlich (53% bei den 20- bis 39-Jährigen). Personen, die in Haushalten mit hauptsächlich Pensionseinkommen haben mit 1% am seltensten Rückstände, das Überschuldungsausmaß ist aber deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung. Auch bei spezifischen Familienformen zeigen überproportional überschuldete Haushalte, wie Ein-Eltern-Haushalte, unterdurchschnittliche Werte im Hinblick auf die (mittlere) Überschuldungshöhe, wohingegen Familien mit zwei Kindern Zahlungsrückstände aufwiesen, die ihr Haushaltseinkommen um das Dreifache überstiegen. Auch im Hinblick auf die Staatsbürgerschaft zeigt sich, dass das Ausmaß der Überschuldung von Drittstaatsangehörigen (48%) doch deutlich geringer als jenes von Österreicherinnen und Österreichern ist (67%). Ebenso sind Personen mit maximal Pflichtschulabschluss mit einem Überschuldungsgrad von 58%, gemessen am gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen, unterdurchschnittlich belastet.

Übersicht 54: Anteil der aktuellen Zahlungsrückstände am aktuellen monatlichen Haushaltseinkommen

Soziodemographische und - ökonomische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Haushalt ist aktuell mit Zahlungen im Rückstand		Haushalt hat Konto überzogen		Anteil der Rück- stände am Haushalts- einkommen in %	Anteil neg. Kontostand am Haushalts- einkommen in %
		in 1.000	in %	in 1.000	in %		
Insgesamt	8.242	380	5	1.509	18	65	51
Alter							
Bis 19 Jahre	1.816	110	6	450	25	64	50
20 bis 39 Jahre	2.153	127	6	464	22	53	53
40 bis 64 Jahre	2.897	133	5	513	18	92	55
65 Jahre und älter	1.376	(10)	(1)	82	6	.	.
Staatsbürgerschaft							
Österreich	7.367	272	4	1.268	17	67	52
Nicht Österreich	874	109	12	241	28	56	50
Davon EU/EFTA	270	(13)	(5)	57	21	.	.
Davon sonstiges Ausland	604	96	16	185	31	48	50
Haushaltstyp							
Haushalt mit Pension	1.640	14	1	93	6	(120)	(41)
Haushalt ohne Pension	6.602	366	6	1.416	21	65	53
darunter Haushalt mit Kindern	3.927	224	6	928	24	65	50
Ein-Eltern-Haushalt	320	29	9	87	27	68	85
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	61	5	316	23	47	41
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	68	5	320	21	304	47
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	66	9	205	27	65	55
Erwerbsintensität des Haushalts							
Keine Person im erwerbsfähigen Alter im HH	1.014	(7)	(1)	55	5	.	.
Keine Erwerbstätigkeit	772	78	10	110	14	100	57
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	162	5	665	22	65	57
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	134	4	680	20	38	48
Einkommensgruppen							
Niedrig (= armutsgefährdet)	1.018	126	12	239	23	100	63
Davon Manifeste Armut	489	124	25	148	30	100	80
Mittel	6.474	246	4	1.172	18	45	50
Hoch	749	(8)	(1)	98	13	.	.

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Personen in Haushalten. - Als Anteil der Zahlungsrückstände wird der mittlere Anteil (Median) ausgewiesen. - Erwerbsintensität: Anteil erwerbstätiger Monate an maximal möglichen Erwerbsmonaten aller Personen im Erwerbsalter im Haushalt im Jahr 2007. Teilzeit erwerbstätige Monate werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Volle Erwerbstätigkeit: Mehr als 75%. Teilweise: bis zu 75%. Keine: null Erwerbsmonate im Haushalt. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen < 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Im Hinblick auf sozioökonomische Merkmale gibt es zwischen den überproportionalen Überschuldungsrisiken und der Überschuldungshöhe allerdings sehr wohl einen Zusammenhang. Das zeigt sich etwa im Hinblick auf die Erwerbsintensität. Bei voller Erwerbstätigkeit aller Personen im erwerbsfähigen Alter beträgt der mittlere Anteil des aktuellen Zahlungsrückstands am gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen lediglich 38%, bei keiner Erwerbstätigkeit entspricht er dem laufenden Einkommen. Auch armutsgefährdete Personen in Privathaushalten weisen ein überproportional hohes Überschuldungsausmaß auf, das sich in der Höhe ihres aktuellen Haushaltseinkommens bewegt.

18% oder 1,5 Millionen Menschen lebten in Privathaushalten, in denen zumindest ein Haushaltsmitglied sein Konto überzogen hatte. Der mittlere Anteil des Kontoüberzugs, wieder gemessen am verfügbaren gesamten monatlichen Haushaltseinkommen, betrug 51%. In der Regel knüpfen Banken bzw. Finanzdienstleister sowohl die Möglichkeit zur Kontoüberziehung als auch ihre maximale Höhe an das Einkommenspotenzial ihrer Kundinnen und Kunden: Insofern ist der potenziellen Höhe des Kontoüberzugs eine Grenze gesetzt. Dessen ungeachtet gibt es einige Bevölkerungsgruppen, bei denen der mittlere Anteil des Kontoüberzugs doch deutlich höher als im Durchschnitt ist. Auffallend ist dies insbesondere bei Personen in Ein-Eltern-Haushalten (85%).

6.4. Finanzielle Exklusion

Finanzielle Exklusion bedeutet, keinen oder nur erschwerten Zugang zu wesentlichen Finanzdienstleistungen in einer Gesellschaft zu haben. Als Teilbereich der sozialen Ausgrenzung sind davon Personen bzw. Personengruppen betroffen, die durch die Exklusion von finanziellen Produkten und Dienstleistungen nur erschwert ein normales, d. h. dem durchschnittlichen Lebensstandard eines Landes entsprechendes Leben führen können (vgl. European Commission 2008b, S. 9). Der Zugang zu einem Basis-konto ist zentral, um Überweisungen tätigen und Zahlungsdienste in Anspruch nehmen

zu können. Finanzielle Ausgrenzung ist besonders hier zu beobachten: Kein Konto zu besitzen erschwert es, Gehalt oder andere Einkünfte zu empfangen. Personen ohne Konten sind außerdem Benachteiligungen im täglichen Leben ausgesetzt. So können regelmäßige Zahlungen wie Miete, Heizung, Internet, Fernsehen oder Versicherungen nicht per Überweisung über das Konto erfolgen. Zusätzlich sind diese Personen auch einem höheren Kosten- und Zeitaufwand ausgesetzt: Jede einzelne ihrer Zahlungsverpflichtungen muss per Zahlschein eingezahlt bzw. bar ausbezahlt werden. Auch für den Zugang zu formellen Sparmöglichkeiten ist ein Konto relevant. Keinen Zugang zu einem Konto zu haben, erschwert somit Geld für geplante Ausgaben zu sparen.

Jede 55. Person in Österreich (2% der Bevölkerung in Privathaushalten) lebt in einem Haushalt ohne Konto (Übersicht 55). Am häufigsten davon betroffen sind Armutsgefährdete (6%) und Personen in der Altersgruppe 65+ (5%). So besitzen 59.000 Personen aus der niedrigen Einkommensgruppe (i.e. armutsgefährdete Personen) und 30.000 alleinlebende Frauen mit Pension kein Konto (7%). Ein nicht vorhandenes Konto tritt häufiger bei Personen in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit (5%) auf als bei Personen, in deren Haushalt zumindest teilweise Erwerbstätigkeit (1%) gegeben ist. Gerade armutsgefährdete Personengruppen sind jene, die am häufigsten kein Konto besitzen: Unter den manifest Armen, also jenen Personen, die sowohl einem niedrigen Einkommen als auch einem niedrigen Lebensstandard ausgesetzt sind, gaben 8% an, kein Konto zu besitzen.

Übersicht 55: Finanzielle Exklusion

Soziodemographische und -ökonomische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Kein Konto im Haushalt		Keine Haushalts- versicherung		Keine Kreditkarte im Haushalt	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.242	150	2	461	6	3.882	47
Alter							
Bis 19 Jahre	1.816	24	1	126	7	844	46
20 bis 39 Jahre	2.153	25	1	133	6	938	44
40 bis 64 Jahre	2.897	36	1	159	5	1.225	42
65 Jahre und älter	1.376	64	5	43	3	875	64
Staatsbürgerschaft							
Österreich	7.367	133	2	273	4	3.382	46
Davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	(6)	(2)	61	23	173	66
Nicht Österreich	874	17	2	188	21	500	57
Davon EU/EFTA	270	(5)	(2)	19	7	98	36
Davon sonstiges Ausland	604	13	2	169	28	402	67
Haushaltstyp							
Haushalt mit Pension	1.640	71	4	59	4	998	61
Alleinlebende Männer	128	(6)	(5)	(11)	(9)	87	68
Alleinlebende Frauen	415	30	7	28	7	325	78
Mehrpersonenhaushalt	1.096	34	3	20	2	586	53
Haushalt ohne Pension	6.602	79	1	402	6	2.884	44
Alleinlebende Männer	412	(14)	(3)	35	9	206	50
Alleinlebende Frauen	305	(4)	(1)	22	7	145	48
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	(15)	(1)	84	4	813	42
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)	3.927	46	1	260	7	1.719	44
Ein-Eltern-Haushalt	320	(6)	(2)	40	13	204	64
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	(13)	(1)	74	5	561	42
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	12	1	63	4	605	40
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	15	2	83	11	350	46
Einkommensgruppen							
Niedrig (= armutsgefährdet)	1.018	59	6	215	21	723	71
Mittel	6.474	91	1	245	4	3.039	47
Hoch	749	(0)	(0)	(1)	(0)	120	16
Armutslagen							
Kein Mangel	6.076	65	1	109	2	2.410	40
Einkommensmangel	529	19	4	62	12	342	65
Teilhabemangel	1.147	26	2	137	12	749	65
Manifeste Armut	489	39	8	153	31	381	78

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. - Haushaltsmerkmal, Personen in Haushalten. Keine Haushaltsversicherung aus finanziellen Gründen. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammt.

Als zweiter Indikator zur finanziellen Ausgrenzung in Österreich wurde im Rahmen der EU-SILC-Befragung als wesentliche Finanzdienstleistung die „Nicht-Leistbarkeit“ einer Haushaltsversicherung gewählt. Eine Haushaltsversicherung schützt gegen das Risiko des Verlustes von materiellen Gütern in der Wohnung bzw. im Haus durch Feuer, Sturm, Einbruch, Wasserschäden etc. Oftmals ist auch eine Haftschutzversicherung integriert, die gegen Schäden, die man anderen Personen zufügt, versichert. Insgesamt besitzen 940.000 Personen (11%) in Österreich keine Haushaltsversicherung. Rund die Hälfte gibt an, dass ihr Haushalt aus finanziellen Gründen diese nicht abschließen kann. Das entspricht rund 461.000 Personen in Privathaushalten in Österreich (6%).

Während die Staatsbürgerschaft keinen Unterschied beim Zugang zu einem Konto erkennen lässt, zeigt sich beim Abschluss einer Haushaltsversicherung ein anderes Bild: 4% der Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft können sich keine Haushaltsversicherung leisten, bei Personen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft sind dies 21%. Unterschiede ergeben sich auch innerhalb der Gruppe mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft: 28% der Drittstaatsangehörigen können aus finanziellen Gründen keine Haushaltsversicherung abschließen, während nur 7% der Personen aus EU/EFTA Ländern aus diesem Grund nicht versichert sind. Die Höhe des Einkommens weist einen deutlichen Zusammenhang mit der Möglichkeit eine Haushaltsversicherung abzuschließen auf: 21% der Armutsgefährdeten können sich keine Haushaltsversicherung leisten, während dies Haushalte mit einem mittlerem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle nur mehr zu 4% angeben. 14% der Personen ohne erwerbstätige Person im Haushalt haben keinen Zugang zu einer Haushaltsversicherung. Bei zumindest teilweiser Erwerbstätigkeit im Haushalt halbiert sich der Anteil auf 7%. Die Gruppe manifest Armer weist mit 31% einen überproportional hohen Anteil ohne Haushaltsversicherung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung aus. Bezogen auf den Haushaltstyp zeigt sich, dass Ein-Eltern-Haushalte und Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern mit 13% bzw. 11% überdurchschnittlich häufig keine Haushaltsversicherung aus finanziellen Gründen abgeschlossen

haben. Als dritter Indikator für finanzielle Ausgrenzung ist der Zugang zu adäquaten Kreditmöglichkeiten zu nennen. Weniger als 1% der befragten Haushalte gaben an, trotz Notwendigkeit keinen Kredit erhalten zu haben. Aufgrund der geringen Fallzahlen kann darüber keine Hochrechnung erstellt werden. Als weitere Einschränkung der Kreditmöglichkeiten kann daher in Folge nur der Zugang zu einer Kreditkarte im Haushalt dargestellt werden. Kredite in ihren unterschiedlichen Formen ermöglichen es dem Haushalt, temporäre Zahlungsschwierigkeiten auszugleichen, Einkommenschocks zu überbrücken und Zugang zu Produkten bzw. Investitionen zu eröffnen, die weitere Einkommensmöglichkeiten bieten (vgl. European Commission 2008b, S. 13; Weltbank 2005, S. 5).

Während rund 2% der österreichischen Bevölkerung kein Konto und 11% keine Haushaltsversicherung haben, lebt fast die Hälfte (47%) der österreichischen Bevölkerung in Haushalten ohne Kreditkarte. Damit hat der Nicht-Besitz einer Kreditkarte eine deutlich geringere Bedeutung für finanzielle Ausgrenzungen. In Österreich besitzen häufiger ältere Personen aber auch armutsgefährdete Personen und Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft keine Kreditkarte. 64% der Personen in der Gruppe der über 65-Jährigen besitzen keine Kreditkarte. Unterschiede ergeben sich wiederum mit Bezug auf die Staatsbürgerschaft: Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft besitzen häufiger eine Kreditkarte (64%) als jene mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft (43%). Betrachtet man den Haushaltstyp, so besitzen Ein-Eltern-Haushalte am seltensten Kreditkarten (36%), während 60% der Mehrpersonenhaushalte mit zwei Kindern eine Kreditkarte besitzen. Bei einem Vergleich der Einkommensgruppen zwischen den Haushalten zeigt sich, dass 71% der armutsgefährdeten Personen keine Kreditkarte besitzen. Im Gegensatz dazu gaben nur 16% der Personen in der hohen Einkommensgruppe an, keine zu besitzen. Auch beim dritten Indikator für finanzielle Ausgrenzung sind gerade von Armut betroffene Haushalte stark vertreten: 78% der manifest Armen, 65% der Personen mit Teilhabemangel und 65% der Personen, die einem Einkommensmangel ausgesetzt sind, verfügen über keine Kreditkarte.

7. INDIKATOREN ZU ARMUT UND SOZIALER EINGLIEDERUNG

7.1. Der politische Hintergrund

Seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam im Jahr 1999 ist Soziales formell stärker in die politische Agenda der europäischen Union eingebunden, indem das Abkommen über Sozialpolitik in den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft integriert wurde. Auch de facto wurden seit damals die Anstrengungen zu einer gemeinsamen Sozialpolitik verstärkt, was sich in einem erhöhten Bedarf an Informationen zur sozialen Lage in den Mitgliedstaaten niederschlug.

Im März 2000 hat der Europäische Rat von Lissabon festgestellt, dass das Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht hingenommen werden kann und deshalb Schritte unternommen werden müssen, um bis 2010 die Beseitigung von Armut entscheidend voranzubringen. Beim Rat von Nizza im Dezember 2000 wurde dieses Ziel bestätigt und die Umsetzung im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) beschlossen. Kernelemente sind gemeinsame Ziele der Sozialpolitik in der EU, die Entwicklung nationaler Aktionspläne sowie die periodische Berichterstattung über den Fortschritt.

7.2. Indikatoren zur Messung der Ziele der sozialpolitischen Agenda der EU

Um den Erfolg der Staaten hinsichtlich der Beseitigung von Armut vergleichend messbar zu machen, wurde vom Europäischen Rat von Laeken im Dezember 2001 ein erstes Set aus 18 gemeinsamen statistischen Indikatoren zur sozialen Eingliederung beschlossen, das die vier Bereiche finanzielle Armut, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung abdeckte und so auch die Multidimensionalität von sozialer Exklusion deutlich machte. Die Untergruppe Indikatoren (Indicators Sub-Group, ISG) des Ausschusses für Sozialschutz (Social Protection Committee, SPC) hat seitdem an der Weiterentwicklung

und Zusammenführung der Indikatoren gearbeitet und eine revidierte Fassung der Indikatorenliste wurde im Juli 2003 im Sozialschutzausschuss beschlossen. Im Juni 2006 verabschiedete der Ausschuss für Sozialschutz einen Satz gemeinsamer Indikatoren für den Koordinierungsprozess in den Bereichen Sozialschutz und soziale Eingliederung. Er besteht aus 14 umfassenden Indikatoren (die sogenannten „Overarching Indicators“) und 11 kontextuellen Indikatoren, mit denen die übergreifenden Ziele (a) „sozialer Zusammenhalt“ und (b) „Interaktion mit den strategischen Wachstums- und Beschäftigungszielen von Lissabon“ erfasst werden sollen, sowie den Indikatoren der drei Aktionsbereiche „soziale Eingliederung“, „Renten“ sowie „Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege“.

Die Indikatorenliste zur sozialen Eingliederung ist eine andere Weiterentwicklung der ursprünglichen Laeken-Indikatoren und besteht derzeit aus 11 Primär-, 3 Sekundär- und 11 Kontextindikatoren. Einige der ursprünglichen Laeken-Primärindikatoren sind nun Sekundärindikatoren, andere sind ins Portfolio der umfassenden Indikatoren verschoben worden, weil sie besser als Überblicksindikatoren für sozialen Zusammenhalt genutzt werden können, einige wurden als redundant erkannt und gestrichen⁴⁷. Indikatoren, die sowohl für soziale Eingliederung als auch in der Interaktion mit dem Bereich Beschäftigung und Wachstum relevant sind, sind sowohl im Portfolio der umfassenden als auch der Sozialen Eingliederungsindikatoren enthalten.

Die Indikatorenlisten sowie die jeweiligen Werte können bei Eurostat unter folgender Website eingesehen werden: OMC (Open Method of Coordination on Social Inclusion and Social Protection)⁴⁸, dort sind auch Zeitreihen für alle EU-Staaten verfügbar.

47 Aus EU-SILC gestrichen: dauerhafte Armutsgefährdung bei 50% des Medians.

48 http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_and_social_policy_indicators/omc_social_inclusion_and_social_protection (12.10.2009)

7.3. Indikatoren aus EU-SILC für Österreich

In der folgenden Tabelle werden die mit EU-SILC für Österreich berechneten Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung für die Jahre 2007 und 2008 dargestellt. Die Liste entspricht den in früheren Publikationen an dieser Stelle erscheinenden Laeken-Indikatoren, ist aber in der Nummerierung an die Listen der umfassenden Indikatoren (OV + Nummer) bzw. der Sozialen Eingliederungsindikatoren (SP + Nummer) angepasst. Zusätzlich zu den Werten für 2008 sind Kennziffern der Schwankungsbreite angegeben: der Standardfehler sowie ein Konfidenzintervall bei 95%iger Sicherheit (=Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%). Diese Varianzschätzungen basieren auf der von Eurostat empfohlenen Methode der Linearisierung. Eine Dokumentation der Methodik der Varianzschätzungen findet sich im Bericht des Jahres 2004. Die von Eurostat vorgegebene Berechnung der Gliederungsmerkmale ist im Kapitel Erläuterungen und Definitionen beschrieben.

Übersicht 56: Ausgewählte Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung

OV-1a	SI-P1	Indikatoren	2007*	2008	Absolutzahl 2008 in 1.000	Schwankungsbreite 2008		
						Standard- fehler	95% Konfidenzintervall	
							untere Grenze	obere Grenze
		Armutsgefährdungsquote nach Sozial- transfers, in %	12,0	12,4	1.018	0,5	11,4	13,3
		nach Alter und Geschlecht						
		Männer gesamt	10,6	11,2	451	0,5	10,2	12,2
		Frauen gesamt	13,4	13,5	568	0,5	12,4	14,5
		Gesamt 0-17 Jahre	14,8	14,9	239	1,1	12,8	17,0
		Gesamt 18-24 Jahre	12,5	11,2	84	1,0	9,1	13,2
		Gesamt 25-49 Jahre	10,2	10,7	321	0,6	9,6	11,8
		Gesamt 50-64 Jahre	10,7	11,1	169	0,7	9,6	12,6
		Gesamt 65+ Jahre	14,2	15,0	206	1,0	13,1	16,9
		Gesamt 18+ Jahre	11,4	11,7	780	0,4	10,9	12,6
		Gesamt 18-64 Jahre	10,7	10,9	573	0,5	10,0	11,8
		Gesamt 0-64 Jahre	11,6	11,8	812	0,5	10,8	12,9
		Männer 18-24 Jahre	9,4	10,9	43	1,3	8,4	13,5
		Männer 25-49 Jahre	9,1	9,7	144	0,6	8,5	10,8
		Männer 50-64 Jahre	10,2	10,8	81	0,9	9,1	12,5
		Männer 65+ Jahre	9,5	11,7	68	1,1	9,7	13,8
		Männer 18+ Jahre	9,4	10,5	335	0,4	9,6	11,3
		Männer 18-64 Jahre	9,4	10,2	267	0,5	9,2	11,1
		Männer 0-64 Jahre	10,8	11,1	383	0,6	10,0	12,2
		Frauen 18-24 Jahre	15,7	11,4	41	1,4	8,6	14,2
		Frauen 25-49 Jahre	11,2	11,8	177	0,6	10,5	13,0
		Frauen 50-64 Jahre	11,2	11,4	88	0,9	9,7	13,1
		Frauen 65+ Jahre	17,6	17,3	139	1,1	15,1	19,6
		Frauen 18+ Jahre	13,2	12,9	445	0,5	12,0	13,9
		Frauen 18-64 Jahre	11,9	11,6	306	0,5	10,6	12,6
		Frauen 0-64 Jahre	12,4	12,5	429	0,6	11,4	13,7
	SI-S1a	nach Haushaltstyp						
		Alleinlebend < 65 Jahre	18,0	17,8	94	1,1	15,6	20,0
		Alleinlebend 65+ Jahre	24,1	22,7	106	1,7	19,4	26,1
		Alleinlebend Männer	14,4	16,2	88	1,3	13,6	18,9
		Alleinlebend Frauen	24,5	22,2	160	1,3	19,6	24,8
		Alleinlebend gesamt	20,3	19,6	248	1,0	17,8	21,5
		2 Erwachsene, keine Kinder, beide < 65	10,3	8,3	86	0,8	6,6	9,9
		2 Erwachsene, keine Kinder, zumindest eine Person 65+	9,3	12,4	100	1,2	10,0	14,9
		Andere Haushalte ohne Kinder	4,5	6,5	68	1,3	3,9	9,1
		Ein-Eltern-Haushalt, zumindest ein Kind	31,1	26,3	91	3,2	19,9	32,6
		2 Erwachsene, 1 Kind	9,0	9,3	85	1,2	7,0	11,6
		2 Erwachsene, 2 Kinder	10,4	10,8	134	1,3	8,3	13,4
		2 Erwachsene, mind. 3 Kinder	19,3	21,3	135	2,8	15,9	26,8
		Andere Haushalte mit Kindern	7,0	7,6	72	1,4	4,7	10,4
		Haushalte ohne Kinder	11,6	12,1	501	0,5	11,0	13,1
		Haushalte mit Kindern	12,5	12,7	518	0,8	11,1	14,2
	SI-S1b	nach Erwerbsintensität (w) des Haushalts						
		Haushalte ohne Kinder, w = 0	23,3	24,1	141	1,8	20,5	27,7
		Haushalte ohne Kinder, 0 < w < 1	7,1	10,4	125	1,1	8,2	12,7
		Haushalte ohne Kinder, w = 1	4,5	3,5	48	0,5	2,6	4,5
		Haushalte mit Kindern, w = 0	55,6	60,9	124	5,4	50,3	71,5
		Haushalte mit Kindern, 0 < w < 0,5	27,7	29,6	78	5,4	19,1	40,1
		Haushalte mit Kindern, 0,5 <= w < 1	12,2	12,5	219	1,4	9,8	15,2
		Haushalte mit Kindern, w = 1	5,8	5,1	96	0,7	3,7	6,6
	SI-S1c	nach Hauptaktivität und Geschlecht						
		Beschäftigt	6,1	6,3	228	0,4	5,6	7,1
		Arbeitslos	41,6	41,0	94	3,2	34,6	47,3
		In Pension	12,1	13,1	230	0,7	11,7	14,6

	Indikatoren	2007*	2008	Absolutzahl 2008 in 1.000	Schwankungsbreite 2008		
					Standard- fehler	95% Konfidenzintervall	
						untere Grenze	obere Grenze
	Andere Inaktive	20,6	21,9	214	1,2	19,6	24,1
	Männer beschäftigt	6,3	6,3	128	0,4	5,4	7,2
	Männer arbeitslos	42,1	49,0	62	4,6	39,9	58,1
	Männer in Pension	9,7	11,6	93	0,9	9,8	13,4
	Männer andere Inaktive	14,8	22,9	46	2,4	18,3	27,5
	Frauen beschäftigt	5,7	6,4	100	0,5	5,4	7,4
	Frauen arbeitslos	41,1	31,0	32	4,1	23,0	39,0
	Frauen in Pension	14,1	14,4	137	0,9	12,6	16,2
	Frauen andere Inaktive	22,0	21,6	168	1,2	19,2	24,0
SI-S1d	nach Rechtsverhältnis an der Wohnung						
	Eigentümer oder mietfrei	8,9	8,8	460	0,5	7,8	9,8
	Mieter	17,8	18,5	559	1,0	16,5	20,4
OV-1a	SI-P1	Armutsgefährdungsschwelle (illustrative Werte), in Euro					
	Einpersonenhaushalt	10.892	11.406		95	11.220	11.593
	2 Erwachsene, 2 Kinder	22.873	23.953		200	23.562	24.345
OV-2	SI-C1	Ungleichheit der Einkommensverteilung, Anteilsverhältnis der Einkommensquintile					
	S80/S20	3,8	3,7	8.242	0,2	3,3	4,1
OV-1b	SI-P3	Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke nach Alter und Geschlecht, in %					
	Gesamt	17,0	15,3	1.018	0,8	13,7	16,8
	Männer gesamt	18,7	15,7	451	1,0	13,8	17,6
	Frauen gesamt	15,9	15,2	568	0,7	13,8	16,6
	Gesamt 0-17 Jahre	18,7	16,3	239	1,6	13,2	19,3
	Gesamt 18-64 Jahre	21,4	17,5	573	1,1	15,3	19,7
	Gesamt 65+ Jahre	12,0	13,8	206	0,8	12,2	15,4
	Gesamt 18+ Jahre	16,0	15,2	780	0,7	14,0	16,5
	Männer 18-64 Jahre	22,4	19,8	267	1,5	16,9	22,7
	Männer 65+ Jahre	11,7	13,8	68	1,4	10,9	16,6
	Männer 18+ Jahre	19,2	15,9	335	0,9	14,1	17,8
	Frauen 18-64 Jahre	19,8	16,0	306	1,1	13,8	18,2
	Frauen 65+ Jahre	12,1	13,9	139	0,9	12,2	15,5
	Frauen 18+ Jahre	14,9	14,9	445	0,6	13,6	16,1
SI-S1e	Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle, in %						
	40% des Medians	3,4	2,4	201	0,2	2,0	2,9
	50% des Medians	6,1	5,8	474	0,4	5,0	6,5
	70% des Medians	19,5	20,1	1.654	0,6	18,9	21,2
OV-9	SI-C5	Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung der Armutsgefährdungsschwelle, in %					
		13,3	12,8	1.058	0,5	11,8	13,8
OV-C11	SI-C6	Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers nach Alter und Geschlecht, in %					
	Alters- und Hinterbliebenenleistungen zählen nicht als Sozialtransfers						
	Gesamt	24,8	24,5	2.016	0,6	23,2	25,7
	Männer gesamt	23,5	23,4	940	0,7	22,1	24,6
	Frauen gesamt	26,0	25,5	1.076	0,7	24,2	26,8
	Gesamt 0-17 Jahre	36,1	36,1	579	1,4	33,4	38,8
	Gesamt 18-64 Jahre	23,3	22,9	1.203	0,6	21,7	24,0
	Gesamt 65+ Jahre	17,2	17,0	233	1,0	15,0	18,9
	Gesamt 18+ Jahre	22,1	21,6	1.437	0,5	20,6	22,7
	Männer 18-64 Jahre	22,0	22,1	581	0,6	20,9	23,4
	Männer 65+ Jahre	12,3	12,6	72	1,1	10,5	14,7
	Männer 18+ Jahre	20,3	20,4	654	0,5	19,3	21,5
	Frauen 18-64 Jahre	24,6	23,6	622	0,7	22,3	24,9
	Frauen 65+ Jahre	20,7	20,1	161	1,2	17,8	22,4
	Frauen 18+ Jahre	23,7	22,8	783	0,6	21,6	23,9
	Alters- und Hinterbliebenenleistungen zählen als Sozialtransfers						
	Gesamt	43,6	42,5	3.504	0,7	41,1	43,9
	Männer gesamt	40,2	39,5	1.588	0,7	38,1	40,9
	Frauen gesamt	46,8	45,4	1.915	0,8	43,9	46,9

8. LITERATUR

VERWENDETE LITERATUR

Backert, W. (2001). Armutsrisiko: Überschuldung, in: Barlösius, E./Ludwig-Mayerhofer, W. (Hrsg.): Die Armut der Gesellschaft. Opladen. S. 243 – 261.

Beer, C./Schürz, M. (2007). Charakteristika der Verschuldung der privaten Haushalte in Österreich. Ist die Verschuldung ein Problem für die Finanzmarktstabilität? In: OENB (Hrsg.): Geldpolitik und Wirtschaft Quartal 02 2007. Wien. S. 62 – 83.

Böhm, R. (1987). Salzburger Haushalte in den roten Zahlen: ein Jahr Schuldnerberatung in der Konsumentenberatung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg. Salzburg

Brandner, P./Mooslechner, P. (1992). Ökonomische Aspekte der Verschuldung privater Haushalte. WIFO Wien. Wien.

European Commission (2008a). Towards a common operational European Definition of Over-indebtedness.

European Commission (2008b). Financial Service Provision and Prevention on Financial Exclusion.

Expert Group on Household Income Statistics (2001). Canberra Group: Final Report and Recommendations. Ottawa.

Gordon, D. et al (2000). Poverty and Social Exclusion in Britain. Joseph Rowntree Foundation. York.

Lamei, N./Till-Tentschert, U. (2005). Messung von Armutsgefährdung und Deprivation. In: Statistische Nachrichten 4/2005. Wien. S. 349-359.

Rechnungshof (2008). Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen der Bevölkerung gemäß Artikel 1 § 8 Bezügebegrenzungs-gesetz, BGBl. I Nr.64/1997 2006 und 2007. (Allgemeiner Einkommensbericht 2008). Wien.

Schönbauer, U. (1990). Konsumentenkredite: zwischen Wunderwelt und Offenbarungseid. Institut für Gesellschaftspolitik. Wien

Statistik Austria (2005). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2003 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2006). Verdienststrukturerhebung. Struktur und Verteilung der Verdienste in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2007). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2005 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2008). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2009a). Arbeitsmarktstatistik. Jahresergebnisse 2008. Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung. Schnellbericht 5.8. Wien.

Statistik Austria (2009b). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2007 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2009c). Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008. Wien.
www.statistik.at unter Statistiken - Soziales - Armut und soziale Eingliederung

Statistik Austria (2009d). Tabellenband zu EU-SILC 2008. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien. www.statistik.at unter Statistiken - Soziales - Armut und soziale Eingliederung

Streuli, E. (2003). In Ermangelung finanzieller Ressourcen: Privatverschuldung in der Schweiz. In: *Swiss Journal of Sociology*, Jg. 29, Heft 2. Zürich. S. 293 – 317

Till-Tentschert, U./Weiss, H. (2008). Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 1. Wien.

Townsend, P. (1979). *Poverty in the United Kingdom. A Survey of Household Resources and Standards of Living*. Berkeley, University of California.

Verma, V. (2001). *EU-SILC Sampling Guidelines*. Macro International Inc. London.

Weltbank (2005). *Indicators of Financial Access – Household – Level Surveys*.
http://siteresources.worldbank.org/FINANCIALSECTOR/539914-1118439900885/20700929/Indicators_of_Financial_Access_Household_Level_Surveys.pdf (27.11.2009)

JÄHRLICHE BERICHTE DER STATISTIK AUSTRIA ZU EU-SILC 2003 BIS 2007

Die jährlichen Publikationen „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC“ sind abrufbar unter:

http://www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html#index10 (27.11.2009)

Die Standard-Dokumentationen mit Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu EU-SILC sind abrufbar unter:

http://www.statistik.at/web_de/dokumentationen/Soziales/index.html (30.10.2009).

BERICHTE UND PUBLIKATIONEN ZU EU-SILC

Angel, S. (2008). Sozioökonomische und soziodemographische Aspekte der Verschuldung privater Haushalte in Österreich. Diplomarbeit. Wirtschaftsuniversität Wien. Wien.

Angel, S./Einböck, M./Heitzmann, K./Till-Tentschert, U. (2009). Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung österreichischer Privathaushalte. Ergebnisse aus EU-SILC 2008. In: Statistische Nachrichten 12/2009. Wien.

Bauer, M./Lamei, N. (2005). EU-SILC – die neue Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen. In: Statistische Nachrichten 3/2005. Wien. S. 224-231.

Berger, J./Hanappi, T./Hofer, H./Müllbacher, S./Schuh, U./Schwarzbauer, W./Strohner, L./Weyerstraß, K. (2009). Konjunkturbelebende Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und der Bundesländer. Abschätzung der volkswirtschaftlichen Effekte. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Institut für höhere Studien. Projektbericht.

Biffl, G. (2006). Gender and the Labour Market: Comparing Austria and Japan. WIFO Working paper No 279. Wien.

Biffl, G. (2007). Development of the Distribution of Household Income in Austria. WIFO Working paper No 293. Wien.

Czasny, K./Stocker, E. (2007). Wohnzufriedenheit im heimischen Wohnungswesen. Jahrbuch Wohnbauförderung 2007. Wien.

Datler, G./Skina, M./Till, M. (2008). EU-SILC 2006 Sonderauswertung zur sozialen Lage älterer Menschen in Österreich. Modul 1: Ausgangslage und tabellarischer Arbeitsbehelf. Wien.

Datler G./Mahidi M. (2009). Armutsgefährdung und Wohnsituation. Modul zur Wohnsituation in EU-SILC 2007. In: Statistische Nachrichten 6/2009. Wien. S. 458-473.

Dearing, H. (2008). Mikrosimulationsstudie über das Arbeitsangebotsverhalten von Müttern mit kleinen Kindern. Diplomarbeit. Universität Wien. Wien.

Dearing, H./Hofer, H./Lietz, Ch./Winter-Ebmer, R./Wrohlich, K. (2007). Why are Mothers Working Longer in Austria than in Germany? A Comparative Microsimulation Analysis. In: Fiscal Studies, vol. 28 no. 4, S. 463-495.

Eurostat (2007). Comparative EU statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges. Proceedings of the EU-SILC conference (Helsinki, 6-8 November 2006).

Felderer, B./Gstrein, M./Nagaev, S./Schuh, U, (2005). Familienleistungen in Österreich.

Investitionen in die Familie. Studie im Auftrag des BMSGK. IHS. Wien.

Fuchs, M. (2007). Social Assistance – no, thanks? Empirical Analysis of Non-Take-Up in Austria 2003. Euromod Working Paper No. EM4/07

Fuchs, M. (2009). Nicht-Inanspruchnahme von Sozialleistungen am Beispiel der Sozialhilfe. In: Dimmel, N.; Heitzmann, K.; Schenk, M.: Handbuch Armut in Österreich. Innsbrucker Studienverlag. Innsbruck.

Fuchs, M./Lietz, Ch. (2007). Effects of Changes in Tax/Benefit Policies in Austria 2003-2005. In: Czech Sociological Review 2007/3, S. 611-636

Fuchs, M./Lietz, Ch. (2007). Effects of Changes in Tax/Benefit Policies in Austria 1998-2005. Euromod Working Paper No. EM3/07

Guger, A./Marterbauer, M. (2007). Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich - ein Update. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen. WIFO Working paper No 307. Wien.

Heitzmann, K./Till-Tentschert, U. (2009). Armutsgefährdung und manifeste Armut in Österreich. In: Dimmel, N./Heitzmann, K./Schenk, M.: Handbuch Armut in Österreich. Innsbrucker Studienverlag. Innsbruck.

Henke, J./Till, M./Schrittwieser, K./Wagner-Pinter, M. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 3. Eingliederungsbilanzen: Kontextveränderungen und sozialpolitische Intervention. Wien.

Heuberger, R./Lamei, N. (2006). Das Datenmanagement in EU-SILC – von der Befragung zu Sozialindikatoren. In: Statistische Nachrichten 11/2006. Wien. S. 1054-1061.

Heuberger, R./Kafka, E. (2008a). EU-SILC Impact Study on Comparability of National Implementations. Final Report. Part 1: Analysis of the CATI test. Wien.

Heuberger, R./Kafka, E. (2008b). EU-SILC Impact Study on Comparability of National Implementations. Final Report. Part 2: Computation of imputed rents. Wien.

Kaiser, M./ Stadler M. (2007a). Einkommen und Armut in Tirol. Ergebnisse einer Analyse der EU-SILC Erhebungen 2003 und 2004. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.

Kaiser, M./Stadler M. (2007b). Einkommen und Armut in Tirol. Vergleich der EU-SILC Analyse 2003/2004 mit den Ergebnissen 2005. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.

Kaiser, M./ Stadler M. (2008). Einkommen und Armut in Tirol. Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.

Kaiser, M./ Stadler M. (2009). Einkommen und Armut in Tirol. Ergebnisse aus EU-SILC 2007. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.

Kernbeiß, G./Lehner, U./Wagner-Pinter, M. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 2. Armut im Lichte des Haushaltspanels. Wien.

Kranzinger, A. (2005). Armut - Institutionen und Inzidenz in Österreich. Diplomarbeit. Universität Linz. Linz.

Lamei, N./Till-Tentschert, U. (2010). Dauerhafte Armutsgefährdung in Österreich 2004 bis 2007. In: Statistische Nachrichten 01/2010. Wien.

Prean, N. (2008). Fertility Timing and Income - Insights from the EU-SILC for Austria. Diplomarbeit. Wirtschaftsuniversität Wien. Wien.

Sterner, C./Mayer, M. (2006). Armut und Lebensbedingungen. Steirische Statistiken, Heft 9/2006. Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Graz.

Till M. (2006). Jahreseinkommen und erwartete Lebensstandardpositionen von Personen in Privathaushalten. In: Statistische Nachrichten 4/2006. Wien. S. 250-260.

Till, M./Till-Tentschert, U. /AIAS (Hrsg.) (2006). Armutslagen in Wien. Empirische Befunde zur Arbeits-, Geld- und Wohnsituation sowie spezifischen Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht. Schriftenreihe des Instituts für Soziologie Band 40. Wien.

Till, M. (2007). Aggregate Wealth and Regional Poverty – A New Perspective on Income Poverty Lines in Europe. 34th CEIES Seminar. Helsinki.

Till, M./Till-Tentschert, U. (2007). Niedriges Einkommen + materielle Deprivation = soziale Ausgrenzung? – die konventionelle Armutsberichterstattung und ihre Beschränkungen. In: Angewandte Sozialforschung AIAS Jg. 25/Heft 2. S. 47-65.

Till, M./Henke, J./Schrittwieser, K. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 4. Indikatorenkatalog. Wien.

Till, M./ Wagner-Pinter, M./Henke, J./Schrittwieser, K. (2008). Indikatoren für ein Monitoring des Strategieberichtes zu Sozialschutz und Soziale Eingliederung. Endbericht. Wien.

Till, M./Datler, G./Glaser, T./Heuberger, R./Kafka, E./Lamei, N./Skina, M. (2009). Armutsgefährdung. In: Sozialbericht 2007-2008. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien. BMASK. S. 237-258.

Till-Tentschert, U./Lamei, N./Bauer, M. (2005). Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003. In: Bericht über die soziale Lage 2003-2004. Wien: BMSG. S. 207-232.

Till-Tentschert, U. (2007). Was ist Armut? In: Tomandl, Th./Schrammel, W. (Hrsg.): Sicherung von Grundbedürfnissen. Wiener Beiträge zum Arbeits- und Sozialrecht. Wien. S.1-20.

Till-Tentschert, U./Lamei, N. (2007). Verfügbare Einkommen und Armutsgefährdung in Österreich 2005. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006. Wien. S. 389-413.

Till-Tentschert, U./Weiss, H. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 1. Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich. Universität Wien. Wien.

Till-Tentschert, U./ Vana, I. (2009) (Hg.). In Armut aufwachsen. Empirische Befunde zu Armutslagen von Kindern und Jugendlichen in Österreich. Universität Wien. Wien

Wally, J. (2007): Erster EU-SILC Workshop. In: Statistische Nachrichten 3/2007. Wien. S. 180-183.

Wernhart, G. /Neuwirth, N. (2007). Haushaltseinkommen und Einkommenselastizität der Erwerbsbeteiligung von Müttern. Ergebnisse aus dem EU-SILC 2004. Österreichisches Institut für Familienforschung. Working paper. Wien.

9. ERLÄUTERUNGEN UND DEFINITIONEN

METHODISCHE ERLÄUTERUNGEN

Quelle: Sämtliche Auswertungen basieren auf der Erhebung EU-SILC – Statistics on Income and Living Conditions für das Erhebungsjahr 2008. Vergleichswerte für 2007 stammen aus EU-SILC 2007. Andere Quellen sind angeführt.

Zeitlicher Bezug: Referenzjahr: Angaben zum Jahreseinkommen und damit zur Armutsgefährdung beziehen sich auf das Jahr 2007, ebenso Angaben, die den „Haupttätigkeitenkalender“ (Nennung der Haupttätigkeit pro Kalendermonat im Jahr 2007) zur Grundlage haben: Erwerbsstatus, Erwerbsintensität und Dauer der Arbeitslosigkeit. Erhebungszeitpunkt: Informationen über Haushaltszusammensetzung, aktuelle Haupttätigkeit, aktuelle Erwerbstätigkeit, aktuelles Monatseinkommen Unselbständiger, Ausstattung mit Konsumgütern usw. beziehen sich hingegen auf das Jahr 2008.

Klammerung: Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen von weniger als 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Bundesländerergebnisse: EU-SILC weist auch Ergebnisse nach Bundesländern aus. Es wird darauf hingewiesen, dass die Stichprobe für EU-SILC repräsentativ für Österreich gezogen wurde und daher Auswertungen auf Bundesländerebene mit einer höheren Schwankungsbreite der Ergebnisse behaftet sind. Eine Interpretation der Werte und etwaiger Differenzen darf nur unter Berücksichtigung der Stichprobengröße und des daraus resultierenden Stichprobenfehlers erfolgen.

Zufriedenheit: Befragt wurden nur Personen ab 16 Jahren, fehlende Werte wurden nicht imputiert. In Proxy-Interviews wurden keine Zufriedenheitsfragen gestellt (d.h. nur Selbstauskünfte), daher schwanken die Fallzahlen. Auswertungen beziehen sich jeweils nur auf die gültigen Fälle.

Gesundheit: Fehlende Werte wurden nicht imputiert, daher schwanken die Fallzahlen. Auswertungen beziehen sich jeweils nur auf die gültigen Fälle.

VERÄNDERUNGEN IM FRAGEBOGEN 2007/2008

Zahlungsrückstände bei Miete, Krediten, Betriebskosten: Änderung der Antwortcodes. Die Antwortcodes „Ja“ bzw. „Nein“ werden ab 2008 durch die Codes „Ja, einmal“, „Ja, zweimal oder öfter“ und „Nein“ ersetzt. Änderungen dieser Fragen fließen über das Merkmal „Rechtzeitiges Begleichen regelmäßiger Zahlungen“ in den Indikator finanzielle Deprivation ein.

Fragen zur Gesundheit: Geänderte Fragestellungen zwecks Harmonisierung mit der österreichischen Gesundheitsbefragung (AT-HIS). Änderungen dieser Fragen betreffen auch die Messung von Deprivation im Bereich Gesundheit.

Subjektive Gesundheit: Fragestellung 2007: „Wie ist Ihr allgemeiner Gesundheitszustand?“ Fragestellung 2008: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“

Chronische Krankheit: Fragestellung 2007: „Haben Sie eine chronische Krankheit?“ Fragestellung 2008: „Haben Sie eine chronische, also dauerhafte Krankheit oder ein chronisches, also dauerhaftes gesundheitliches Problem?“

Behinderung: Fragestellung 2007: „Sind Sie seit zumindest einem halben Jahr durch eine Behinderung oder eine sonstige gesundheitliche Beeinträchtigung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten beeinträchtigt?“ Fragestellung 2008: „Sind Sie seit zumindest

einem halben Jahr durch ein gesundheitliches Problem bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens eingeschränkt?“

Nichtinanspruchnahme von ärztlichen/zahnmedizinischen Untersuchungen oder Behandlungen: Fragestellung umformuliert: Fragestellung 2007: „Kam es in den letzten 12 Monaten einmal oder mehrmals vor, dass Sie dringend eine zahnmedizinische Untersuchung oder Behandlung / eine sonstige medizinische Untersuchung oder Behandlung benötigt hätten und aus irgendeinem Grund nicht in Anspruch genommen haben?“ Fragestellung 2008: „Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten jedes Mal, wenn Sie eine zahnmedizinische/eine sonstige medizinische Untersuchung oder Behandlung dringend benötigt haben, diese auch in Anspruch genommen?“

DEFINITIONEN

EINKOMMEN

Primäreinkommen: Faktoreinkommen + Altersleistungen ab Erreichen des Pensionsalters (Frauen 60, Männer 65 Jahre) vor Steuern und Abgaben + Einkünfte aus Kapital und Vermögen, wenn diese weniger als 100 Euro pro Jahr oder weniger als 1% des Haushaltseinkommens ausmachen.

Faktoreinkommen (=Brutto-Markteinkommen): Arbeitseinkommen + Kapitaleinkommen.
Arbeitseinkommen (=Erwerbseinkommen): Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit (inkl. Gelegenheitsarbeit, Trinkgelder, Sonderzahlungen und Zulagen wie Abfertigungen, Urlaubsentschädigungen, Abfindungen, Familienzulagen, Mitarbeiterbeteiligungen, Überstundenzahlungen, Provisionen, Prämien, Sacheistungen, Firmenwagen etc. und Selbständigeneinkommen (Werkvertrags- und freie Dienstnehmer, Freiberufler, Landwirte, Gewerbetreibende inkl. Entnahmen und Deputate).

Kapitaleinkommen: Einkommen aus Zinsen, Dividenden, Kapitalbeteiligungen und sonstige Vermögenserträge, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung vor Steuern und Abgaben.

Altersleistungen (=Pensionen): Leistungen für Personen im Pensionsalter (Frauen 60, Männer 65 Jahre); neben Eigen- und Hinterbliebenenpensionen auch Unfallrente, Invaliditätspension und Pflegegeld (ab Erreichen des Pensionsalters).

Sekundäreinkommen: Primäreinkommen + Sozialleistungen (inkl. Altersleistungen vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters) - Abgaben (Steuern, Sozialversicherungsbeiträge).

Sozialleistungen: Sozialleistungen durch die öffentliche Hand: Familienleistungen (Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatliche Unterhaltsvorschüsse, Hinterbliebenenleistungen), Arbeitslosenleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Altersteilzeit - Betrag vom AMS, Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, Gesundheitsleistungen (Krankengeld; Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters; sonstige Unfall- und Krankenleistungen), Bildungsleistungen (Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen), Wohnbeihilfen und Sozialhilfe.

Verfügbares Haushaltseinkommen: Sekundäreinkommen + erhaltene Privattransfers – geleistete Privattransfers. Netto-Jahreseinkommen eines Haushaltes 2007.

Privattransfers: Alimente und Unterhaltszahlungen und freiwillige Unterstützungen zwischen Haushalten.

Private Einkommen: Regelmäßig erhaltene Privattransfers, Kapitaleinkommen, Einkommen aus Vermietung oder Verpachtung.

Monatliches Erwerbseinkommen brutto: Zum Befragungszeitpunkt 2008 aktuelles Bruttomonatseinkommen unselbständig Erwerbstätiger.

Haushaltsbudget: Verfügbares Haushaltseinkommen - Wohnkosten.

Aktuelles monatliches Haushaltseinkommen: Selbsteinschätzung des gesamten monatlichen Nettohaushaltseinkommen (inkl. Erwerbseinkommen, Pensionen, Sozialleistungen, Privattransfers aller Haushaltsmitglieder) zum Befragungszeitpunkt.

EU-Skala (=modifizierte OECD-Skala): Für jeden Haushalt wird ein Grundbedarf angenommen, der 100% des Bedarfs eines Erwachsenen entspricht (0,5 Konsumäquivalente), weiters erhält jede erwachsene Person ein Gewicht von 0,5 und Kinder unter 14 ein Gewicht von 0,3 (60% eines Erwachsenenäquivalents).

Äquivalenzeinkommen: Gewichtetes verfügbares Haushaltseinkommen. Die Gewichtung wird auf Basis der EU-Skala berechnet und das verfügbare Haushaltseinkommen wird durch die Summe der Gewichte je Haushalt dividiert.

Haupteinkommensquelle des Haushalts: Jene Einkommensquelle nach obiger Definition, die den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet.

Hauptverdiener bzw. Hauptverdienerin: Diejenige Person im Haushalt mit dem größten Beitrag zum Haushaltseinkommen.

Zweitverdiener bzw. Zweitverdienerin: Person mit dem zweithöchsten Einkommen (bezogen auf eine bestimmte Einkommensart) im Haushalt.

Weitere Verdienner und Verdiennerinnen: In Haushalten mit drei oder mehr Personen, diejenigen, die nach dem/der Hauptverdienenden und dem/der Zweitverdienenden auch noch ein Einkommen beziehen. Deren Einkommen werden kumuliert ausgewiesen.

VERTEILUNGS- UND UNGLEICHHEITSKENNZIFFERN

Median: Wert, der die Einkommensverteilung in zwei gleich große Hälften teilt. Genau 50% liegen unterhalb, die übrigen 50% oberhalb des Wertes.

Quartile (Einkommensviertel): Werte, die die Verteilung in vier gleich große Teile teilen. 25% liegen unterhalb des ersten Quartils, das zweite Quartil entspricht dem Median, 75% liegen unterhalb und 25% oberhalb des dritten Quartils.

Dezile (Einkommenszehntel): Werte, die die Verteilung in zehn gleich große Teile teilen. 10% liegen unterhalb des Wertes des ersten Dezils, 90% liegen unterhalb und 10% oberhalb des Wertes des neunten Dezils.

S_{80}/S_{20} : Summe der Äquivalenzeinkommen des obersten Einkommensfünftels (80% niedriger als ...) dividiert durch Summe der Äquivalenzeinkommen des untersten Einkommensfünftels (20% niedriger als ...).

P_{90}/P_{10} : Wert des neunten Dezils (90% niedriger als ...) dividiert durch Grenze des ersten Dezils (10% niedriger als ...).

Gini-Koeffizient: Kennzahl für Einkommenskonzentration (totale Gleichverteilung = 0%, totale Konzentration auf einen Einzelfall = 100%).

Einkommensgruppen: Gemessen am Medianeinkommen (19.011 Euro): Niedrige Einkommen (unter 60% des äquivalisierten Medianeinkommens – unter 11.406 Euro; das entspricht der Gruppe der Armutsgefährdeten), mittlere Einkommen (60-180%

des äquivalisierten Medianeinkommens – zwischen 11.407 und 34.220 Euro), hohe Einkommen (über 180% des äquivalisierten Medianeinkommens – über 34.220 Euro).

ARMUTSGEFÄHRDUNG

Armutsgefährdungsschwelle: Der Betrag des äquivalisierten Haushaltseinkommens, der die Grenze für Armutsgefährdung bildet. Bei äquivalisierten Haushaltseinkommen unter diesem Schwellenwert wird Armutsgefährdung angenommen. Wenn nicht anders ausgewiesen, handelt es sich um die Festlegung der Armutsgefährdungsschwelle nach Eurostat-Definition bei 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens. Der Betrag für diese Schwelle liegt 2008 bei 951 Euro (äquivalisiertes Haushaltseinkommen, d.h. für einen Einpersonenhaushalt gerechnet) pro Monat oder 11.406 Euro pro Jahr.

Armutsgefährdung (nach Sozialleistungen): Alle Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unterhalb eines festgelegten Schwellenwertes (Armutsgefährdungsschwelle = 60% des Medians) liegt, gelten als armutsgefährdet. Ist von „Armutsgefährdung“ oder „Armutsrisiko“ ohne Zusatz die Rede, ist immer die Armutsgefährdung nach Sozialleistungen gemeint.

Armutsgefährdung vor Sozialleistungen und Pensionen: Armutsgefährdung bei Abzug der Sozialtransfers und Pensionen vom Haushaltseinkommen unter Beibehaltung der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians des Äquivalenzeinkommens inkl. Pensionen und Sozialleistungen.

Armutsgefährdung vor Sozialleistungen: Armutsgefährdung bei Abzug der Sozialtransfers vom Haushaltseinkommen unter Beibehaltung der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians des Äquivalenzeinkommens inkl. Pensionen und Sozialleistungen.

Armutsgefährdungsquote: Maß für die Häufigkeit der Armutsgefährdung definiert als

Anteil der Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, an der Gesamtbevölkerung.

Anteil an Armutsgefährdeten: Prozentanteil der Armutsgefährdeten einer bestimmten Gruppe an allen Armutsgefährdeten.

Armutsgefährdungslücke: Maß für die Intensität der Armutsgefährdung definiert als durchschnittliche Abweichung des medianen Äquivalenzeinkommens der Armutsgefährdeten von der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle.

Dauerhafte Armutsgefährdung: Armutsgefährdung am Ende des Beobachtungszeitraumes, dass heißt im aktuellsten Jahr und in mindestens zwei von drei vorhergehenden Jahren.

DEPRIVATION

Mit der Berichterstattung 2007 erfolgte eine Umstellung des Konzepts zur Messung von Deprivation. Das Konzept der primären Deprivation wurde durch die Messung der Teilhabe am Mindestlebensstandard ersetzt. Deprivation: Mangelnde Teilhabe am Mindestlebensstandard (finanzielle Deprivation), bei der Ausstattung mit Konsumgütern (sekundäre Deprivation), bei Gesundheit, Wohnen oder im Wohnumfeld.

Finanzielle Deprivation: Das Unvermögen, aus finanziellen Gründen am definierten Mindestlebensstandard teilzuhaben.

Auftreten von zumindest zwei der folgenden Probleme:

Der Haushalt kann es sich nicht leisten

- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Regelmäßige Zahlungen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohn-

nebenkosten, Gebühren für

- » Wasser-, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen) in den letzten 12 Monaten rechtzeitig zu begleichen
- » Notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen
- » Unerwartete Ausgaben bis zu 900€ zu finanzieren (z.B. für Reparaturen; der Betrag entspricht der gerundeten monatlichen Armutsgefährdungsschwelle aus EU-SILC 2006)
- » Neue Kleidung zu kaufen
- » Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen
- » Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

Die Merkmale entsprechen größtenteils dem bis zur Berichterstattung 2006 angewandten Konzept der „primären Deprivation“, ergänzt wurde die Leistbarkeit von Treffen mit Freunden und Verwandten und die Leistbarkeit von Arztbesuchen, nicht mehr inkludiert ist die Möglichkeit, eine Woche Urlaub an einem anderen Ort zu machen.

Mit regelmäßigen Zahlungen im Rückstand: Zusätzlich zu Zahlungsrückständen bei Kreditrückzahlungen für Haus oder Wohnung, für Miete (inkl. Betriebskosten), für Wohnnebenkosten und für sonstige Rückzahlungen werden ab 2008 auch Zahlungsrückstände für Betriebskosten von Wohnungseigentümern und Bewohnern mietfreier Wohnungen sowie Zahlungsrückstände für Wasser-, Müllabfuhr- und Kanalgebühr ausgewiesen.

Sekundäre Deprivation: Der erzwungene Verzicht auf als erstrebenswert geltende Güter. Zumindest drei der folgenden Gebrauchsgüter im Haushalt können aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden:

- » PC

- » Handy
- » Internet-Anschluss
- » DVD-Player
- » Geschirrspülmaschine
- » PKW.

Gesundheitliche Beeinträchtigung: Zumindest zwei der folgenden Probleme treten auf:

- » Hat einen sehr schlechten Gesundheitszustand
- » Ist seit zumindest einem halben Jahr durch ein gesundheitliches Problem stark eingeschränkt
- » Hat eine chronische Krankheit oder ein dauerhaftes gesundheitliches Problem.

Prekäre Wohnqualität: Zumindest zwei der folgenden Probleme treten auf:

- » kein Bad/Dusche oder kein WC in der Wohnung
- » Schimmel oder Feuchtigkeit
- » Dunkle Räume
- » keine Waschmaschine.

Wohnumgebungsbelastung: Zumindest zwei der folgenden Probleme treten auf: Hat Probleme in der Wohngegend:

- » Lärmbelästigung
- » Luft- oder Wasserverschmutzung durch Verkehr oder Industrie
- » Kriminalität, Gewalt, Vandalismus.

LEBENSLAGEN

Manifeste Armut: Finanzielle Deprivation und Armutsgefährdung treten gemeinsam auf.

Einkommensmangel: Armutsgefährdung ohne feststellbare Merkmale finanzieller Deprivation.

Teilhabemangel: Finanzielle Deprivation ist feststellbar, keine Armutsgefährdung.

Kein Mangel: Weder Armutsgefährdung noch finanzielle Deprivation lassen eine Benachteiligung erkennen.

Im Unterschied zur Berichterstattung bis 2006 werden im nun angewandten Konzept Armutslagen als Zusammenwirken von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation definiert. Von 2003 bis 2006 wurden Armutslagen als Ergänzung von Deprivation in zumindest einem Bereich (primäre Deprivation, sekundäre Deprivation, Deprivation in den Bereichen Gesundheit, Wohnen oder Wohnumgebung) und Armutsgefährdung verstanden.

REGIONALE GLIEDERUNG

Einwohnerzahl in der Region nach Gemeindegrößenklassen: Wien; >100.000: Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern, ohne Wien (Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck), <10.000: Gemeinden mit mehr als 10.000 und weniger als 100.000 Einwohnern; ≤ 10.000: Gemeinden mit höchstens 10.000 Einwohnern.

ALTER

Das ausgewiesene Alter ist jenes zum 1.1. des Erhebungsjahres.

Erwerbsalter: 20 bis 64 Jahre.

Pensionsalter: 65+ Jahre.

STAATSBÜRGERSCHAFT

Österreich: Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft

Eingebürgerte (nicht EU/EFTA): Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die vormals keine EU-27- oder EFTA-Staatsbürgerschaft hatten.

Nicht Österreich: Personen ohne österreichischer Staatsbürgerschaft.

Ausländerinnen und Ausländer (aus Nicht-EU-/EFTA-Staaten): Mindestens eine Person im Haushalt hat keine EU-27-/EFTA-Staatsbürgerschaft.

EU/EFTA: Als EU-Staatsbürgerschaft wird die Staatsbürgerschaft eines Landes der EU-27 angesehen. EFTA: Schweiz, Norwegen und Island.

Sonstiges Ausland: Personen ohne EU/EFTA-Staatsbürgerschaft.

HÖCHSTER BILDUNGSABSCHLUSS

Für Personen ab 16 Jahren.

Maximal Pflichtschule: Die befragte Person verfügt über keinen Schulabschluss oder

hat höchstens die Pflichtschule abgeschlossen.

Lehre/mittlere Schule: Abschluss einer Lehrausbildung, Meister-/Werkmeisterausbildung oder einer berufsbildenden mittleren Schule, Krankenpflegeschule.

Matura: Abschluss einer Matura (BHS, AHS, extern) inkl. Kolleg, Abiturientenlehrgang.

Universität: Abschluss eines Studiums an einer Universität, Akademie oder Fachhochschule.

Höchste abgeschlossene Bildung im Haushalt: Höchster Bildungsabschluss eines Haushaltsmitglieds.

HAUSHALTSTYPEN

In den Tabellen werden immer Personen in Haushalten ausgewiesen. Kontextabhängig ergeben sich unterschiedliche Definitionen für Kinder.

Haushalt mit/ohne Pension: Als Haushalte mit Pension (zur Definition von Altersleistungen/Pension s. Einkommen) werden jene definiert, deren Einkommen zu mindestens 50% aus Pensionen stammt, als Haushalte ohne Pension entsprechend jene, wo Pensionen weniger als 50% des Einkommens ausmachen.

Haushalt mit Kindern: Haushalte ohne Pension, in dem Kinder, Jugendliche und abhängige junge Erwachsene unter 27 Jahren leben.

Kind: Kinder, Jugendliche und abhängige junge Erwachsene unter 27 Jahren. Kinder sind neben unter 16- Jährigen auch Personen unter 27, die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig sind. Diese Definition entspricht den

Voraussetzungen zum Bezug der Familienbeihilfe in Österreich.

Kinder unter 20 Jahren: Reine Altersdefinition: Kindesalter (< 20) in Abgrenzung zu Erwerbsalter (20-64) und Pensionsalter (65+)

Kinder in Altersgruppen: Reine Altersdefinition mit unterschiedlichem Höchstalter.

Kinder unter 18 oder unter 24 Jahren: In der Eurostat Definition für die Indikatoren gelten unter 18-Jährige in jedem Fall als Kinder. 19- bis 24-Jährige gelten dann als Kinder, wenn sie in Haushalten mit einem Elternteil leben und weder erwerbstätig noch arbeitslos oder arbeitsuchend sind (s. Kapitel 7).

Kinder unter 16 Jahren: Kinder unter 16 Jahren werden in der Erhebung nicht selbst befragt. Eine Auskunftsperson erteilt Informationen über Betreuung und Bildung. Merkmale von Personen (Zufriedenheit, Gesundheit) werden daher nur für Personen über 16 Jahren ausgewiesen.

Alleinlebens: Einpersonenhaushalt

Mehrpersonenhaushalt (MPH): Mindestens zwei Personen leben im Haushalt.

Ein-Eltern-Haushalt: Der Haushalt setzt sich zusammen aus einer erwachsenen Person und mindestens einem Kind.

Haushalte mit männlichem Hauptverdiener/weiblicher Hauptverdienerin: Gliederung nach Geschlecht der Person im Haushalt mit dem größten Beitrag zum Haushaltseinkommen.

ARBEIT, ERWERBSINTENSITÄT, PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG

Ausgewiesen wird sowohl die aktuelle Haupttätigkeit zum Befragungszeitpunkt 2008, als auch über die Haupttätigkeit im Referenzjahr der Erwerbsstatus 2007.

Aktuelle Haupttätigkeit 2008

Selbsteinschätzung der aktuellen Haupttätigkeit von Personen ab 16 Jahren. Erwerbstätigkeit: selbständige und unselbständige Erwerbstätigkeit, gegliedert nach Teil- und Vollzeit. Präsenz- u. Zivildienstler werden aufgrund der geringen Fallzahl den Erwerbstätigen zugeordnet. Personen mit Haushaltstätigkeit und Betreuungsaufgaben und sonstige nicht Erwerbstätige sind unter der Kategorie „Haushalt“ zusammengefasst.

Erwerbstätig: Aktuell erwerbstätige Personen laut Selbsteinschätzung der Haupttätigkeit 2008: ArbeitnehmerIn (auch Lehrling), Selbständig oder mithelfend im Familienbetrieb (aber nicht angestellt)-im Erwerbsalter. Präsenz- und Zivildienstler werden auf Grund geringer Fallzahlen auch den Erwerbstätigen zugerechnet.

Teilzeit erwerbstätig: weniger als 35 Stunden pro Woche erwerbstätig.

Vollzeit erwerbstätig: mind. 35 Stunden pro Woche erwerbstätig.

Zufriedenheit mit der Haupttätigkeit: Subjektive Einschätzung der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Haupttätigkeit. 6= sehr zufrieden, 1= sehr unzufrieden; nur Selbstauskünfte von Personen ab 16 Jahren.

Berufliche Stellung: Klassifikation nach beruflicher Funktion in der aktuellen Haupterwerbstätigkeit für Personen im Erwerbsalter.

Haupttätigkeit im Referenzjahr (2007)

Erwerbsstatus 2007: Die Zuordnung basiert auf dem „Haupttätigkeitskalender“ (Haupttätigkeit pro Kalendermonat im Jahr 2007, Selbsteinschätzung). Personen werden dann einer vorwiegenden Haupttätigkeit zugeordnet, wenn sie diese mind. 6 Monate ausgeübt haben. Personen, mit mehrmals wechselnden Haupttätigkeiten werden in der Kategorie „Sonstige Mischformen“ zusammengefasst. Wenn zwei Tätigkeiten jeweils sechs Monate ausgeübt wurden, wird der Status angeführt, den die Person zuletzt hatte.

Erwerbsaktiv: Die Person war 2007 mindestens ein Monat erwerbstätig oder arbeitslos. Präsenz- u. Zivildienstler werden aufgrund der geringen Fallzahl den Erwerbstätigen zugeordnet.

Ganzjährig erwerbstätig: Die Person war 2007 12 Monate erwerbstätig. Differenziert wird nach Selbsteinschätzung in vorwiegend Vollzeit und vorwiegend Teilzeit.

Nicht ganzjährig erwerbstätig: Die Person war 2007 weniger als 12 Monate erwerbstätig, aber mindestens 6 Monate Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig oder im Haushalt tätig waren.

Arbeitslos: Die Person war 2007 mindestens 6 Monate arbeitslos.

Nicht erwerbsaktiv: Die Person war 2007 kein Monat erwerbstätig oder arbeitslos.

Erwerbsintensität der Person: Anteil erwerbstätiger Monate einer Person im Jahr 2007. Monate mit Teilzeiterwerbstätigkeit werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Wurden mehr als 75% der maximalen Erwerbsmonate erreicht, zählt das als volle Erwerbstätigkeit, bis zu 75% zählt als teilweise Erwerbstätigkeit, keine Erwerbstätigkeit bei null Erwerbsmonaten.

Erwerbsintensität des Haushalts: Anteil erwerbstätiger Monate an maximalen Erwerbsmonaten aller Personen im Erwerbsalter im Haushalt im Jahr 2007 unter Berücksichtigung von Voll- oder Teilzeit. Monate mit Teilzeiterwerbstätigkeit werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Wurden mehr als 75% der maximalen Erwerbsmonate im Haushalt erreicht, zählt das als volle Erwerbsintensität, bis zu 75% zählt als teilweise Erwerbsintensität, keine Erwerbsintensität bei null Erwerbsmonaten. Ausgewiesen werden nur Personen in Haushalten mit mindestens einer Person im Erwerbsalter.

PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG

Teilzeit <12h: Aktuelle Erwerbstätigkeit im Ausmaß von weniger als 12 Wochenstunden.

Nicht ganzjährig beschäftigt: Beschäftigungsdauer im Jahr 2007 betrug laut Haupttätigkeitskalender weniger als 10 Monate.

Werk-/Dienstvertragsnehmer bzw. Werk-/Dienstvertragsnehmerin: Aktuelle Erwerbstätigkeit ist durch Werkvertrag oder freien Dienstvertrag geregelt oder es wurde 2007 ein Einkommen aus Werk-/Dienstverträgen bezogen.

Befristeter oder kein Vertrag : Unselbständig Erwerbstätige mit befristetem oder ohne Arbeitsvertrag.

Niedriglohnbeschäftigung: Alle unselbständig beschäftigten Personen (ohne Lehrlinge) mit einer Normalarbeitszeit von über 12 Stunden pro Woche, deren Stundenlohn brutto weniger als 5,77 Euro beträgt. Selbst bei Vollzeitbeschäftigung (40h) würde mit diesem Stundenlohn kein Monatslohn von 1.000 brutto € erreicht. Ausgewiesen wird zusätzlich die Subgruppe der Personen mit Niedriglohnbeschäftigung, deren Normalarbeitszeit über 34h liegt.

Working Poor

EU-SILC Definition ab 2007: Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Referenzjahr laut Haupttätigkeitskalender zumindest ein Monat erwerbstätig waren und deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutgefährdungsschwelle liegt. Personen, die im Referenzjahr mehr als sechs Monate arbeitslos waren sind nicht berücksichtigt. Bis 2007 wurden Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Erhebungsjahr erwerbstätig sind und deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutgefährdungsschwelle liegt als „working poor“ definiert.

ARBEITSLOSIGKEIT

Aktuelle Haupttätigkeit arbeitslos: Selbsteinschätzung zum Befragungszeitpunkt (2008).

Arbeitslos: Person war laut Haupttätigkeitskalender 2007 mindestens ein Monat arbeitslos.

Erwerbsstatus arbeitslos: Person war 2007 mindestens 6 Monate arbeitslos.

KONSUMGÜTER

Vorhandensein von Konsumgütern: Es wird ausgewiesen, ob sich die folgenden Konsumgüter im Haushalt befinden, egal, ob sie in dessen Besitz, geliehen oder gemietet sind: Internetanschluss, DVD-Player, PC, Geschirrspülmaschine, privater PKW, Festnetztelefon, Handy.

Aus finanziellen Gründen fehlende Konsumgüter: Im Haushalt fehlt/fehlen eines/mehrere der oben genannten Konsumgüter, weil es sich der Haushalt nicht leisten kann.

WOHNSITUATION

Überbelag: Orientiert sich am Kriterium der Gemeinde Wien bei der Vergabe von Gemeindewohnungen. Als überbelegt zählt ein Haushalt, wenn die Wohnfläche weniger als 16m² beträgt, im Mittel weniger als 8 m² pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Wohnräume im Verhältnis zur Zahl der Personen im Haushalt zu gering ist: weniger als 2 Räume für 2 Personen, weniger als 3 Räume für 3 oder 4 Personen, weniger als 4 Räume für 5 oder 6 Personen, weniger als 5 Räume für 7 oder 8 Personen, weniger als 6 Räume für mehr als 8 Personen.

Wohnzufriedenheit: Subjektive Einschätzung der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wohnsituation. 6=sehr zufrieden, 1=sehr unzufrieden; nur Selbstauskünfte von Personen ab 16 Jahren.

Wohnkosten: Nach EU-Skala äquivalisierte Kosten pro Jahr für alle Rechtsverhältnisse für Miete, Betriebskosten, Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, Heizung, Energie, Instandhaltung

Wohnkosten pro m² Nutzfläche: Gesamte Wohnkosten des Haushalts, d. h. nicht äquivalisierte Wohnkosten, dividiert durch die Nutzfläche der Wohnung.

Wohnkostenbelastung: Subjektiv wahrgenommene Belastung durch Wohnkosten.

Wohnkostenanteil: Anteil der äquivalisierten Wohnkosten am Äquivalenzeinkommen.

ÜBERSCHULDUNG UND FINANZIELLE EXKLUSION (MODUL 2008)

Das Modul wurde nur auf Haushaltsebene erfragt. Ausgewiesen werden Personen in Haushalten.

Verschuldung: Personen in Haushalten mit aktuellen Kreditverpflichtungen mit oder ohne Kontokorrentkredit.

Schuldnerinnen und Schuldner: Personen in Haushalten mit aktuellen Kreditverpflichtungen, oder die aktuell Rückstände bei Zahlungen haben oder aktuell das Konto überzogen haben.

Überschuldung: Zahlungsrückstände aus finanziellen Gründen aktuell oder in den letzten 12 Monaten bei Kreditraten für Wohnung oder Konsum oder bei laufenden Zahlungen wie Miete, Betriebskosten, für Strom, Gas oder wenn fällige Rechnungen nicht rechtzeitig bezahlt werden können.

Kredite:

- » Wohnkredit: Kredit zur Wohnraumbeschaffung, -erhaltung oder -sanierung für die selbstbewohnte Eigentums- oder Mietwohnung.
- » Konsumkredit: Kreditverbindlichkeiten für Ratenkäufe, Leasingverträge und Rückzahlungsverpflichtungen um Lebenshaltungskosten wie Nahrungsmittel, Heizkosten, Miete bezahlen zu können
- » Kontokorrentkredit: Konto zumindest eines Haushaltsmitgliedes ist aufgrund von finanzieller Schwierigkeiten überzogen, z.B. bei dringendem Geldbedarf, Ausgaben höher als Einnahmen.

Mittlerer Anteil der Rückstände: Median der Anteile der aktuellen Zahlungsrückstände am aktuellen verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen.

Finanzielle Schwierigkeiten: Subjektive Einschätzung immer wieder kleinere finanzielle Schwierigkeiten zu haben oder ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten in den letzten 5 Jahren oder länger zurückliegend.

Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten:

- » Haushalt hat mindestens einmal wegen finanziellen Schwierigkeiten Unterstützung von Freunden oder Verwandten etc. erhalten (Geld geliehen oder geschenkt).
- » Es gab zumindest einmal den Versuch finanzielle Schwierigkeiten mit Geldinstituten zu regeln (Umschuldung etc...).
- » Es gab mindestens einmal Kontakt zu einer Schuldnerberatungsstelle oder ähnlichen Beratungsstellen (Konsumentenberatungsstelle, Sozialberatungsstelle)

Finanzielle Exklusion (Ausgrenzung):

- » Kein Konto: Keine Person im Haushalt hat aktuell ein Konto.
- » Keine Kreditkarte: Keine Person im Haushalt hat aktuell eine Kreditkarte.

GESUNDHEIT

Nur Personen ab 16 Jahren.

Subjektiver Gesundheitszustand: Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes. 5=sehr gut, 1=sehr schlecht.

Gesundheitsbeeinträchtigungen: Der eigene Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt, chronische Krankheiten oder gesundheitliche Probleme liegen vor, Einschränkungen auf Grund gesundheitlicher Probleme liegen vor, eine Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension oder Pflegegeld wird bezogen oder eine Rezeptgebührenbefreiung liegt vor.

Behinderung: Subjektiv wahrgenommene Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten, die mindestens schon 6 Monate andauert.

LEBENSZUFRIEDENHEIT

Nur Personen ab 16 Jahren.

Subjektive Einschätzung der gegenwärtigen Zufriedenheit mit dem Leben. 6=sehr zufrieden, 1= sehr unzufrieden; nur Selbstauskünfte von Personen ab 16 Jahren.

FAMILIE / KINDERBETREUUNG

Kind – Definitionen s. Haushaltstypen.

Art der Kinderbetreuung: Anteil der mind. eine Stunde pro Woche betreuten Kinder bis 12 Jahre in Krippe/Kindergarten/Vorschule, Hort/Nachmittagsbetreuung, durch Tagesmutter oder sonstige bezahlte Privatpersonen und in der Schule an allen Kindern bis 12 Jahre.

Kinderbetreuung jüngstes Kind: Wird das jüngste Kind unter 12 Jahren im Haushalt mind. 1 Stunde pro Woche in Krippe/Kindergarten/Vorschule, Hort/Nachmittagsbetreuung, durch Tagesmutter oder sonstige bezahlte Privatperson betreut? Ohne Pflichtschule.

Betreuungsstunden pro Woche: Betreute Stunden (ohne Pflichtschule).

Schulbesuch: 10-14-jährige Kinder in der Sekundarstufe I (Hauptschule / AHS / Sonderschule)

Kinderbetreuungskosten: Gesamte monatliche Kinderbetreuungskosten von Haushalten

mit mindestens einem Kind bis 16 Jahren in bezahlter Betreuung.

RISIKOHAUSHALTE

Haushalt mit Ausländern bzw. Ausländerinnen (ohne EU/EFTA): Haushalt, in dem mindestens eine Person mit der Staatsbürgerschaft eines Nicht-EU/EFTA-Landes lebt.

Haushalt mit Eingebürgerten (ohne EU/EFTA): Haushalt, in dem mindestens eine eingebürgerte Person aus einem Nicht-EU/EFTA-Land lebt und alle weiteren Haushaltsmitglieder ebenfalls österreichische Staatsbürger bzw. Staatsbürgerinnen sind.

Haushalt mit Behinderung (im Erwerbsalter): Haushalt, in dem mind. eine Person im Erwerbsalter eine subjektiv wahrgenommene starke Einschränkung seit mindestens einem halben Jahr bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens hat.

Haushalt mit Langzeitarbeitslosigkeit: Haushalt, in dem mind. eine Person mind. 12 Monate arbeitslos war.

Haushalt mit Sozialleistungen: Haupteinkommensquelle des Haushalts (=größter Anteil am Haushaltseinkommen) sind Sozialleistungen, ohne Haushalte mit Langzeitarbeitslosigkeit.

Alleinlebende Frauen ohne Pension: Weibliche Einpersonenhaushalte, in denen Pensionen weniger als 50% des gesamten Einkommens ausmachen.

Alleinlebende Frauen mit Pension: Weibliche Einpersonenhaushalte, in denen Pensionen mehr als 50% des gesamten Einkommens ausmachen.

Ein-Eltern-Haushalt: Der Haushalt setzt sich zusammen aus einer erwachsenen Person und mindestens einem Kind unter 27 Jahren. Nur Haushalte, in denen Pensionen weniger als 50% des Haushalteinkommens ausmachen.

Haushalt mit jüngstem Kind 4 bis 6 Jahre alt: Jüngstes Kind im Haushalt ist maximal 4 bis 6 Jahre alt.

Mehrpersonenhaushalt mit mindestens drei Kindern: Der Haushalt setzt sich zusammen aus mehr als einer erwachsenen Person und drei oder mehr Kindern unter 27 Jahren.

DEFINITIONEN ZU EUROSTAT-INDIKATOREN

Haushaltstyp, Kinder: Unter 18-Jährige gelten in jedem Fall als Kinder. 19- bis 24-Jährige gelten dann als Kinder, wenn sie in Haushalten mit einem Elternteil leben und weder erwerbstätig noch arbeitslos oder arbeitsuchend sind.

Erwerbsintensität des Haushalts: Für alle Personen bis 64 (ohne abhängige Kinder, siehe oben) wird die Zahl der im Einkommensbezugszeitraum Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätigen Monate summiert und pro Haushalt in Verhältnis zur Zahl der Monate, in denen eine Aktivität genannt wurde, in Verhältnis gesetzt. Haushalte, in denen alle Personen 18- bis 24-Jahre alt und Schuler/Schülerinnen oder Studierende sind, werden aus der Berechnung ausgeschlossen.

Hauptaktivität: Auf Basis des Hauptaktivitätenkalenders des Einkommensbezugszeitraums gilt diejenige Tätigkeit, die mehr als die Hälfte der Monate in denen eine Aktivität genannt wurde, als Haupttätigkeit. In der Regel wird bei Angabe von Tätigkeiten für jedes der 12 Monate also ab 7 Monaten einer Kategorie die Zuordnung getroffen. Die Berechnung erfolgt nur für Personen ab 18 Jahre. Wenn es keine 7 Monate oder länger dauernde Aktivität gibt, oder keine Aktivität mehr als die Hälfte aller genannten Akti-

vitäten dauert, wird die Person aus der Berechnung ausgeschlossen.

Armutsgefährdungsquote von Erwerbspersonen: Die Berechnung erfolgt für all jene, die als Hauptaktivität im Vorjahr Erwerbstätigkeit haben und die beim derzeitigen Erwerbsstatus entweder Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig sind. Die Gliederung in Vollzeit und Teilzeit erfolgt also nach dem aktuellen Merkmal.